

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortl. Redakteur i. Vert. F. Daeplow, Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg 5, Breitenstraße 11, 1. Etage.

Verlags-Anzeigen:
für die breitgehaltene Beilage oder deren Raum 80 A.
Zeitungs-Preisliste Nr. 8838.

Die heutige Nummer umfaßt 16 Seiten.

Inhalt: Betrachtungen über Volksbildungswesen. — Die Wohnungsfrage. — Wirtschaftliche Rundschau. — Aus dem Reichstage. — Arbeiterbewegung: Streiks, Ausperrungen, Mahregelungen. Jahresberichte der Gewerkschaften: Metall, Ernt, Braunschweig, Dortmund, München. Versammlungen und sonstige Bewegung. Haushaltungs-Budgets. Den „Christlichen“ in's Stammbuch. Internationale Konferenz. — Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterversicherung, Subventionen u. Die Bauhätigkeit in Berlin im Jahre 1902. Geschäftsbericht der Bayerischen Baugewerkschaft für 1901. Bauarbeiterstreik in Ostpreußen. — Aus anderen Verufen. — Gewerliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Streitabrechnungen. — Zentralverband der Maurer. — Zentralkrankenkasse. — Anzeigen. — Feuilleton: Mißhaunert bei Assuan. — Merkwürdige Städte. Bauten in Amerika.

Betrachtungen über Volksbildungswesen.

II.

Im Verlaufe der letzten Jahrzehnte hat sich die Zahl derjenigen Pädagogen, die für gründliche Reform des Volkserziehungswesens in dem hier entwickelten Sinne öffentlich eingetreten sind, stetig vermehrt. Man darf sagen, daß die erdrückende Mehrheit der deutschen Lehrerschaft einig ist in dieser Frage. Der neunte deutsche Lehrertag, eine Vertretung von circa 80 000 Lehrern, erhob u. A. folgende Forderungen:

„Staat und Gemeinde sollen für die gemeinsamen Bildungsbedürfnisse nur gemeinsam. Allen in gleicher Weise zugängliche Bildungsanstalten errichten.“

Inbesondere soll für den Allen notwendigen Elementarunterricht nur eine Art von öffentlichen Schulen vorhanden sein, und sollen daneben auf Kosten des Staates oder der Gemeinde besondere Vorschulen für höhere Lehranstalten, Mittelschulen und höhere Lehrerschulen nicht errichtet noch organisiert werden. Die bestehenden Vorschulen sind aufzugeben. Alle höheren Lehranstalten haben sich auf diesem gemeinsamen Unterbau, der allgemeinen Volksschule, aufzubauen.“

Also auch auf das berufliche Element, die Lehrerschaft, können wir für unsere Schulforderungen uns berufen, besonders den fanatischen Reaktionen gegenüber, welche diese Forderungen, als „von der Sozialdemokratie diktiert“, in den Wan. ihun und behaupten, solch eine Umgestaltung des Schulwesens bedeute den „Umsturz jeglicher Autorität und Ordnung.“

Das einzige Hindernis für die Verwirklichung dieser Reform bilden noch die reaktionären öffentlichen Gewalten und der brutale Hochmuth des größten Theiles der herrschenden Stände und Klassen. Privote Selbstsucht und absurde Ueberhebung, welche dem Geiste der Massenherrschaft entspringen, bereiten die Mitglieder der sogenannten „besseren und besten Gesellschaft“, die das Staatsregiment beeinflussen und in der Gemeindeverwaltung maßgebend sind, dazu, sich als eine höhere Art von Gattung zu betrachten und für ihre Kinder die Abschlüßung von den Kindern des „großen Hauens“ in Anspruch zu nehmen. Nach ihrer Auffassung ist die Volksschule nichts Anderes und soll sie nichts Anderes sein, als die Armen- und die Schule für die Kinder des Proletariats. Mit diesem Hochmuth verbindet sich die Anschauung: es sei ein „naturgemäßer“ Zustand, daß die auf Grund der Besitzübermacht herrschenden Klassen auf die höhere und höchste Bildung Anspruch haben, während die Bildung der Massen des arbeitenden Volkes ein bestimmtes, verhältnismäßig niedriges Maß nicht überschreiten dürfe. Immer noch wird die Erziehung der Masse, wie von jeher, grundsätzlich, absichtlich vernachlässigt. Oft genug haben sich in unserer Zeit Organe und Wortführer der sogenannten „besseren und besten Gesellschaft“ eine wahrhaft schamlose Bestimmung erkundet, indem sie nicht nur der gesunden Fortentwicklung

des Volksschulwesens widersprechen, sondern geradezu eine Verschlechterung derselben fordereten. So die „Hamburger Nachrichten“ in ihrer Nummer vom 17. März 1892. Da tritt dieses „Ordnungs“-Organ gegen das „Uebermaß der Volksschulbildung der Angehörigen der unteren Stände“ ein, weil dieses „Uebermaß“ sie „mit ihrer Lage unzufrieden macht, sie der Sozialdemokratie zuführt und dadurch Gefahren heraufbeschwört, die dem Fortbestand der staatlichen Ordnung verhängnisvoll zu werden drohen.“ Uehnliche Ausführungen finden sich in den „Grenzboten“ (1893, 1. Quartal, S. 384). Der Verfasser, der sich als „wahrer Menschenfreund und Patriot“ einführt, erklärt: In Rücksicht auf die durch die Volksschule geförderten Irrlehren der Sozialdemokratie sei er ohne großes Widerstreben bereit, „Versuch zu leisten auf den bestehenden allgemeinen Schulzwang. . . diese vielgepriesene Errungenschaft eines falschen Liberalismus“. Noch Duzende ähnlicher Äußerungen könnten wir anführen, die wir uns im Laufe der Jahre gesammelt haben. Darunter sind solche, in denen sogar behauptet wird: Genau betrachtet, sei der Schulzwang nichts als ein „Staatsdespotismus“, eine „Vergewaltigung der Eltern“, ein „freiwilliger Eingriff in die natürlichen und von Gott selbst geheiligten Rechte der Väter und Mütter.“ (III) Diese Anschauung ist in den Kreisen der protestantischen und katholischen „Prommen“ noch sehr verbreitet. Im Jahre 1885 hatte ein Katholikentag (der zu Xrier) sich mit folgendem Antrage zu beschäftigen:

„Die Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands wolle die Erklärung abgeben, daß sie 1. in dem Schulzwange ein unheilvolles Eingreifen in die Rechte der Familie erblickt; 2. in den Ländern, wo der Schulzwang besteht, auf seine geseßliche Beseitigung hinguwirkt.“

Erst einige Jahre sind verstrichen, seitdem ein deutscher Agrarier den Ausspruch that: „Die dümmsten Arbeiter sind die besten.“

Es ist eine geradezu entsetzlich wahnsinnige Anschauung, die in der Gehung der Volksschule eine „Gefahr für Staat und Gesellschaft“ sieht. Lorenz v. Stein, der hervorragende Politiker und Verfasser der Idee vom „sozialen Königthum“, schreibt zu diesem Thema u. A.: Ohne Förderung der Bildung der Volksmassen sei kein wahrer sozialer Fortschritt möglich; ohne wohlorganisirten Volksschulunterricht werde der soziale Kampf ein roher und gewaltthätiger. „Wo aber eine gute und fortschreitende Elementarbildung vorhanden ist, da ist einerseits zwar der soziale Fortschritt der niederen Massen ein unaufhaltsamer, aber da wird bei steigender Bildung auch die gewalttätige Revolution mehr und mehr unmöglich.“

Wie erachten also die Volksschule als Staatsanstalt, aber mit der durch grundsätzliche und praktische Erwägungen gebotenen Einschränkung, daß allerdings der Staat die Organisation und die Aufgaben der Schule geseßlich zu regeln und die Schullasten zu tragen hat, daß aber die Verwaltung der Schule auf die Gemeinde zu übertragen ist.

Unschätzlich ist es, daß fast überall in Deutschland die Volksschullehrer nicht sich und Stimme in den Schulkommissionen haben, daß sie von administrativen Mißwirlungen in Schulangelegenheiten ausgeschlossen sind.

Jede Klasse, die private Interessen — und oft solche der bedenkllichsten Art, wie die der Hausagrarer, der Grundstückspekulanten u. — vertritt, kann in der städtischen Verwaltung entscheidende Vertretung erlangen; ja, das Gesetz gewährt solchen Klassen hierfür geradezu Privilegien. Aber die Lehrerschaft, als berufener Faktor zur Mitwirkung in den erhebliche öffentliche Inter-

essen involvirenden Schulangelegenheiten, ist ausgeschlossen von dieser Mitwirkung an der Stelle, welche die bindenden Beschlüsse faßt! Es ist erklärlich, daß die Volksschullehrer das als eine Art Degradation empfinden.

Noch in anderer Hinsicht haben die Lehrer die begründete Ursache, über Zurücksetzung zu klagen: ihre materielle Stellung, ihre Bezahlung läßt sehr viel zu wünschen übrig.

Seit vielen Jahren steht die schlechte Besoldung der Volksschullehrer mit im Vordergrund der öffentlichen Diskussion. Es möge hier das Urtheil Platz finden, welches der Kreisinspektors Palmié abgibt:

„Die Thatfache, die nicht bestritten werden kann, daß noch heutzutage viele Lehrer — nicht etwa bloß die eben in's Amt eintretenden, sondern auch ältere Lehrer mit einer Familie — ein Gehalt beziehen, welches geringer ist als das Gehalt eines Polizeibedieneren, das in Bezug auf die genossene Vorbildung und in Bezug auf die Bedeutung für das Volksleben mit dem Verufe eines Lehrers gänzlich in Betracht kommen kann, deutet auf einen Mißstand hin, dessen Beseitigung mit allen Mitteln zu erstreben ist.“

Jahwohl! Aber die reaktionären Parteien, die Konservativen an der Spitze, die bislang die Gesetzgebung beherrschten, geben nicht zu, daß dieser Mißstand existirt. Nach ihrer Ansicht ist der Volksschullehrer ein recht minderwertiges Subjekt, dem die Aufgabe zugutheilen ist, die Jugend für die Zwecke der herrschenden Interessenrichtungen zu dressiren. In diesem Sinne haben Vertreter des Konservatismus oft genug sich in den gesetzgebenden Körperschaften ausgesprochen. Unter dem Beifall seiner Parteigenossen erklärte u. A. am 18. März 1882 der konservativ Abgeordnete Freiherr v. d. Nede im preussischen Landtage: „Ich bin der Meinung, daß sehr viele Schäden unserer Zeit davon herrühren, daß die Leute zu viel wissen und zu wenig können. Dem Volke thut nur Noth: erstens, zweitens, drittens Religion, außerdem Lesen, Schreiben, Rechnen.“

Am 2. Mai 1885 erklärte im preussischen Landtage der konservativ Abgeordnete v. Minnigerode unter dem frenetischen Beifallgehoße seiner Gesinnungsgenossen: „Die Arme ist höher zu stellen als die Schule, und zwar nicht nur für unsere Nachstellung, sondern wesentlich als erzehrerisches Element.“ (III)

Auf diesem aller Wertunspredenden Standpunkt steht der Konservatismus noch heute. Nach dem Werthe, den man einer Leistung beimißt, wird sie bezahlt. Die Werthbestimmung der Leistung des Lehrers liegt in den Händen von Leuten, die am liebsten sehen, daß es gar keine Volksschule gäbe. Also kann man sich nicht darüber wundern, daß diese Leute das Gehalt des Volksschullehrers auf der möglichst niedrigsten Stufe halten.

Die Wohnungsfrage.

Die Wohnungsfrage ist ein integrierender Theil der großen sozialen Frage, welche alle Kulturstaaten in stetig wachsendem Maße in Anspruch nimmt, und zwar wegen der Wohnungsfrage der wichtigste Theil. Sie geht, wie die Frage der Lebenshaltung überhaupt, in erster Linie die arbeitenden Massen an. Nicht etwa ist sie, wie Manche glauben, eine Erscheinung der neuesten Zeit; sie reicht um viele Jahrzehnte zurück. In dem wirtschaftlich fortgeschrittensten Lande Europas, in England, gelangte sie nach dem Ausbruch der Cholera im Jahre 1851 „auf die Tagesordnung“. Man erkannte den Zusammenhang der Epidemien mit den schlechten, allen Geboten der Hygieneohn sprechenden Wohnungen der großen Massen der arbeitenden Bevölkerung.

Damals erklärte der englische Staatsmann Disraeli: „Die Verbesserung des Gesundheitszustandes des Volkes ist diejenige soziale Aufgabe, welche allen anderen

*) Palmié: Die soziale Frage und die Schule.

vorangehen hat und welche in erster Linie die Aufmerksamkeit des Staatsmannes und Politikers jeder Partei in Anspruch nehmen muß. Gute Wohnungen, reines Trinkwasser, ununterbrochene Frische Luft, sind die Bedingungen, durch deren Verwirklichung wir das Wohl und Wohagen der Menschen fördern können.

Zu den Lehren, die in England der Ausbruch der herrschenden Volksleiden gab, kam das riesige Anwachsen der Industrie, die einen ungezählten Arbeiterschwarm in den englischen Städten zusammenführte. Sollten diese Menschenmassen nicht in Schmutz und Elend verkommen, dann war neben vielen anderen sanitären Aufgaben auch die zu erfüllen, daß die Leute wenigstens einigermassen gesundheitsgemäß untergebracht wurden. So entwickelte sich in England schon sehr eine regelmäßige ärztliche Ueberwachung der Wohnungen, während die Maßnahmen zur Verbesserung und Befreiung schlechter Wohnungen im Vergleich erst den letzten Jahrzehnten angehören.

Die Wohnungsfrage ist unter drei Gesichtspunkten zu betrachten: 1. Mangel an Wohnungen; 2. schlechte Beschaffenheit der Wohnungen; 3. wucherische Steigerung der Mietpreise.

Schon oft ist der Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht worden, sie habe sich nie ernsthaft um die Wohnungsfrage gekümmert. Ja, blühende Gefälligkeit und Unberstand sind so weit gegangen zu behaupten: Die schlechten Wohnungsverhältnisse seien, weil sie das Familienleben zerstören und die Proletariatsmassen in den Großstädten zusammenpressen, mit einer erheblichen Ursache des Anwachsens der Sozialdemokratie, der Förderung der Unzufriedenheit und der „revolutionären Gesinnung“; die Sozialdemokratie wolle deshalb keine Reform des Wohnungswezens. Vor einiger Zeit schrieb die königliche „Beipziger Zeitung“:

„Die Sozialdemokratie stellt der Wohnungsfrage im Großen und Ganzen nicht nur theilnahmslos, sondern sogar ablehnend gegenüber. Ihre gefälligen jetzigen Zustände, unter denen die Arbeiterschaft zu keinem beglückenden Familienleben kommen kann und oft genug genötigt ist, in den Großstädten einen Ersatz für ein gemüthliches Heim zu suchen, am besten, es ist ja auch klar, daß Arbeiter, die sich einer beglückten Wohnung und eines — damit ungetrennten — schönen Familienlebens erfreuen, den Agitationen sozialdemokratischer Unzufriedenheitsführer ungleich weniger zugänglich sind, als die auf das Wirtschaften Angezwungenen.“

Wenigste herrschende Unwahrheiten haben wir des Oeffteren in blüherigen Blättern gefunden.

Die Wahrheit ist, daß die Sozialdemokratie stets gerechtfertigt hat mit der Thatsache, daß die Entwidlung des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems den Zusammenfluß großer Volksmassen in Industriegebieten mit sich gebracht und dem privaten Grundeigentum zu einem im höchsten Grade gemeingefährlichen monopolistischen Charakter verholfen hat. Bereits Karl Marx führt zutreffend aus: „Jeder unbefangene Beobachter sieht, daß, je massenhafter die Konzentration der Produktionsmittel, desto größer die entsprechende Anhäufung von Arbeitern auf geringem Raum, daß daher je rascher die kapitalistische Akkumulation, desto elender der Wohnungszustand der Arbeiter ist. Die den Fortschritt des Reichthums begleitende Verbesserung der Städte durch Wiederericht schlecht gebauter Viertel, Erwidlung von

Koläden für Banken, Waarenhäuser usw., Dehnung der Straßen für Geschäftsbetriebe und Luxuskarossen, Einführung von Straßenbahnen usw. beruht augenscheinlich die Armen in freis Schlechte und dichter gefüllte Schlafquartiere.“ Andererseits weiß Jeder, daß die Feuerkraft der Wohnungen im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Größe steht, und daß die Kosten des Glanzes von Häuserspekulanten mit mehr Profit und weniger Kosten ausgebeutet werden, als jemals die Armen von Boten.“

In Uebereinstimmung mit Marx, bezeichnet Fr. Engels bereits 1848 als „charakteristische Merkmal der heutigen Wohnungsnoth die „eigenthümliche Verschärfung, die die schlechten Wohnungsverhältnisse der Arbeiter durch den plötzlichen Anstieg der Bevölkerung nach den großen Städten erlitten haben; eine kolossale Steigerung der Mietpreise, eine noch stärkere Zusammendrängung der Bewohner in den einzelnen Häusern, für einige die Unmöglichkeit, überhaupt ein Unterkommen zu finden.“

Immer ist die Sozialdemokratie bemüht gewesen, eine gründliche Wohnungsreform zu erreichen. Eine leitende Bedeutung in dieser Richtung hat die in ihrem Parteiprogramm aufgestellte Forderung: Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Grund und Boden in gesellschaftliches Eigentum. Nur die Verwirklichung dieser Forderung, eine stetige Entwidlung zum Gemeineigentum an Grund und Boden, macht eine gründliche Lösung der Wohnungsfrage möglich. Ueberdies aber sind wir seit mehr als dreißig Jahren eingetreten für gesetzgeberische, verwaltungsbedürftige und gesellschaftliche Maßnahmen, die wenigstens eine Milderung und Einschränkung des Wohnungselends verbürgen.

Wirtschaftliche Rundschau.

(Aus dem „Korrespondenzblatt der Generalcommission“). Der tiefste Jahresstand. — Emmissionen und Gründungen. — Der deutsche Außenhandel. — Anerkennung der deutschen Hoheisenproduktion. — Rohstoffmarkt. — Auswanderung. — Arbeitslose in England.

Der Ring der üblichen Jahresübersichten und Jahresabrechnungen schließt sich allmählig. Allgemein herrscht dabei der Eindruck vor, daß, von ganz zufälligen Ausnahmefällen abgesehen, die Jahre 1902 noch das Jahr 1901 folgt. Stärkere Meinungsabweichungen machen sich dagegen bemerkbar, wenn man sich der Frage zuwendet, ob in dem wellenförmigen Auf und Ab des kapitalistischen Wirtschaftsganges wohl wieder einmal ein tieferer Jahresstand erreicht sei, so daß die kommenden Monate und Jahre mehr den Charakter des Aufstiegs und der Aufwärtsbewegung annehmen werden. Auch die Optimisten wissen, daß das Prophezeien eine sehr mühselige Sache ist, doch glauben sie in manchen Thatsachen des letzten Jahresabschnittes 1902 Anzeichen einer sich regenden Besserung zu erkennen und daraus auf die Zukunft schließen zu dürfen. Zu einem abermaligen Eingehen hierauf haben wir keinen Anlaß. Bedauerlicher und wertvoller scheint uns nur das Urtheil der Dr. Faustmann'schen „Arbeitsmarkt-Korresp.“, die gleichfalls in dem „gegenwärtigen Beschäftigungsgrad der hauptsächlichsten Industriezweige Anlaß zu einer freundlicheren Auffassung über die fernere Gestaltung des Wirtschaftslebens“ sieht.

Einige bezeichnende Mittheilungen über das Jahr 1902 verdienen jedoch noch festgehalten zu werden. Zunächst die Zusammenstellung des „Deutschen Oekonomisten“ über die Gründungen und Emmissionen in Deutschland. In der Gründung neuer Aktiengesellschaften ist der tiefste Stand seit dem Jahre 1885 eingetreten — wenigstens in der Zahl der Unternehmungen; in der Summe des Aktienkapitals stehen die

*) Karl Marx: Kapital. 2. Aufl., I. Band, S. 686. **) Fr. Engels: Die Lage der arbeitenden Klassen in England. 2. Aufl., S. 21 ff., Stuttgart 1892.

Jahre 1893 und 1894 bereits über. Es entstanden im Jahre 1892 nur 87 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 118,48 Mill. Mark, gegen 168 Gesellschaften mit 159,26 Mill. Mark — 261 mit 340,46 Mill. Mark — und 884 Gesellschaften mit 644,89 Mill. Mark Kapital in den drei vorangehenden Jahren. Schlimmer etwas günstiger als im Jahre 1901 nahmen sich die Jähren über die Ausgabe neuer Aktien seitens älterer, bereits bestehender Betriebe aus. Hierbleibt die Ziffer 184,47 Mill. Mark zwar tief unter dem Jahre 1900 (461,06 Mill. Mark), doch immer noch etwas über 1901 (164,28 Mill. Mark). Indes haben davon viel größere Beträge als sonst zur „Konstruktion“, nicht etwa zur Erweiterung und zur Steigerung der Produktionsfähigkeit der alten Betriebe gebildet; da die lautenden Einnahmen den geschäftlichen Ansprüchen nicht mehr genügen, so hat man neues Kapital eingeworfen, in der Hoffnung, dadurch die schlechte Zeit überleben und aus einer besseren Zukunft die jetzigen Einsätze wieder decken zu können. Das Steigen dieser Ziffer ist also eher ein Anzeichen der kritischeren Lage, die auch darin zum Ausdruck kommt, daß man im Verhältnis zu den Aktien ungenügend viel Industrieobligationen ausgegeben hat: an Stelle neuen Kapitals, der Betriebsinhaber (der Aktionäre) hat sich die Kapitalvermehrung der Gläubiger, die Erhöhung der Schuldlast gefügt. Seit dem Beginn der Krise im Jahre 1900 sehen wir diesen Entwicklungsprozeß vor sich gehen. Die Emmission von Industrieobligationen betrug nämlich:

1899	74,02	Mill. Mark
1900	178,77	„
1901	193,29	„
1902	168,10	„

Daß man unter der ersten Panik dieses Verlegenheits-Ausleihmittels am stärksten zur Anwendung brachte, ist ganz erklärlich. Um so mehr erscheint das Jahr 1902 noch immer recht bedenklich.

Auch die amtlichen Nachweise über den deutschen Außenhandel im Jahre 1902 liegen soeben in ihrer provisorischen Gestalt vor und sind einer kurzen Herbeibehaltung werth.

Die Einfuhr ist darnach weiter zurückgegangen, nachdem sich schon 1901 ein Abfall gegen das Vorjahr eingestellt hatte. In Tonnen zu 1000 kg belief sich die Einfuhr:

1902 auf 43 840 840 t	1901	44 304 857 t	+ 964 517 t
1900	45 911 799 t	+ 2 671 459 t	

Schiffe hienaus zu ziehen ist ungenügend schwierig, da Einfuhren aus den allerbedeutendsten Ländern abnehmen können; weil die Inlandsbezeugung eine stärkere war, weil die Auslandsproduktion verjagte, weil ein abnormer Auslandsbedarf die Zufuhren zurückhielt; weil die Preisbewegung im Auslande mehr nach oben verlief u. s. f. Aber der Aussen spiegelt sich in den Fikern auch die Bewegung des Inlandsbedarfes wieder; der Uebergang des persönlichen Konsums der Massen neben dem Stückgut des produktiven Verbrauchs von Erzen, Metallen, Salzfabrikaten in unsere Gewerke. So sind die harten Ausfälle bei Holz, Erden, Eisen und Eisenwaren, Kohlen allerdings ein Zeichen der kritischen Zeit. Bei den Einfuhren ist noch größere Vorsicht geboten.

Die Werthsinken der deutschen Statistik sind überhaupt ganz unerkennbar, da sie noch auf den 1901 (1) schlechtesten Einheitswerthen beruhen. Es ist gewiß sehr schwierig, einem beweglichen und vielgestaltigen Verkehr solche statistisch zu folgen, ohne die Gefahr neuer Stichwunders zu wagen. Doch ist hier der deutsche Bureaukratische Apparat allzu schwerfällig und hinter anderen Staaten zurückgeblieben. Schließlich ist man bei uns dahin gekommen, die Werthsinken zwar zu veröffentlichen, ihnen jedoch gleich eine Warnung über ihren Gebrauch mit auf den Weg zu geben. Hoffentlich bleibt die verpörrische Messung der Handelskraft nicht lange mehr aus.

Fallen wir uns an die Mengen der Ausfuhr, so zeigt sich eine haltlose Steigerung. Die Ausfuhr betrug:

1902	35 029 717 t
1901	32 368 495 t
1900	32 681 747 t

also im Jahre 1902 2¹/₂ und 2¹/₂ Millionen Tonnen mehr als in den Vorjahren. Ein anfänglicher Theil dieser Ausfuhr ist selbstverständlich durchaus normal; abnorm war hier eher die frühere starke Zurückhaltung im Export zu nennen, als die Preissteigerung im Inland die deutschen Waaren selbst als

Milchsauger bei Assuan.

In Ober-Ägypten ist am Ende des vorigen Jahres ein großes Staumwerk fertig geworden, das eine geregelte Bewässerung des Landes ermöglichen soll und daher von großer wirtschaftlicher Bedeutung ist. Das Anwachsen des Nils ist launisch, bald ist es zu stark, bald ungenügend; in dem einen Falle gerührt es, im anderen läßt es den Hunger zurück. Aber auch unter günstigen Verhältnissen ist die Verteilung des Wassers über die Acker ein mühsames, umständliches Werk. Auf der größten Strecke seines Laufes bleibt der Strom überhaupt ohne Einfluß auf die Ertragsfähigkeit seines Uferlandes. Erst von Chortum abwärts bis Assuan könnte das ausstehende Land unter Kultur genommen werden, wenn einmal die nötigen Vorbedingungen dafür geschaffen sind. Von Assuan bis zur Verzweigung seiner Arme in das Nildelta, also in Ober- und Mittel-Ägypten, erntet man nur einmal im Jahre. Im Delta allerdings sind mehrere Ernten im Jahre möglich, um den Preis von viel Anstrengung. Nach einem Bericht der „Köln. Volksztg.“ sagt der ehemalige Obergeringieur des ägyptischen Sudan, Chélu: „Vom Mittelmeer bis zum Sudan, plagen sich die Fellachen ihr Leben lang in unaufhörlichen Kämpfen um Wasser oder gegen das Wasser. Im Delta sieht man bald hier, bald da an Ufer der Kanäle kolossalen Qualmen, welche Pumpen in Gang halten; oberhalb aber wird die Kofle unerschwinglich teuer, und das Holz ist selten — wie viele von Thieren und Menschen betriebene Schöpfvorrichtungen, Mörser und Seile, Schaufeln und archaische Schrauben müssen da an Stelle der Wassinkraft treten; und die Menschen im Wasser! Allmählig hat sich das Flußbett des Nils durch den abgehenden Schlamm erhöht, was man besonders im Delta merkt. Aber während sich im Unterlande das Flußbett hebt, wird im Oberlande seine feste Unterlage von der Ertörmung benagt; manche Katastrophe sind auf diese Weise

längst verschwunden. Die Stromschnelle bei Semneh hatte bei höchsten Wasserstände eine Wasserhöhe, die vor einigen Tausend Jahren nach den hieroglyphischen Inschriften am Uferstein acht Meter über dem heutigen höchsten Wasserstande lag. Von den 270 000 Quadratmetern Uferland zwischen Chortum und Assuan stehen heute nur 2000 unter Kultur, während früher weit mehr davon bebaut war, als das Nilwasser noch leichter hinüber zu lenken war. Wenn die Katastrophe nicht existierte, dann müßte man sie schaffen; sie sind da, aber Zeit und Mühe haben sie allzu stark und tief eingeführt; es gilt also, die alten Schwellen wieder herzustellen und den Spiegel des Nils zu heben.“ Das ist es, was jetzt in Assuan durch das große, neuerbaute Staumwerk geschieht ist. Der englische Ingenieur Willford nahm sich der Sache an und setzte es auch durch, daß der granitene Querriegel des Katastrals von Assuan zur Unterlage für eine Staumauer gewählt wurde. Das nunmehr geschlossene Staubeden des Nils bei Assuan wird gefüllt über eine Milliarden Tonnen Wasser enthalten und mit Hilfe dieser aufgestauten Wassermengen wird es möglich sein, ungefähr 800 000 Acres in Mittelägypten und in Bahum zu bewässern. Der Damm zu Assuan ist 15 englische Meilen lang und besteht aus einem Mauerwerk mit 180 Öffnungen, von denen die meisten flachen Meter hoch und zwei Meter breit sind. Diese Schleusen sind im Stande, 15 000 Tonnen Wasser in der Sekunde durchzulassen. Die Grundfesten des Damms, die einer Höhe von 80 Meter hat, sind nahezu 80 Meter dick, und die Sohle liegt 12 Meter unter dem Flußbett. Für die Schiffahrt ist auf dem westlichen Ufer des Nils ein besonderer, mit fünf, je 10 Meter breiten Säulen versehen Kanal angelegt worden. Zwischen den Monaten Dezember und März fließt sich das Waden allmählig und zwischen dem Mai und Juni werden die Schleusen je nach dem Stand des Nils und den Bedürfnissen der Landwirthe schloß geöffnet. In dem Staubeden liegt die Insel Philae,

auf der sich allegorische Denkmäler befinden; diese Insel ist wahrscheinlich dem Untergang geweiht. Zwischen Dezember und Mai, wenn das Nilwasser voll Wasser ist, befindet sich die Insel Philae mit ihren Tempeln und sonstigen alten Bauten, zum Theil wenigstens, unter Wasser. Da der Grund, auf dem die Tempel stehen, Thon und Sand ist, kann man insolge des unter starkem Druck eintretenden Nilwassers den Einsturz der alten Bauten voraussehen.

Merkwürdige Städte.

Von merkwürdigen Städten erzählt eine Londoner Zeitschrift: „Einer der beliebtesten englischen Badeorte ist das Eisenbadungsbad bei Horsham in Sussex. Vor einiger Zeit wurde an die „South-Coast Railway Company“ hundert alte Eisenbahndämme. Sie wurden von einem Baumeister erkauft, der mit ihnen ein Dorf am Exeiter baute. Während der Sommermonate ist die Nachfrage nach diesen merkwürdigen Wohnungen sehr groß und sie werden möblirt oft zu £ 40 bis £ 50 vermietet; auch im Winter bieten sie Schutz im kältesten Winter. Dieses Dorf ist jedoch nicht einzig in seiner Art, denn die 2000 Einwohner der Stadt Midah in Georgien leben in auskragenden Straßenbahnwagen. Das Rathaus besteht aus zwei vereinigten Wagen, außerdem giebt es zwei Kirchen, ein Theater und neun Wirtschaften in Straßenbahnwagen. Eine merkwürdige Stadt ist auch Carracroy an der Westküste Irlands, das im Jahre 1760 ganz aus Hühnerställen erbaut wurde. In der Nachbarschaft befinden sich große Steinbrüche; aber die Einwohner haben es hartnäckig ab, ein richtiges Haus in der Stadt zu haben, da ein ungeschicktes Fährschiff weit bequemer wäre. In der Nähe von Yellowstone in Wyoming ist eine Stadt aus Libianstein erbaut. Dieselbe ist durch Jahrhunderte lange vulkanische Thätigkeit gebildet und ähnelt dem Spiegelglas, nur daß es dunkelgrün und schwarz ist. Es wird in Platten

gewohnte Absatzlands nach dem Ausland nicht mehr aussuchen ließ; die Wiederaufnahme dieser Beziehungen ist nur ein Zeichen der Rückkehr zu künftigen Verhältnissen. Abnorm ist es innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft auch nicht, wenn Einzelne und Unternehmungen in Amerika oder in Frankreich eine außerordentliche Nachfrage für Eisen und für Kohle schaffen und die deutsche Produktion solche Mägen ausfüllt — aber solche Gelegenheiten sind ganz vorübergehend; sie sind höchstens als zufälliger Gewinn eines Glücksspiels, nicht als regelmäßiger, andauernder Zugang zu buchen. Die dritte Art der Ausfuhrsteigerung ist jedoch lediglich ein Zeichen der eigenen Kraft, die bei allen Voren hervorbrechende Angstschweiß des Fieberndes, diese Ausfuhr um jeden Preis verschlimmert sogar bis zu einem gewissen Grade die Kraft, weil sie die Auslandskonkurrenz mit billigeren Kosten und Rohmaterialien versorgt und entsprechend den Absatz der deutschen Halbfabrikate und Fabrikate untergräbt. Wie weit jedoch in der Statistik diese drei Faktoren sich ausdrücken, wer wollte darüber ohne die eingehendste Zerlegung des Stoffes ein Urteil wagen? Wenn jedoch gerade die Ausfuhr von Kohlen, Eisen und Eisenwaren, Erden, Erzen, Spiritus, Rohzucker, Papier, Loh- und Leinwand stärker zugenommen hat, so ist bei den meisten dieser Produkte die Verdrängung im Ausland längst bekannt. Industrie und Agrarier gleichen sich hier auf's Haar. Wenn z. B. Spiritus im Fiskus nach dem Ausland ging: 1900: 122 681 Doppelgenter, 1901: 156 672, 1902: 213 509 Doppelgenter, oder dem Werte nach für 3,5 — 3,2 und 6,5 Millionen Mark — so wickelt wiederum, das man den hochgehaltenen Inlandspreis zur Subvention der Ausfuhr benutzte. Das Gleiche gilt vom Zucker, wenigstens bis zum 1. September 1902, wo die Bräselei Konvention die staatlichen Brämen aufheben würde, falls bis zum 1. Februar alle Vertragsmächte sich endgültig für Annahme entschieden haben. Sollte der fortbestehende Zuckerschutz auch weiter die Kartellierung ermöglichen, so würden selbst nach dem 1. September noch Ausfuhrzuschüsse privater Art denkbar sein.

Auf jeden Fall beweist die Handelsstatistik für 1902 von Neuem, wie vertriebt es ist, aus einem Rückgang der Einfuhr und einer Zunahme der Ausfuhr auf das zunehmende wirtschaftliche Gedeihen eines Landes schließen zu wollen.

Ein viertes geradezu verblüffendes Ergebnis zeigen die Jahresermittlungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Im Deutschen Reich (einschließlich Luxemburgs) wurden darnach an Noebelen vom 1. Januar bis 31. Dezember 1902 produziert 8 402 660 t gegen 7 745 887 t im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Das verflornte Jahr schließt sonach mit einer Mehrproduktion von über 600 000 t gegenüber dem Vorjahr. Es hat auch die Produktion von 1899 (8 143 Mill. t) noch beträchtlich überflügelt und wird nur von jenigen des Jahres 1900 (8 520 Mill. t), als der bisher höchsten Ziffer, übertroffen. „Das die Produktion des abgelaufenen Jahres diese Höhe erreichten würde, — lesen wir in den Zeitungsmeldungen — hat zu Anfang desselben kaum Jemand vermuthet. Die ersten Monate wiesen auch noch keine nennenswerthen Steigerungen auf. Um die Mitte des Jahres traten jedoch beträchtliche Produktionsrückgänge zu Tage, und der Dezember hat die bisher überhaupt höchste Produktion aufzuweisen.“

Man wird hier noch nähere Angaben abwarten müssen. Schon die deutsche Handelsstatistik giebt indes einen theilweisen Aufschluss über dieses Material, das als den gewöhnlichen Kreislauf der Produktion übersteigt. Die Einfuhr von Noebelen ist nämlich zweifellos infolge des ständigen Preisrückgangs in Deutschland gegenüber günstiger Preisbewegung in England und Amerika, rasch gekunnen; die Ausfuhr auf der anderen Seite hat man mit allen Mitteln forciert; so ist der Spielraum der Produktion trotz des zusammenstürzenden Inlandsbedarfs dennoch eine günstiger geblieben, als man vermuthen konnte. Es betrug nämlich die Einfuhr und Ausfuhr:

	Einfuhr	Ausfuhr
1900.....	728 712 t	129 409 t
1901.....	267 603 t	150 447 t
1902.....	143 040 t	347 266 t

Die Mehrproduktion von 600 000 t wäre danach schon so ziemlich verbraucht, um den Bedarf der Einfuhr auszugleichen. Dazu kommen über 200 000 t, die ins Ausland mehr abgeflossen sind; mindestens um gleich viel wäre also der Inlandsbedarf demnach zurückgegangen. Wie mag sich nun aber weiter das Verhältnis der aufgeschwemmten, nicht untergebrachten Vor-

räthe gestaltet haben? Wie stellt sich heute die Produktion zur Leistungsfähigkeit der Werke?

Kritik bleibt also auch hier Kritik, wenn auch Niemand eine so große Wichtigkeit der kapitalistischen Produktion, eine solche Fähigkeit, sich in der Noth zu helfen und Schäden auszuweichen, voraussetzen konnte.

Die Rohlenproduktion, deren Jahresstatistik nunmehr gleichfalls veröffentlicht ist, bietet zwar dieselbe Ähre wie die Eisenerzeugung, doch das abschließende Ergebnis war wesentlich ungünstiger. Schreiben wir aus der Handelsstatistik die Steintohle heraus, so sank die Einfuhr und stieg die Ausfuhr in folgender Weise:

	Einfuhr	Ausfuhr
1900.....	7 384 049 t	15 276 805 t
1901.....	6 297 389 t	15 266 267 t
1902.....	6 425 668 t	16 101 141 t

Das würde infolge Verlangens der Einfuhr und höherer Ansprüche der Ausfuhr einen Mehrbedarf von etwa 1,78 Millionen t gegen 1900 ergeben. Die Steintohlenproduktion ging jedoch zurück von 109,29 Mill. t im Jahre 1900 auf nicht ganz 107,44 Mill. t im Jahre 1902. Der Anfall im Inlandsbedarf bleibt demnach ein ganz beträchtlicher.

Dass die Kritik vorbesteht, zeigt neben der forcierten Ausfuhr von Waaren, auch die wachsende Ausfuhr von Menschen: die Auswanderung. Hier ist der Jahresabschluss ein überaus böser. Es wanderten Deutsche aus:

	über Hamburg	über Bremen	zusammen
1897.....	8802	9559	18361
1898.....	8880	8977	17857
1899.....	11136	8988	20124
1900.....	12294	9073	21367
1901.....	13954	9143	23097
1902.....	17654	13980	31634

Die englische Arbeitsmarkt-Verichterstattung konstatiert im Dezember einen Rückgang der Beschäftigung (gegen den Dezember des Vorjahres) in der Eisen- und Stahlproduktion, im Maschinen- und Schiffbau; dagegen hatte sich der Bergbau, und in den Textilindustrien habe sich sogar Manches gehieft. Von den 224 berichterstatteten Trade-Unions mit 552 415 Mitgliedern waren im Dezember 5,5 pZt. (30 802) arbeitslos, gegen 4,8 pZt. im November 1902 und 4,6 pZt. im Dezember 1901. Die Bewegung ging demnach zuletzt in ziemlich ausgeprägter Weise nach abwärts.

Berlin, den 25. Januar 1902. Mag Schippel.

Aus dem Reichstage.

Berlin, den 7. Februar.

Die bei der Beratung des Etats üblichen Reden über „höchste“ und „höch“ Reichs- und Weltpolitik sind vorläufig beendet. Der Etat der Reichskanzlei und damit auch das Gehalt des Reichskanzlers, im Betrage von 100 000, wurden am Freitag bewilligt. Heute wurde mit der zweiten Beratung des Etats des Reichsamtes des Innern begonnen, den der Reichsminister für Sozialpolitik, Graf Posadowski, zu vertreten hat. Zum Titel Staatssekretär (Fortdauernde Ausgaben), liegt folgende Resolution vor:

Die Abgeordneten Albrecht (Sozialdemokraten) und Genossen beantragen:

1. Der Reichskanzler möge alsbald einen Gesetzentwurf vorlegen, durch welchen an Stelle der im § 130b der Reichsververbe-Ordnung bestimmten Beamten und Landespolizeibehörden die Betriebsaufsichtsbefehdenden nach folgenden Grundzügen errichtet werden:

Die Aufsicht erstreckt sich auf alle Betriebe im Gewerbe, einschließlich der Heimarbeit, Handel, Verkehr, Bergbau, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Schiffahrt.

Sie wird einer Reichs-Zentralaufsichtsbehörde übertragen, welche dieselbe nach Inspektionsbezirken zu organisieren hat. In den Inspektionsbezirken wird die Betriebsaufsicht von Reichsbeamten und Beigeordneten gemeinsam ausgeübt mit dem Recht, ihre Anordnungen zwangsweise durchzuführen.

Die Beigeordneten sind von einem alle gemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts von den Hülfsperionen aller Betriebe zu wählen. Weibliche Beamte und Beigeordnete sind entsprechend der Zahl der

in den Betrieben beschäftigten weiblichen Hülfsperionen argustellen beziehungsweise zu wählen.

2. Der Reichskanzler möge einen Gesetzentwurf vorlegen, durch den die regelmäßige tägliche Maximalarbeitszeit für alle im Leber, Arbeits- und Dienstverhältnis im Gewerbe, Industrie, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen vorläufig auf zehn Stunden festgesetzt und innerhalb gesetzlicher zu bestimmender Fristen auf acht Stunden verfürzt wird.

Die Abgeordneten Gröber (Zentrum) und Genossen beantragen die Vorlegung eines Gesetzentwurfes, durch den die Rechtsfähigkeit von Berufsvereinen auf der Grundlage des bürgerlichen Gesetzbuches geregelt wird.

Die Abgeordneten Frhr. Hehl u. Herrnsheim (N.L.) und Trimbom (Z.) beantragen, dem Reichskanzler zu erlauben, dem Reichstage alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der folgende Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung wie folgt ändert:

1. Der § 135 Abs. 3 erhält folgende Fassung: Junge Leute zwischen vierzehn und achtzehn Jahren (bisher 16 Jahren) dürfen in Fabriken nicht länger als 10 Stunden beschäftigt werden.

2. Der § 137 Abs. 2 erhält folgende Fassung: Die Beschäftigung von Arbeitern über 18 (bisher 16) Jahre darf die Dauer von 10 Stunden (bisher 11 Stunden) an den Vorabenden der Sonn- und Festtage die Dauer von 8 Stunden (bisher 10 Stunden) nicht überschreiten.

3. Hinter den § 137 wird eingeschaltet: § 137a. Jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen darf Arbeit nach Hause nicht aufgegeben werden.

4. Dem § 139a Absatz 1 wird hinzugefügt: (Der Bundesrat ist ermächtigt) 5. für bestimmte Industriezweige Ausnahmen von den Bestimmungen des § 137a zuzulassen.

5. § 146. Die Uebertretung dieser neuen Bestimmungen wird mit Geldstrafe bis zu 2000, im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten geahndet.

Ferner beantragen die Abgeordneten Köfide und Pahnke (Freie Vereinigung):

Die verbündeten Regierungen werden ersucht, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen den im § 152 der Reichsgewerbeordnung erwähnten Vereinigungen und sonstigen zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereinen gestattet wird, ihre Bestrebungen zum Zwecke der Verbesserung der Lage der Arbeiter: auch auf Veränderungen der Gesetzgebung zu richten.

Das Zentrum ergeht sich in beräuselten Anstrengungen, noch in letzter Stunde vor den Wahlen seine Glimden beim Vollmunde durch sozialpolitische Bemühungen in Vergessenheit zu bringen. Die von den Herren Gröber und Trimbom mit Unterstützung des nationalliberalen Herrn Hehl von Herrnsheim gestellten Anträge sind Forderungen, die von der Sozialdemokratie längst erhoben worden sind, und die das Zentrum, wenn es ihm ernst damit wäre, im Verlaufe dieser fünfjährigen Legislaturperiode schon lange durchzuführen hätte. Aber leider wird der sozialpolitische Eifer der Ultramontanen immer erzt regt, wenn die Wahlen in die Nähe kommen. Dann beschänt man mit solchen Resolutionen den Arbeiterwähler Stand in die Augen zu treten. Darüber liegt auch die Rede des Abgeordneten Trimbom, der die sozialpolitische Debatte eröffnete, keinen Zweifel. Sie war eine Verherrlichung der sozialpolitischen Großthaten seiner Partei. Mit sorgfältiger Eifer war auch nicht die kleinste der geringen Verbesserungen vergessen worden, die auf sozialpolitischem Gebiete erzielt worden sind, und immer fügte Herr Trimbom hinzu: wir sind es, das das Alles gemacht haben. Aber diese Verherrlichung der Zentrumsozialpolitik ist nicht minder unbedeutend und unwichtig, wie das Nischenexempel, mit dem der Zentrumstreber die Hülfsabteilung durch den Hinweis auf die noch Jahre 1910 auf zu begründende Wittens- und Baifenberichterstattung fortzuzaubern sich bemühte. Vielmehr wird gerade diese Bemühung des Zentrumstrebers die katholische Arbeiterpartei belehren, wie es um alle Sozialpolitik dieser Partei des Scheins und des Truges bestellt ist.

geschnitten und ist wegen seiner Unübersichtlichkeit ein vorzügliches Baumaterial. Die Stadt hat über hundert Häuser und Hänen und eine große Kirche mit prismatischen Säulen. Die Stadt wird jedes Jahr von zahlreichen Besuchern besucht, die die Wirkung des Sonnenunterganges auf den funkelnden Häusern beobachten wollen. Die Stadt Vaireira in Portugiesisch-Ostafrika ist die einzig bestehende Zinkstadt. Sie ist vor einem halben Jahre errichtet worden und hat eine Bevölkerung von mehreren Tausend Personen. Zink hat man als Baumaterial gewählt, weil dieses Metall allein dem dortigen Klima widersteht. Das Krankenhaus, die Kirchen, das Zeughaus und alle Wohnhäuser sind aus Zink; Zinkgeräthe werden in den Häusern gebraucht, die Leichen in Zinkfahnen beerdigt, und die Eisenbahn mit ihren Personen- und Güterwagen ist auch ganz aus Zink. Der eine Vorliebe für Kunst hat, wohnt am besten in dem Dorfe St. Regier bei Vebet in der Schweiz. Der im Pariser Salon bekannte Künstler Alfred Weguin hat nämlich vor mehreren Jahren begonnen, die Fassaden der Häuser mit Wasser- und Oelfarben zu bemalen. Jeder Baden hat eine Reihe von Bildern, die seinen Handel darstellen, während Privathäuser mit Landschaften oder Karicaturen von Lokalberühmtheiten bemalt werden. Weguin hat seine Arbeit bis auf die umliegenden Keller ausgedehnt und hofft, vor seinem Tode alle größeren Dörfer des Kantons zu bemalen. Eine der merkwürdigsten Städte der Welt ist Kelberg bei Krakau, das unterirdisch liegt und ganz aus Salzstein ausgehauen ist. Seine 3000 Bewohner arbeiten in dem berühmten Salzbergwerk, und alle Straßen und Häuser sind von denkbar reinstem Weiz. Anstehende Krankheiten sind in Kelberg unbekannt, die meisten Einwohner sterben an Altersschwäche. Zum Schluß sei noch Coolstom, die Seetang-Kolonie auf Alaska, erwähnt. Der Ort war ursprünglich aus Lehmfelsen erbaut, die aber infolge der salzigen Seeluft abdröckelten, und so erlegte man sie durch Klatten aus See-

lang und Salz, die komprimiert und gebrannt wurden. Cookstom ist jetzt fast ganz aus Seetang gebaut, der der Luft widersteht; außerdem sind die Häuser jetzt wärmer als früher.“

Bauten in Amerika.

Im vorigen Juni wurde es der Meinung der in den Vereinigten Staaten sehr beliebten technischen Schule in Boston nach Schluß des Schuljahres klar, daß nach der Zahl der Anmeldungen von Schülern, welche die Eintrittsprüfung bestanden hatten, im kommenden Schuljahre die Lehrräume für die elektrotechnische Abteilung viel zu klein sein würden. Die Direktoren beschloßen daher, ein neues Gebäude zu errichten, für das die Summe von \$ 100 000 ausgesetzt wurde. Die Schwierigkeit war nun, einen Baumeister zu finden, der sich ansehlich machte, das Gebäude während der Ferien vor Beginn des kommenden Schuljahres, also in einem Zeitraum von nicht ganz drei Monaten, auszuführen. In dem in den letzten Wahlen bekannten Baumeister Frank V. Gilbreth wurde der Gedanke gefunden. Der Vertrag wurde am 28. Juni unterzeichnet; als Endpunkt der Fertigstellung wurde der 15. September festgesetzt. Am 2. August, d. h. 25 Tage nach Unterzeichnung des Vertrages war das Gebäude unter Dach und Fach und viele Klassenzimmer für das Auftragen des Putzes fertig. Die Schnelligkeit, mit der dieser Bau vor sich ging, ist ein Wunder zu nennen, wenn man bedenkt, daß 1800 Pfeiler zu rammen, eine Million Steine zu legen waren und die Herstellung von Betonfundamenten, Holzverankerungen, die Beschaffung von eisernen Trägern und vielen anderen Sachen in großem Umfange geschehen mußte.

Das Gebäude bedeckt eine Fläche von etwa 8700 qm. Der Hauptraum desselben ist eine Maschinenhalle von etwa 160 m

Länge bei 14 m Breite. Diese Halle hat einen Kausstrich erhalten, der die ganze Länge derselben entlang laufen und schwere Maschinen an jede beliebige Stelle transportieren kann. Ein Viertel der Halle ist mit Betonfundamenten für die Aufstellung von Maschinen und Dynamos versehen. Diese Halle wird nur zur Demonstration benutzt werden, während die Kraft und Heizung von der alten Kraftstation geliefert werden. Von der Maschinenhalle geht zwecks Transport von Maschinen ein Geleise nach einem Hofraum, in dem 400 Hühner Platz haben. Es befinden sich außerdem in dem Gebäude verschiedene kleinere Räume zum Studium für die Schüler, ein kleinerer Hofraum, sowie eine Werkstatt, um den Gebrauch der Werkzeuge und Geräte beim Zusammenlegen und Bearbeiten von Maschinen zu zeigen. Auf einer anderen Seite sind neun Klassenzimmer, ein großer Hofraum, ein Raum für Lichtmaschinen, eine Bibliothek, ein Studierzimmer, ein großes Laboratorium und die Zimmer für die Professoren der Abteilung. Alles in Allem besitzt das Gebäude 47 Räume. Das Dach hat 70 Oberlichte, die ein schönes Nordlicht geben. Für Ventilation und Heizung sind ausreichende Installationen vorgesehen. Die Heizung erfolgt durch Dampfheizkessel, während die Beleuchtung elektrisch ist.

Am diesen Bau sofort übermachen zu lassen, errichtete Mr. Gilbreth auf einer Seite des Baues zunächst ein Gerüst, das als Hauptquartier mit Zeichnungs-, Sprachrohr- und Feststehern versehen war. Von hier aus leitete der Baumeister mittelst der genannten Instrumente die Arbeit. Als die Mauern seine Plattform erreichten, erbaute sich Mr. Gilbreth auf dem Dache eines benachbarten Hauses, von welchem aus die Arbeiten beobachtet und geleitet wurden. Das Mauerwerk der Pfeiler nahm 13 Tage in Anspruch, nach 7 weiteren Tagen waren die Fundamente fertig, 3 Tage später waren die Mauern hoch und ein großer Teil des Daches aufgesetzt, nach 26 Tagen war das Gebäude unter Dach unter Fach. (V. Boston Evening Transcript.)

Gau Erfurt.

In dem vorigen Bericht haben wir der Hoffnung Ausdruck... im nächsten Jahre von einem größeren Fortschritt der Organisa-

Wein jetzt bei Ausstellung der neuen Wähler die Vorstände... nach den Bestimmungen, welche der Hauptvorstand in seinem

So haben wir in den letzten Jahren... Streitigkeiten hatten wir in Jena

Die Zahl der Zweigvereine beträgt 32, im dritten Quartal... waren 211 Mitglieder vorhanden.

Im Allgemeinen hat sich das Verhältnis, betreffend die... Korrespondenz zwischen Gauvorstand und Zweigvereinsvorständen,

Gau Braunschweig.

Vor Nebertritt der Braunschweiger Maurer in den... Zentralverband gehörten die Verbands-Bezirksstellen in unserem

Der Vorstand des Verbandes stand dieser Idee... patrisch gegenüber und trat ihr entgegen.

2. Von der Provinz Hannover: die Kreise Gifhorn, Goslar... und Peine. Demzufolge setzte sich der Gau aus folgenden

Lohnbewegungen fanden in Braunschweig und... Wolfenbüttel statt. Die Konjunktur konnte durchweg als

Andere Maurerorganisationen haben wir in der beiden... Orten Braunschweig und Wolfenbüttel, Villaden des „Christli-

Bauarbeiterschutzgesetz bestehen im Herzogthum... nicht. Im Juli wurde von allen in Betracht

Werthe Kollegen! Aus dem Bericht geht hervor, daß... wir keineswegs mit den Organisationsberathungen zufrieden

Jahresabrechnung der Kasse für 1902.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Einnahme' and 'Ausgabe'.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Einnahme' and 'Ausgabe'.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Einnahme' and 'Ausgabe'.

Braunschweig, den 23. Januar 1903.

Karl Obermeyer, Vorsitzender. Aug. Peters, Kassirer.

Revidirt und für richtig befunden: Die Revisoren: Aug. Rohde, H. v. Einem, Karl Schulze.

Statistische Tafel.

Large table with multiple columns: Name of Gau, Year, and various statistics.

Der Gauvorstand. F. A. Obermeyer.

Gau Dortmund.

Die Bauhütigkeit war im Berichtsjahre im Allgemeinen... etwas reger als 1901, namentlich im Herbst war in mehreren

wahrgewisse bildeten die beiden Industriezentren eine Ausnahme... In beiden Orten waren kaum halb so viel Maurer beschäftigt,

Die Mitgliederbewegung war der Bauhütigkeit entsprechend... nicht so günstig, wie wir erwarten durften.

Table with 2 columns: Year and Number of Members.

Neu aufgenommen 2059

Die meisten Mitglieder hat der Zweigverein Dortmund mit... 628, dann folgt Bodum mit 261; die wenigsten Mitglieder hat

Table with 2 columns: Year and Number of Members.

angemeldet 1403 abgem. 1229 Mitglieder

Wegen Schulden gestrichen sind während der Berichtszeit... 177, ausgetreten 44 und gestorben 8, in Summa 224.

Rechnen wir den Mitgliederbestand am Schluß des... 8. Quartals 1901 mit 1650; dazu Neuaufnahmen 2059 und die

Bezüglich der Buch- und Kassenführung ist eine kleine... Besserung zu verzeichnen, doch bleibt in manchen Vereinen noch

Die Agitation wurde im vorletzten Jahre recht reger... betrieben. Es haben circa 100 öffentliche Versammlungen statt-

Die Bauhütigkeit war im Berichtsjahre im Allgemeinen... etwas reger als 1901, namentlich im Herbst war in mehreren

Wird dies ein Ansporn sein, im Frühjahr das Hauptgewicht auf die öffentlichen Versammlungen zu legen. 87 von diesen Versammlungen fanden in Orten statt, wo wir keine Zweigvereine haben. In drei weiteren Orten waren Versammlungen geplant, sie konnten aber wegen zu schwachen Besuchs nicht stattfinden. In Glabbe, Böttrich, Gittel und Willeheim wurden uns die Lokale abgetrieben, nach den Aussagen der Wirthe meistens durch Verweigerung von Holzbeizern. In zwei Fällen erfolgte Klage auf Schadenersatz. In einem Falle erfolgte Zahlung vor Stattfinden des Termins und im anderen erfolgte die Verurteilung des wortbrüchigen Wirthes. Eine Versammlung (Gerbade) wurde auf Grund der Verformungsbedingung verboten. Weiter wurden drei Versammlungen verboten (Langendreier, Gelsenkirchen, Hamborn), weil das Lokal nicht den polizeilichen Vorschriften entsprach. In einer ganzen Anzahl von Orten, wo früher an Versammlungen nicht zu denken war, haben wir jetzt Lokale erhalten. Nur in den ausschließlichen Domänen des Banntrums finden sich in den seltensten Fällen Wirthe, welche ihre Lokale uns zu öffentlichen Versammlungen bereiten. Während im Jahre 1901 noch sieben Zweigvereine kein Lokal für Mitgliederversammlungen hatten, haben augenblicklich sämtliche Vereine ein Unterkommen gefunden. Zu 25 von den stattgefundenen Versammlungen mußten Referenten, die dem Gauverband nicht angehören, gestellt werden. Kollege Silberhmidt-Berlin sprach in 10 Versammlungen. Die meisten Versammlungen haben an Sonntagen stattgefunden, und hielt es deshalb häufig schwer, die nötigen Referenten zu finden. In dieser Beziehung werden wir in diesem Jahre andere Vorkehrungen treffen. Zu der Tour Silberhmidt's und zu einigen anderen Versammlungen sind von uns 4600 Flugblätter verfaßt, ebenso zur Hausagitation im vorigen Winter an 16 Zweigvereine 5000 und bis jetzt wieder 8500 Stk. Aus fünf Orten wurden im vorigen Winter Erfolge der Hausagitation gemeldet, während diese in den übrigen Orten noch nicht systematisch betrieben worden ist. In diesen Orten werden noch allerdings Einwendungen gegen die Hausagitation erhoben, und doch ist dies das beste Mittel, die schwachen Kollegen für uns zu gewinnen. Ein Uebelstand muß bei dieser Gelegenheit noch gerügt werden: Einige Zweigvereine mürrten über die Gaudarbeit, die sie zu erledigen haben; sie verlangen dafür nicht nur die unentgeltliche Stellung von Referenten, sondern auch die Bezahlung der Flugblätter sowie überhaupt jeglicher Agitation aus der Gauskasse. Die Einnahmen aus den Versammlungen usw. werden aber häufig der Lokalliste einberechnet. Mitgliederversammlungen wurden von uns besucht bzw. besucht 84, davon 18 von Kollegen außerhalb des Gaudverbandes. Der Besuch ist meistens zu wünschen übrig und namentlich dort, wo der Vorstand nicht einheitlich besteht ist, die Versammlungen für die Mitglieder interessant zu gestalten. Verlässliche Referenten sind erstklassigste im verflochtenen Jahre weniger herbeigeführt. Sitzungen in den Zweigvereinen und Besprechungen in anderen Orten haben im Ganzen 172 stattgefunden. Rollenrevisionen haben im Ganzen 51 stattgefunden. Außerdem ist noch eine ganze Anzahl anderer Orte besucht, um Anknüpfungspunkte für uns zu gewinnen; leider fällt dieses in vielen Orten äußerst schwer, jedoch ist immerhin Erfolg zu verzeichnen. Der schriftliche Verkehr war ein recht reger; es sind an Briefen, Karten, Druckfachen z. 1152 aus- und 987 eingegangen.

Zu Kämpfen mit dem Unternehmertum kam es nur in zwei Orten, und zwar in Dortmund und Münster. In Dortmund gelang es, obgleich es wegen der einzüglichen Lage zu erregten Auseinandersetzungen in Kollegenkreisen kam, durch etwa 14 Tage andauernde Sperren über die Kapitalgeschäfte den Lohn von 43 auf 45 % zu erhöhen. In Münster, wo gemeinsam mit den „Christlichen“ über einige Geschäfte wegen Lohnverdrängungen die Sperre durchgeführt wurde, war wenig Erfolg zu verzeichnen. Für diesen Sommer sind in mehreren Orten Lohnbewegungen geplant; wir müssen jedoch den Mitgliedern überstehten Vorschlag anempfehlen. Tarifverträge mit den Unternehmernorganisationen haben wir in unserem Gau noch nicht zu verzeichnen. Die sozialpolitische so rüchdringlich und auf ihr Herrentrecht pochenden Unternehmern des Ruhrgebietes werden sich dazu auch so bald nicht herbeilassen.

Der Bauarbeiterführer liegt im ganzen Gau noch sehr im Argen. In den kleineren und namentlich in den abgelegenen Orten kann noch nicht einmal von den Anfängen des Bauarbeiterführers gesprochen werden. Einzelne Beschwerden an die Berufsgenossenschaft sowie an Polizeibehörden hatten wenig oder gar keinen Erfolg. Trotzdem werden wir auch auf diesem Gebiete in unserer Agitation nicht erlahmen. In einzelnen Orten widmet die Polizei, veranlaßt durch die Kritik unserer Mitglieder, dem Bauarbeiterführer schon etwas mehr Aufmerksamkeit.

Der „Christliche“ Maurer- resp. Bauhandwerkerverband hat in 16 Orten Zahlstellen; aber trotz der lebhaftesten Agitation und der Unterstützung durch die Geistlichkeit, bleibt dieser Verband auch in unserem ziemlich schwarzen Bezirk an Mitgliederzahl weit hinter uns zurück. Die Dirsch-Dünderlöcher (gleichfalls Bauhandwerkerverein) werden im ganzen Bezirk keine 50 Mitglieder haben, die sich auf vier Orte verteilen. Die Soester Kollegen leisten sich noch das besonders zeitgemäße Vergnügen, einen Kolalverein zu unterhalten, der zier 30 Mitglieder umfassen dürfte. Erwähnenswert ist noch, daß in Dortmund, Münster und Bochum unsere Kollegen gemeinsam mit den „Christlichen“ Versammlungen abgehalten haben. In Bochum wurden Lohnforderungen gemeinsam von beiden Organisationen gestellt. Weiter haben die „Christlichen“, wo sie Organisationen haben (mit Ausnahme von Dortmund) an unsere Zweigvereinsvorstände das Erlauchen gestellt, gemeinsam mit ihnen für dieses Jahr Lohnforderungen zu stellen. Durch das bisherige Verhalten der „Christlichen“ auf diesem Gebiete, sind unsere Kollegen misstrauisch geworden, sie verlangten gewisse Garantien, die aber verweigert wurden. Die Zukunft muß uns zeigen, wie unsere „leiblichen Brüder“ sich halten werden.

Wenn nun auch so manche unserer Hoffnungen nicht verwirklicht worden sind, so haben wir doch immerhin, trotz der Krise, keinen Müßgang, sondern einen kleinen Fortschritt zu verzeichnen, der uns zu der Hoffnung berechtigt, daß, wenn sämtliche Mitglieder und namentlich die Vorstände gemeinsam mit dem Gauverbande noch mehr als im Vorjahre agitatorisch tätig sind, auch der Gau Dortmund bald 50 bis 60 Pkt. der hier beschäftigten Maurer zu seinen Mitgliedern zählen wird. Gegenwärtig betragen unser Mitgliederzahl soll uns auch uns zu diesem Ziele führen.

Die Einnahmen und Ausgaben gestalten sich folgendermaßen:

Einnahme.	
Rassendbestand von 1901.....	M. 119,69
Vom Verbandsvorstande.....	2700,-
Gaudarbeit der Zweigvereine.....	500,-
Sonstige Einnahmen.....	131,26
Summa.....	M. 3443,95

Ausgabe.	
Gehalt.....	M. 1680,-
Entgangener Arbeitsverdienst.....	27,99
Däten.....	809,70
Fahrtgeld.....	456,85
Druckfachen.....	156,25
Porto.....	104,20
Sonstiges, auswärtige Streiks.....	195,51
Summa.....	M. 3429,50

Bilanz.	
Einnahme.....	M. 3443,95
Ausgabe.....	3429,50
Reststand.....	M. 14,45

Der Gauverband.
S. A. Frig Rahl, Vorsitzender.
H. Wehrnd, Kassier.

Gau München.

Einer der am schwersten zu bearbeitenden Gawe unseres Verbandes ist zweifellos der Gau München (Südbayern). Dem größten Teil der südbayerischen Arbeiter fehlt noch das nötige Klassenbewußtsein und die Energie, welche das Grundprinzip einer lebensfähigen, thätigen Organisation sein muß. Wenn auch sowohl die politische wie alle gewerkschaftlichen Organisationen darunter zu leiden haben, so ist dies speziell bei den Bauarbeiterorganisationen der Fall. Das Bedürfnis, als gleichberechtigte Menschen leben zu können, ist der indifferenten Masse ein böhmisches Dorf. Wohl war auch bisher im Maurerverbände alljährlich eine größere Anzahl von Neuaufnahmen zu verzeichnen, aber nach Bezahlung einiger Wochenbeiträge wurden die neuengewonnenen Mitglieder meistens wieder fahnenflüchtig. Besonders trat dies bei Gelegenheit des letzten Streikes und Zimmererstreiks in München zu Tage. Hunderte von Kollegen traten dem Verbände bei. Nach Beendigung des Streiks, und hauptsächlich infolge der vom Verbandsrat beschlossenen Beitragsregelung wurden in kurzer Zeit fast ebenso viele Kollegen wieder fahnenflüchtig. Die Beitragsregelung bedeutete für München eine Erhöhung von 20 % pro Woche, da bis dahin hier nur von ganz einzelnen Kollegen ein Beitrag für den Streikfonds geleistet wurde. Die Leute haben offenbar den Ernst der Verhältnisse und den Wert der Organisation noch nicht begriffen. Nachdem dies zu Anfang des Berichtsjahres der Gau sich einen besoldeten Beamten nicht leisten konnte, war es dem Gauverband auch nicht möglich, die Agitation in so intensiver Weise zu betreiben, wie es notwendig ist, um die Organisation fest zu fügen, die Kollegen für die Organisation zu erziehen. Im Berichtsjahre hat sich in dieser Beziehung Manches gebessert.

Nachdem im verflochtenen Jahre eine südbayerische Konferenz, auch in Anbetracht des Notenschnittes, nicht als zweckdienlich erachtet wurde, so erwidert sich der Bericht zurück bis zum 1. Januar 1902. Schon während der Wintermonate wurden die Vorarbeiten zur Agitation gemacht. In erster Linie wurde ein Flugblatt ausgearbeitet und in 6000 Exemplaren gedruckt. Weiter wurde in München eine Hausagitation beschlossen. Dieselbe wurde zwar nicht so energisch durchgeführt, wie es wohl notwendig gewesen wäre, da sich leider viel zu wenig Kollegen beteiligten. Trotzdem waren Erfolge zu verzeichnen, wenn auch nicht in dem erhofften Maße. Speziell zu bemerken ist, daß im ganzen Berichtsjahre der Gauverband und die Verwaltung des Zweigvereins München in einmütiger Weise in der Agitation zusammenarbeiteten.

Im Laufe des Frühjahr wurde vom Verbandsvorstande genehmigt, für den Gau München einen besoldeten Gauvorsitzenden anzustellen. Die Mitglieder des Zweigvereins München stimmten einmütig für den vom Vorsitzenden Böhmler vorgeschlagenen Kollegen. Verbandsvorstand und Gauverband waren sich darin einig, daß das Hauptaugenmerk auf München und die anderen bereits bestehenden Zweigvereine zu richten sei. Die Agitation zur Errichtung neuer Zweigvereine solle mit Rücksicht auf die gegenwärtige Depression nicht in den Vordergrund treten. Der Gauverband richtete die Agitation darnach ein und wurde mit Eifer an dem Ausbau der bestehenden Vereine gearbeitet. In München allein wurden veranlaßt: zehn allgemeine Mitglieder-, elf öffentliche und 20 Zahlstellenverwaltungen; ferner 64 Hausbesprechungen, 18 Auskutschungen und sechs gemeinsame Sitzungen mit anderen Organisationen. Außerdem beteiligte sich der Gauverband an verschiedenen Sitzungen der Arbeiterschulungskommission, des Gewerkschaftsvereins, des Gesellenauschlusses usw. In anderen Zweigvereinen und benachbarten Orten besuchte resp. veranstaltete der Gauverband folgende Versammlungen: In Augsburg elf, Ingolstadt fünf, Landshut fünf, Rosenheim vier, Woltersmoor zwei, Wasserburg eine, Berchtesgaden drei, Meidenshall drei und Traunstein zwei.

Was den gegenwärtigen Stand der Organisation anbelangt, ist folgendes zu bemerken: Auch bei günstiger Baukonjunktur ist es in hiesiger Gegend infolge des anfangs geschickter Indifferentismus schwer, die Organisation vorwärts zu bringen. Aber auch die Krise ist nicht ohne Einfluß auf die Organisationsverhältnisse geblieben. Es muß bemerkt werden, daß in Südbayern erst im Jahre 1902 die Krise sich in ihrem vollen Umfang bemerkbar machte. Gerade, ja Laufende von Kollegen waren weniger in diesem Jahre in Südbayern beschäftigt, als dies früher der Fall war. Dazu kommt, daß eine Anzahl tüchtiger, überzeugungstreuer und weitaussehender Kollegen infolge der Verhältnisse gezwungen waren, zum Wanderleben zu greifen und die hiesige Gegend zu verlassen. In München allein waren 1902 circa 1500 Maurer weniger beschäftigt als vor wenigen Jahren. Außerdem ist es uns gelungen, in München nicht nur ein Zuzugeladen der Organisation zu verhindern, sondern dieselbe bedeutend zu festigen, und das Solidaritätsgefühl wenigstens unter den organisierten Kollegen auf eine höhere Stufe zu bringen. Leider ist es noch nicht gelungen, das Bauarbeiterführersystem völlig auszuhauen. In nächster Zeit muß

Alles darangelegt werden, diese Lücke auszufüllen. Aus den anderen Zweigvereinen ist zu berichten: In Augsburg wurde durch den unglücklichen Streik 1899 die Organisation vollständig zertrümmert. Zu Anfang des Berichtsjahres war der Stand derselben bereits auf Null. Im Laufe des Sommers gelang es, wenigstens wieder einen kleinen Stamm von Kollegen zusammen zu bringen und die noch vom Streik her rührenden finanziellen Schwierigkeiten zu beseitigen. Es ist zu hoffen, daß im nächsten Frühjahr auch der Zweigverein Augsburg wieder kräftig und lebensfähig werden wird. Auch der Zweigverein Rosenheim stand noch im vorigen Frühjahr auf sehr schwachen Füßen. Auch dort hat sich trotz großer Arbeitslosigkeit die Zahl der Mitglieder wieder bedeutend gehoben. Es ist begründete Aussicht vorhanden, daß auch in Rosenheim die Gewerkschaftsbewegung tiefere Wurzeln schlagen wird. Sehr schwach stehen gegenwärtig die Zweigvereine Meidenshall und Berchtesgaden. Trotz der unermüßlichen Tätigkeit unseres Kollegen Schaffner und noch einiger sehr tüchtiger Kollegen ist es dort sehr schwer, die Organisation zu halten. Auch dort ist die Bauwirtschaft sehr mäßig und hat sich die Zahl der dortigen Kollegen sehr vermindert. Vielleicht werden unsere und unserer wackeren Kollegen Bemühungen doch noch von Erfolg gekrönt sein. In Traunstein bestand ein paar Jahre noch eine Zahlstelle, welche aber nie lebensfähig wurde. Berchtes 1901 waren dort nur noch zwei Mitglieder. Der Einzige, welcher für den Verband tätig war, erhielt im letzten Jahre einen Posten seitens der Gemeinde, und so warf auch der Letzte die Hände in's Korn. In Landshut haben wir ebenfalls einen sehr schwachen Stand. Wohl hatten wir dort vor zwei Jahren ein paar Duzend Verbandsmitglieder. Es gelang auch, trotz dieser verschwindend kleinen Mitgliederzahl eine kleine Lohn-erhöhung durchzusetzen. Als dieses geschehen war, vertiehen auch diese Kollegen wieder unsere Fahne, so daß wir dort gegenwärtig nur ein paar Mitglieder zu verzeichnen haben. In Landshut spielen verschiedene Dinge mit. Erstens hat dort die moderne Arbeiterbewegung im Allgemeinen noch nicht richtig Wurzeln gefaßt. Zweitens kommt der Umstand in Betracht, daß die auswärtigen Kollegen infolge der Arbeitslosigkeit fast ausschließlich in anderen Städten arbeiten, so daß sie mit den übrigen Kollegen sehr wenig in Fühlung sind. Vielmehr muß aber auch werden, daß die Arbeitsfreudigkeit für den Verband in Landshut viel zu wünschen übrig läßt. Verschiedene Briefe des Gauvorsitzenden blieben unbeantwortet; auch mußte die Statistik vom Gauvorsitzenden selbst aufgenommen werden, trotzdem der Vorstand des Zweigvereins zur Zeit arbeitslos war. Von Seiten des Gauverbandes wird aber keine Mühe gescheut werden, auch in Landshut eine lebensfähige Organisation nachzuzuführen. In Ingolstadt wurde im vergangenen Sommer ein Zweigverein gegründet, welcher zu schönen Hoffnungen berechtigt. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 87 und wird sich hoffentlich in nächster Zeit bedeutend erhöhen, wenn die dortigen Verbandskollegen tüchtig weiter arbeiten.

Wenn wir auch mit dem gegenwärtigen Stand der Organisation keineswegs zufrieden sein können, so dürfen wir doch sagen, daß im Berichtsjahre bedeutende Erfolge erzielt wurden. In erster Linie wurde in München eine Anzahl von Kollegen, welche sich vom Verbandsrat bereits losgelöst hatten, durch eifrige Agitation der Organisation erhalten, und eine bedeutende Zahl von Neuaufnahmen gemacht. Weiter ist hier auch ein erster Schritt bezüglich Intelligenz und Kollegialität unter den Verbandskollegen zu verzeichnen, ein Fortschritt, welcher speziell in Südbayern zu begrüßen ist. Auch in anderen Zweigvereinen wurden zerrüttete Verhältnisse geregelt und trotz der sehr ungünstigen Zeit eine Erhöhung der Mitgliederzahl erreicht. Vieles bleibt noch zu thun übrig, manche Enttäuschung werden wir noch erleben, aber wir sind davon überzeugt, daß auch die Kollegen Südbayern zur Einsicht kommen und dort Hilfe suchen werden, wo sie zu finden ist, nämlich in der Organisation.

Die Abrechnung zeigt folgendes Bild:

Einnahme.	
Rassendbestand aus dem Jahre 1901.....	M. 15,80
6 Pkt. der im Gau geleisteten Einzelbeiträge à 25 A.....	905,-
Zuzug aus der Hausliste.....	1378,65
Summa.....	M. 1619,45

Ausgabe.	
Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst.....	M. 23,55
Gehalt des Gauvorsitzenden.....	159,70
Däten.....	169,-
Fahrtgeld.....	46,15
Druckfachen.....	41,10
Durch Einbruch abhandeln gelassen.....	180,65
Sonstige Ausgaben.....	6,95
Summa.....	M. 1458,10

Bilanz.	
Einnahme.....	M. 1619,45
Ausgabe.....	1458,10
Rassendbestand.....	M. 167,50

F. Sartl, Vorsitzender.
H. Stadler, Kassier.
A. Gemm, Revisor.

Versammlungen und sonstige Bewegung.

Bezirkskonferenz in Flensburg. Am 25. Januar tagte in Flensburg eine Bezirkskonferenz, auf der folgende Zweigvereine aufgeführt waren, Delegierte zu entsenden: Habersleben, Bernerode, Gravenstein, Flensburg, Rappeln, Schleswig, Ederstedde, Meidenshall, Husum, Tinning und Lönbern. Vertreten waren sämtliche Zweigvereine, mit Ausnahme von Meidenshall. Der Vorsitzende des Gauverbandes, Kollege Kober, berichtete über die Agitation und die zweckmäßigste Ausgestaltung derselben. Redner hält es für notwendig, in irgend einer Form Vertrauensmänner zu bestellen. Ferner sei es notwendig, jedem Zweigverein einen bestimmten Bezirk und bestimmte Orte zur Bearbeitung zuzuteilen. Diefür wurden zunächst die Bezirke der Zweigvereine entgegengenommen. In Gravenstein, Flensburg, Rappeln und Tinning sind für dieses Jahr Lohnforderungen gestellt worden. In Flensburg ist die Forderung von den Unternehmern anerkannt und werden vom 1. April d. J. 50 A Stundenlohn gezahlt, wofür in den anderen Zweigvereinen die Verhandlungen noch schwächen. In den

Arbeitsgeheimen der weißen Zweigvereine ist die Arbeitsgeheimen eine mittelmäßige. Aus fast künftigen Berichten klingt die Frage über die Haltung der Kollegen heraus, die sich hauptsächlich im nächsten Veranlassungsbesuch bemerkbar machen. Ebenfalls geht aus den Berichten hervor, daß die meisten Zweigvereine die Agitation fast ganz vernachlässigt haben. Eine Ausnahme hierin machen Gienzburg und Sulz. Von den Gienzburger Kollegen sind alle zu dem Bezirk gehörenden Orte bearbeitet worden, mit dem Erfolg, daß in Gienzstein ein Zweigverein und in Gienzburg eine Hilfszweigstelle gegründet werden konnten. Auch die Kollegen in Sulz hatten insofern Erfolg, als sie in Verbindung einen Zweigverein in 8 Leben riefen. In dem Bericht von Penrabe regte der Delegierte unter Anderem an, daß es zweckmäßig wäre, für die Agitation im nördlichen Schleswig ein Flugblatt in dänischer Sprache herzustellen, um so die Agitation unter den dänisch sprechenden Kollegen zu erleichtern. In der Diskussion über die einzelnen Berichte rügte Kollege Kober die Nachlässigkeit der Zweigvereine in der Agitation und stellte fest, daß in diesem Punkt keiner der Zweigvereine seine Pflicht erfüllt hätte. Wenn er auch zugeben wollte, daß die Gienzburger und Sulzener Kollegen eine rege Tätigkeit einstrahlten, so hätten sie, um mit dem Gauvorstand zusammen arbeiten zu können, diesen von ihrer Tätigkeit unterrichten müssen. Kober macht es den Zweigvereinen zur Pflicht, den Gauvorstand von ihrer Tätigkeit in Bezug auf Agitation stets zu unterrichten und zu diesem Zweck bemerken mindestens vierteljährlich einen Bericht zusammen zu lassen. Abdom wurde auf Antrag des Apereirader Delegierten beschlossen, ein Flugblatt in deutscher und dänischer Sprache herauszugeben. Dieses soll aber erst nach dem Verbandstage geschehen, um die etwaigen Neuanschaffungen desselben mit derweilen zu können. Hierauf begründete Kober seine schon eingangs erwähnte Meinung über die Agitation noch des Näheren. Es soll darnach der jeweilige Vorsitzende des Zweigvereins auch Vertrauensmann für den Gauvorstand sein. Ferner bemerkte Kober, wenn es die Delegierten für notwendig oder zweckmäßig erachteten, für den nördlichen Teil unseres Gauces einen Bezirksvertrauensmann einzusetzen, dem die besondere Förderung der Agitation obliegen müßte, so stehe ihm nichts entgegen; es stehe überhaupt im Belieben der Delegierten, sich die Agitation so leicht und so praktisch wie möglich einzurichten. Beschlossen wurde, den ersten Bericht des Kollegen Kober anzunehmen, wonach der jeweilige Vorsitzende eines Zweigvereins auch Vertrauensmann für den Gauvorstand ist. Der Vertrauensmann hat die dringende Agitation zu leiten und dem Gauvorstand über die Agitationsarbeiten zu berichten. Hierauf erfolgte die Einsetzung der Bezirke, die den einzelnen Zweigvereinen zur Bearbeitung übergeben werden. Darnach hat der Zweigverein S a d e r s e e ein folgende ländliche Orte zu bearbeiten: Christiansfeld, Sopstrup, Wödding, Sommerstedt, Silstrup, Gram. A p e n r a b e: Leutritz, Jorkbrück, Rostenburg, Holbuck, Nippel, M. Völlerstedt, Petersberg, G r a v e n s t e i n: Gedenhus, Brocker, Nibel, Nibüll, Nutenis. L o n d e r n: Ingleff, Nymundskloster, Nibüll, Neufischen, Radium, Wedebro, Rißby, Scherreb, Koper. F l e n s b u r g: Gienzburger, Niesby, Sordby, Edelbe, Verk. A p e n r a b e: Michs, Arnis, Gelling, S c h l e s w i g: Söderbrarup, Borbeck, Kollingsbüll, Schubb, Dvichlag. G e d e r n s l e b e: Mühlende, Gellort, Fiedsch, Niesby, Sulum: Friedrichshüt, Kollensbüll, Wredbüll, Langenhorn. F ü n n i n g: Obendsworth, Garbing, Wigsworth, Rating, Lating. Nachdem noch die Agitationsstatistik einer gründlichen Erörterung unterzogen und den Delegierten mündlich Ratsschlag mit auf den Weg gegeben war, erfolgte mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands um 7 Uhr Schluß der Konferenz.

Arbeitslosigkeit in Gamburg.

Statistische Uebersicht über die Arbeitslosigkeit im Maurergewerbe im Monat Dezember 1902 nebst Vergleichsziffern aus den vorhergehenden Jahren, aufgenommen von dem Zweigverein Gamburg.

Jahr	Zahl der Mitglieder	Befragte	Von den Befragten haben nicht gearbeitet		Zahl der Arbeitslosen	Summe der arbeitslosen Tage	Gesamter Lohnausfall
			absolut	prozent			
1902..	2448	1638	488	35,9	1205	12928	66815 88
1901..	2369	1847	497	26,91	1350	11683	49405 04
1900..	2269	1671	771	46,14	920	7080	29878 76

Ursache der Arbeitslosigkeit

Jahr	Ursache der Arbeitslosigkeit							
	Arbeitslosigkeit überhaupt		a) Arbeitsmangel		b) ungenügendes Wetter			
	Perf.	Tage	Perf.	Tage	Perf.	Tage		
1902..	1905	12928	179	2058	938	9568	88	1300
1901..	1350	11683	460	4999	843	6300	101	1333
1900..	920	7080	576	5781	276	391	67	909

Am 1. Februar hielt der Zweigverein Niesby seine erste diesjährige außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Dieselbe erreichte fast eines ziemlich guten Besuchs. Der Kassierer verlas die Abrechnung, laut welcher durch verschiedene größere Ausgaben ein geringes Defizit in der Kassa festzustellen ist. Bei der Neuwahl des Vorstandes blieb es bis auf den Schriftführer beim Alten. Im Punkt "Bescheidens" wurden noch folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Die Kassa ist durch Extraversammlungen zu füllen. 2. Unser Vorstand soll sich mit den Vorständen der Zweigvereine in der Umgebung in Verbindung setzen, um unter den indifferenten Kollegen, die in diesem Jahre geschäftig sind, mit den Verbandskollegen nach auswärts zu gehen, eine energische Agitation zu entfalten. Zum Schluß ermahnten die Kollegen Simon Müller und Franz Gruber II die Mitglieder, fest und treu zum Verband zu halten und für die weitere Verbreitung und Vergrößerung derselben Sorge zu tragen. Insofern keine alten persönlichen Geschäftsleute aus dem Verband fernhalten, vielmehr zu jeder Zeit die Interessen desselben zu fördern.

NB. Das Vereinslokal befindet sich beim Kollegen Simon Müller. Alle Schriftstücke sind an den Schriftführer, Franz Gruber II, Müller, Am alten Schloß, zu richten.

Am 26. Januar hielt die Zahlreiche Versammlung (Zweigverein Mainz) eine Mitgliederversammlung ab, die nur recht

mäßig besucht war. Der Vorsitzende sprach hierüber sein lebhaftes Bedauern aus und ersucht die Kollegen, ihre Pflicht in Zukunft besser zu erfüllen. Kollege Peter Wagner wurde als Obmann und Kollege Joh. Gr. Decker als Kassierer gewählt. Kollege Decker erwähnte die Verbandsmitglieder, ein nachfolgendes Auge auf die "Verbandslosen" zu haben und diesen die nötige Aufführung anzuweisen zu lassen.

Der Zweigverein Dreesen hielt am 26. Januar in Brandt, im Lokal des Herrn Samel, eine Versammlung ab, die gerade nicht schlecht besucht war, aber in Anbetracht der Mitgliederzahl doch hätte besser besucht sein können. Kollege Schulz-Bosen hielt einen Vortrag, worauf sich sieben Kollegen in den Verband aufnehmen ließen, so daß der Zweigverein jetzt 180 Mitglieder zählt. Alle Kollegen sind hiermit freundlichst erinnert, den Verbandsmitgliedern in Zukunft nicht zu vergehen.

In Eberfeld, im "Volkshaus", fand am 26. Januar eine kombinierte Versammlung der Mitglieder des Darmen-Eberfeld-Böhmischen. Der Vorsitzende, Kollege Feine, machte einleitend auf die wichtige Tagesordnung aufmerksam; die Mitglieder müßten einen Kollegen nach dem Verbandstag schicken, der auch im Stande sei, die Verbandsinteressen richtig zu vertreten und der späterhin die gefassten Beschlüsse den Kollegen auch zu vortragen könne, daß sie allgemein verständlich und von agitatorischer Wirkung seien. Nach Erledigung der Formalitäten wurde dem Kollege Moritz Duzung einstimmig als Delegierter gewählt. Hierauf erfolgte die Verlesung des Status. Die Vorlage des Verbandsvorsitzandes wurde im Allgemeinen anerkannt.

Agitationsbericht aus Gienzburg. Nachdem auf der Gaufonferenz in Gamburg 1901 von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden, daß für die verdienstlichen Zweigvereine ein großes Arbeitsfeld brach liege, sahen auch wir uns genötigt, Hand an's Werk zu legen, um unsere Kollegen auf dem Lande zu organisieren. Wir haben mit Gienzburg den Anfang gemacht. Die Bauberlei war zur Zeit mittelmäßig, der Lohn betrug 40 $\frac{1}{2}$ pro Stunde, die Arbeitszeit 10 Stunden. Wir wurden von den Kollegen ganz gut aufgenommen und hatten im Mai schon 17 Mitglieder zu verzeichnen. Im Monat August veranstalteten wir eine öffentliche Maurerverammlung, wobei uns die Gienzburger Kollegschaft unterstützte. Wir führten den Kollegen den Zweck und Nutzen des Zentralverbandes vor Augen. Auch wurde an die Unternehmer die Forderung gestellt, vom 1. April 1903 ab den Lohn pro Stunde um 6 $\frac{1}{2}$ zu erhöhen. Wir schein mit Gienzburg in fester Verbindung und hoffen, daß wir in diesem Jahre, die noch faulenden Kollegen dem Verbande zuführen werden. In Ingleff, ein Flecken mit den anliegenden Dörfern M. Bollerstedt und Petersberg, hatten wir keinen Erfolg; in Betracht kommen 18-20 Gehellen, von denen einige dem Verband schon angehört. Die Mehrzahl der ortsbewohnlichen Kollegen sieht tief im Harmoniebusel. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben, auch in Ingleff lassen wir uns wieder mal blicken. Auch die Orte Ved und Nibüll haben wir nicht aus den Augen gelassen. Im Bezirk kommen 20-24 Kollegen; davon arbeiten mindestens zwei Drittel auswärts, zum Teil in Londen und Gienzburg. Wenn die Kollegen hier arbeiten, fühlen sie sich ja veranlaßt, dem Verbande beizutreten, aber in der Heimath da sapper's immer sehr. Eine Versammlung konnten wir dort leider nicht abhalten, da uns bisher kein Lokal zur Verfügung stand. In Gradenstein, wo im Jahre 1901 bereits ein Zweigverein bestanden hatte, aber nach kurzer Zeit wieder einging, gelang es uns, einen Verein wieder in's Leben zu rufen; 20 Kollegen schlossen sich an. In Gradenstein wird eine Zementfabrik gebaut und voraussichtlich werden auch in diesem Jahre dort noch viele Arbeitskräfte gebraucht. Der Lohn bewegt sich zwischen 35 und 45 $\frac{1}{2}$, insofern haben auch die Kollegen die Forderung gestellt, den Lohn einheitlich zu gestalten. Auf Antwort warten sie heute noch. Auch der Zweigverein Gienzburg läßt noch etwas zu wünschen übrig, indem auch bei uns 40-50 Mann dem Verband fernsehen. Durch Hausagitation sind wir diesen Kollegen schon etwas näher gekommen und hoffen wir in diesem Jahre auf größeren Erfolg. Die Mitgliederzahl in Gienzburg beträgt zur Zeit 227, wovon einige 20 über neun Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind. Den Unternehmern wurde die Forderung unterbreitet, den Lohn von 48 auf 60 $\frac{1}{2}$ zu erhöhen, was auch zum 1. April bemittelt worden ist. Mit einem Unternehmer waren wir im verflochtenen Jahre in Differenzen gerathen, wobei 7 Kollegen 2 Tage im Zustand waren; die Angelegenheit wurde zu unseren Gunsten erledigt. Maßregelungen einzelner Kollegen wären noch mehrere aufzuweisen, die Organisation nahm aber keine Veranlassung, den Unternehmern den Krieg zu erklären. Die Kollegen wurden unterstützt. Auch muß noch bemerkt werden, daß hier noch ein Sozialverband besteht und zwar hat derselbe "ordenliche" und "außerordenliche" Mitglieder. Er ist im Jahre 1898 von Unternehmern und Streifredern gemeinsam gegründet. Wir bekämpften diesen Verein nicht, weil er uns nicht schadet. Zu der Agitation auf dem platten Lande ist noch bemerkt, daß es doch nicht ganz so leicht ist, wie sich Manche vorstellen mag, die Kollegen zu organisieren und sie an die Organisation zu fesseln. Vielfach sehen die Kräfte zur Führung der Geschäfte, und dann ist es hier auch wie überall: Die "besseren" Gehälter und sonstigen "Autoritäten" thun ihr Möglichstes, damit ja der Mann nicht "berührt" werde und den besten Sozialdemokraten in die Hände falle.

Am 25. Januar hielt der Zweigverein Friedberg i. d. M. seine erste diesjährige Versammlung ab, welche gut besucht war. Der Vorsitzende begründete die Geschäftserwartungen im neuen Jahre, dankte für den zahlreichsten Besuch und ermahnte die Kollegen, daß ganze Jahre die Veranlassungen so fleißig zu besuchen und auch die Sammler aufzurichten. Hierauf verlas der Kassierer, Kollege Brauer, den Quartals- und Jahresbericht. Beide Abrechnungen wurden von den Revisoren für richtig erklärt. Der Kassierer und der Vorstand wurden hierauf entlassen. Sodann wurde der Kollege Paul Gierich aus Landsberg a. d. W. mit 33 von 85 abgegebenen Stimmen als Delegierter zum Verbandstag gewählt. Ferner berichtete der Vorsitzende über die Verhandlungen mit den Unternehmern zwecks Lohnerhöhung von 20 auf 32 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Die Unternehmer verhalten sich ablehnend. Nach lebhafter Debatte wurde ein Antrag des Vertreters des Gauvorstandes, zu den alten Bedingungen weiter zu arbeiten, einstimmig abgelehnt und der Vorstand beauftragt, zu versuchen, mit den Unternehmern mündliche Verhandlungen anzubahnen. Zum Schluß wies Kollege Lehmann-Mixdorf auf die bevorstehenden Reichstagswahlen hin und ermahnte die Kollegen, ein Jeder seine Pflicht thun, damit wir im nächsten Reichstag auch wirkliche Volksvertreter und keine Volkserwähler haben. Hierauf schloß der Vorsitzende mit einem dreimaligen Hoch auf

den Zentralverband der Maurer Deutschlands die imposante Versammlung.

Die Zahlreiche Friedberg des Zweigvereins Weill hielt am 28. Januar im Lokale des Herrn Köstlich eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in welcher der Vorsitzende zunächst den Jahresbericht erlas. Unserer Zahlreiche gehören jetzt 180 Mitglieder an, 7 Kollegen mußten leider wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden. Neben dem, daß namentlich in Bezug auf Veranlassungsbesuch die Kollegen im vergangenen Jahre nicht voll ihre Pflicht erfüllt hätten; er gab der Hoffnung Ausdruck, daß in diesem Jahre, auf Grund der letzten Vorgänge im Reichstage und der diesjährigen hochpolitischen Bewegung, die Kollegen sich auch gewerkschaftlich mehr denn sonst betheiligen werden. Hierauf verlas der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal, welche von den Revisoren als richtig befähigt wurden. Der Kassierer wurde entlassen. Betreffs des Veranlassungs- und Verbandslokal wurde beschlossen, das alte Verhältnis aufrecht zu erhalten. Ferner wurde der Antrag angenommen, daß in diesem Jahre wieder regelmäßig jeden Monat eine Versammlung stattzufinden hat. Dem Vorstand bleibt es überlassen, den Tag der Versammlungen zu bestimmen. In den Vorstand wurden als erster Vorsitzender Kollege Brauer und als Kassierer der Kollege Hennig wiedergewählt. Zum Schluß erlas Kollege Polmeier als Gewerbegerichtsbefugter einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Gerichts. Dem Kollegen wurden 75 $\frac{1}{2}$ als Entschädigung für je eine Sitzung im Gewerbegerichtsausschuß zuerkannt.

Am Sonnabend, den 24. Januar, hielt der Zweigverein Gommern eine Mitgliederversammlung ab. Der Gauvorsitzende, Koch, hielt einen gut durchachten Vortrag über: "Die nächsten Aufgaben der Arbeiterklasse". Zu Punkt 2 wurde vom Kassierer der Jahresbericht vom 4. Quartal verlesen. Die Einnahmen der Hauptkassa betragen M. 2409,84, die Ausgaben M. 2416,80, so daß ein Defizit von M. 7,86 zu verzeichnen war. Dieses Defizit ist darauf zurückzuführen, daß zu viel an die Hauptkassa abgebandt wurde. Die Einnahme der Sozialkassa betrug M. 1732,96, die Ausgabe M. 1416,64, so daß ein Kassenbestand von M. 316,32 verblieb. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kollege Bindau und als Delegierte zur Gaufonferenz in Magdeburg wurden die Kollegen Bindau und Kahl gewählt. Nachdem noch einige persönliche Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende mit dem Wunsch, daß die Mitglieder stets die Interessen der Arbeiterklasse wahren möchten; auch bei der nächsten Reichstagswahl möchten die Kollegen nur einem wahren Arbeitervertreter ihre Stimme geben.

Der Zweigverein Giesow-Plattow hielt am Sonntag, den 25. Januar, seine regelmäßige Mitgliederversammlung im Vereinslokal zu Plattow ab. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 4. Quartal, deren Richtigkeit von den Revisoren befähigt wurde. Dem Kassierer wurde Decker erteilt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt Hermann Bangas als erster Vorsitzender, Friedrich Kuhlke als erster Kassierer. Zum Delegierten auf dem Verbandstag wurde Kollege Palme mit 28 Stimmen gewählt.

Der Zweigverein Hedersleben hielt am 29. Januar seine erste diesjährige Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Zum Deutschen Kaiser ab. 22 Kollegen waren anwesend und fünf Kollegen ließen sich aufnehmen. Abdom wurde zur Wahl geschritten. Erweitert wurde Kollege August Winnig aus Platenberg als Delegierter zum Verbandstag einstimmig gewählt. Weiter wurde Kollege Franz Wabruna von hier mit der Vertretung unseres Vereins auf der Gaufonferenz betraut. Als Vorsitzender wurde Franz Wabruna und als Kassierer Karl Johr wiedergewählt. Zum Schluß erlas der Vorsitzende die Kollegen, zu den nächsten Versammlungen wieder so zahlreich zu erscheinen und darauf hinzuwirken, daß auch die anderen Kollegen hier am Orte endlich dem Verbande beitreten.

Der Zweigverein Sintersee hielt am 26. Januar seine Mitgliederversammlung ab, und wie das gewöhnlich der Fall ist, waren von 96 Mitgliedern bloß 18 erschienen. Das ist nun schon das fünfte Mal, wo der Vorstand die Versammlung fast nicht eröffnen konnte. Nun Kollegen, wenn das so fortgeht, dann können wir bald aufhören; jetzt mitten im Winter, da werden doch wohl die meisten Mitglieder so viel Zeit haben, daß sie zur Versammlung gehen können. Aber die Sache liegt so, da verläßt sich Einer immer auf den Andern. Das nützt doch aber nichts; hier heißt es: Alle Mann in die Versammlung, damit wir unsere Lage ordentlich beraten und unsere Noth hinausreden können. Wir müssen uns schämen, wenn die Kollegen allerorts hören, daß in einem Zweigverein von 96 Mitgliedern nun schon das fünfte Mal nur 10 bis 18 Mann in der Versammlung waren. Als erster Punkt der Tagesordnung hatten wir Vorstandswahl. Der Vorsitzende mußte den Anwesenden gute Worte geben, um das Verwaltungspersonal zusammenzubringen, die Kollegen befamen fast Alle ein Amt. Als Delegierter zum 7. Verbandstag wurde Kollege Weibe mit 12 Stimmen gewählt, eine Stimme war unglücklich. Die Abstimmung dem 4. Quartal wurde von der Versammlung für richtig befunden. Infolge Nachlässigkeit der Revisoren mußte der Kassierer die Abrechnung erst während der Versammlung prüfen und befähigen lassen. Es wurde beantragt, dem Kassierer pro Vierteljahr M. 2 und jedem Hilfskassierer M. 1 mehr Gehalt zu geben, welches von der Versammlung angenommen wurde; auch wurden dem Kassierer diesmal M. 6 Monatslohn zugesprochen. Der Bewohnliche beantragte, da jetzt etwas viel an baarem Gelde in der Kassa sei, M. 50, auf dem Sparfalle zu belegen, was von der Versammlung genehmigt wurde. Kollegen! Ich richte nun an Euch die Bitte, stellt Euch in der nächsten Versammlung recht zahlreich ein; denn wenn das so fortgeht, kann dergestalt der Verwaltung die Lust, und ich glaube, Ihr könnt Alle mit uns zufrieden sein.

Der Zweigverein Sulz hielt am Sonnabend, den 31. Januar, seine diesjährige Generalsversammlung ab. Nachdem unser langjähriger Bevollmächtigter Joh. Gommern einen eingehenden Bericht vom verflochtenen Jahre erstattet hatte, wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Es wurden die Kollegen Joh. Gommern als 1. Vorsitzender, A. Ström als Kassierer und Chr. Petersen als 1. Schriftführer einstimmig wiedergewählt. Diese Kollegen haben schon einige Jahre ihren Posten verwaltet, und macht es immer Freude, wenn so bewährte Kräfte ihren Posten weiter annehmen und nicht, wie man es manchmal hört, aus ganz nutzlosen Gründen ihre Wiederwahl ablehnen. Nachdem noch die Delegierten vom Kartell und von der Konferenz in Gienzburg Bericht erstattet hatten, wurde Stellung genommen zum kommenden Verband-

Alles. Auf der Tagesordnung stand noch: Verlesung der Verammlungsberichte der freien Vereinigung der Miesener... Weit aber die Zeit schon zu weit vorgerückt war, wurde dieser Punkt bis zur nächsten Verammlung verlag.

Der Zweigverein Oberhausen hielt am 18. Januar im Lokal Hermann seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Als Delegierter zum Verbandstage wurde Kollege Großmann gewählt. Nachdem erfolgte Abrechnung vom 4. Quartal, welche eine Einnahme und Ausgabe von M. 278.60 für die Hauptkasse ergab. Für die Lokalkasse beläuft sich die Einnahme auf M. 127.04, die Ausgabe auf M. 76.01. Nachdem die Verbände die Wichtigkeit der Abrechnung bekräftigt, wurde dem Kassierer Dehage erstell. Dem Jahresbericht entnehmen wir: Es fanden 21 Mitglieder- versammlungen in Oberhausen, sowie vier öffentliche Verammlungen in Sierade und Osterfeld statt. Der Besuch der letzteren ließ viel zu wünschen übrig. Wir mußten unsere Anstrengung nach auswärts nehmen, da uns hier kein geeignetes Lokal zur Verfügung stand. Die Mitgliederzahl betrug zu Beginn des Jahres 28. Durch eine rege Hausagitation konnten wir 111 Neuanhänger gewinnen und durch das Abholen der Beiträge in den Wohnungen konnten wir auch die neu gewonnenen Kollegen bis auf drei, welche ausblieben und sieben wegen ungenügender Beiträge gestrichelt werden mußten, dem Verbands erhalten, was hier am 1. gegen die letzten Jahre ein guter Fortschritt bedeutet. Doch harret unser noch viel Arbeit; denn, wollen wir den fleißigen Unternehmern, die von ihrem Vereinhandpunkt aus meinen, Klassenlöse von 24 bis 42 M zahlen zu können, zeigen, daß auch wir ein Bestimmungsrecht über die Lohn- und Arbeitsbedingungen haben, so müssen wir energischer denn je agieren, bis wir auch den letzten Kollegen aus einem Dösel aufgestellt haben. Dann nur können wir unser Ziel erreichen. Da es in diesem Jahre eine gute Baufähigkeit zu werden verspricht, so wäre es erfreulich (ist aber auch notwendig), daß alle Kollegen, Mann für Mann, stets die Verammlungen besuchen, um miteinander in engerer Fühlung zu bleiben und zur gegebenen Zeit schlagfertig zu sein. Bei der Wahl zum Vorstand wurden Kollege Großmann als Vorsitzender und Kollege Gronert als Kassierer wiedergewählt. Im Punkt "Verhaltens" wurde unser Anderem einem franten Kollegen eine einmalige Unterstützung von M. 10 sowie während der Dauer der Krankheit M. 3 wöchentlich bewilligt.

Der Zweigverein Dönsbrück hielt am 25. Januar im Stagemeter seinen Lokale eine Verammlung ab, welche sehr gut besucht war. Kollege Weidmann schloßerte in längerer Rede den Bericht und die Nacht der Organisation. Der Vortrag wurde von der Verammlung mit Beifall aufgenommen. Darauf berichtete der Vorsitzende über die Vorbereitungen zur Lohnbewegung. Gemeinlich mit dem "Christlichen Maurer- verband" ist folgender Vorschlag aufgestellt worden: 43 Stunden- lohn; zehnstündige Arbeitszeit, von Morgens 6 bis Abends 6 Uhr, an den Tagen vor Oheim, Pfingsten und Weihnachten eine Stunde eher beginnend. Überstunden, Nacht- und Sonntag- arbeit ist nach Möglichkeit zu vermeiden. Sind solche Arbeiten jedoch erforderlich, so sind für Überstunden 10 M Zuschlag pro Stunde und für Nacht- und Sonntagarbeit 75 M Stunden- lohn zu zahlen. Die Verbände sind zu einzurichten, daß jeder ein von Beschäftigte gehendes Flag, Licht und Licht hat. Die Verbände müssen mit Fußboden und Heizkörpern versehen sein und müssen wöchentlich gereinigt werden. Auch dürfen Werkzeuge und Materialien in den Unterkünften nicht gelagert werden. Die Aborte müssen mindestens 30 m von der Baubühne entfernt sein; auch sind sie mindestens zweimal wöchentlich zu desinfizieren und wöchentlich zu reinigen. Der Lokaltarif wurde von der Verammlung einstimmig angenommen; er soll der Innung schriftlich eingereicht werden. Nach einem kräftigen Mahnwort des Vorsitzenden ließen sich 17 Kollegen in den Verband aufnehmen. Hoffentlich kommen endlich auch die Dönsbrücker Kollegen zur Einheit.

Der Zweigverein Wösten hielt am 29. Januar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Kollege Schulz referierte über die Frage: "Wie stellen sich die Maurer zur Errichtung einer Bauarbeiterkassensystem?" Redner schloßerte ausführlich die ungeheure Wichtigkeit auf unseren Bauten, u. a. mit welcher Gefahr die Beschäftigung der Arbeiter verbunden ist. Es gibt noch sehr viele Bauten, die vom Erdgeschoß bis zur dritten Etage überhaupt nicht abgedeckt sind. Auch die Unzuverlässigkeit in den Verbänden und auf den Worten wurde vom Redner stark kritisiert. Kollege Borowitz ergänzte die Ausführungen des Referenten und erludete die Versammelten, dafür einzutreten, daß eine Bauarbeiterkassensystem in Wösten ins Leben gerufen werde. Dies wurde auch von der Verammlung akzeptiert. Als Delegierte in die Kommission wurden die Kollegen Schulz, Begerer und Patte vorgeschlagen. Nach der von dem Kassierer Patte vorlesenen Abrechnung vom Jahre 1907 ergab sich ein Kassensstand von M. 810.57 für die Lokalkasse. Da Patte eine Wiederwahl ablehnte, wurde Kollege Ritz als Kassierer gewählt. Im Punkt "Gewerkschaftliches" gab der Vorsitzende die in einer Sitzung des Vorstandes erledigten Streitigkeiten verschiedener Kollegen bekannt u. a. den Fall Marschall. Kollege Marschall bereut, nicht gegen den Verband gehandelt zu haben und verspricht ein treues Mitglied zu bleiben. Beschlossen wurde, eine Extra- beitragsmarke von 30 M pro Vierteljahr zu fassen. Nach längerem mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Kollegen Schulz über die letzten Ereignisse im Reichstage, wurde die nach folgende Verammlung mit einem dreifachen Koch auf die gefamante Arbeiterschaft geschlossen.

Der Zweigverein Wösten hielt am 24. Januar seine Generalversammlung ab. Kollege Jahn erstattete den Geschäfts- bericht. Aus demselben geht hervor, daß das vergangene Jahr für den Zweigverein Wösten ein sehr bewegtes war. Im Früh- jahr hatte es erst den Anschein, als sollte es zu einer Lohn- bewegung kommen. Die Innung lehnte unsere mehrmals ge- stellte Forderung von 48 M Stundenlohn ab. In einer Arbeitsbestimmung kam es jedoch nicht, da die Mehrgeld der Kollegen der Meinung war, daß die Konjunktur nicht genügend gut lie. Im Sommer veranlaßte sich eine Baupolice wegen Aufregung eines Kollegen; bei einem Innungsmeister; die Sperre mußte aber schon nach zweiwöchiger Dauer wieder auf- gehoben werden, da leider ein Verbandskollege es nicht für ihre Pflicht erachteten, einzutreten. Im Herbst (Oktaber) unternahm es wieder ein Innungsmeister, Herr Meier, an dem Stundentarif zu rütteln, indem er längere Arbeitszeit verlangte. Die Kollegen antworteten mit der Arbeitsbestimmung, worauf die Innung beschloß, sämtliche Ver- bandskollegen zu entlassen. Dem Beschlusse folgte die Tat-

Arbeitsbestimmung" wurden etwa zwanzig aus aller Herren Länder herangeführt. Da der Frost bis dahin kam, und nach Ansicht des Hauptvorstandes kein Erfolg zu erwarten war, mußten wir auf Wunsch des Hauptvorstandes die Sperre aufheben. Es wird sich aber diesen Sommer wohl noch Gelegenheit finden, die Maßnahmen der Innungsproben zu beregeln. Die Mit- gliederbewegung stellt sich folgendermaßen: Neu eingetretene sind 80, davon schon früher Mitglieder 28, ausgetreten wurden 22, ausgetreten sind 6, zum Willkür eingezogen 8 und wegen rück- ständiger Beiträge gestrichen wurden 10. Am Jahres- schluß hatte der Verein 195 Mitglieder; davon haben 172 voll bezahlt, über 8 Wochen restieren 5. Die Beitragsentnahme ist seit zwei Jahren eingeführt. Es haben stattgefunden: 22 ordent- liche und 11 Extra-Mitgliederversammlungen, sowie außerdem 22 Sitzungen des Vorstandes und 6 Revisionen. Außerdem fanden zwei öffentliche Maurerverammlungen statt. In der am stärksten besuchten Verammlung waren 178, in der am schlechtesten besuchten 18. Durchschnittlich waren die Ver- ammlungen von etwa 70 Kollegen besucht.

Der Zweigverein Spremberg hielt am 25. Januar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Leider hatte es ein großer Teil der Kollegen wiederum vorgezogen, nicht zu erscheinen. Es wäre doch wirklich einmal an der Zeit, daß die Kollegen auch in Bezug auf den Verammlungsbuch ihrer Pflicht nachkämen. Der Kassierer verlas den Kassens- abschlus vom dritten Quartal und den Jahresbericht. Im Jahre 1907 haben 12 Mitglieder- und 2 öffentliche Ver- ammlungen sowie 15 Vorstandssitzungen stattgefunden. Der Verammlungsbuch war im ganzen Jahre kein guter. Der Kassensabschlus im vierten Quartal ergab ein Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse M. 210.04. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Meistoren Dehage erstell. Als erster Vor- sieder wurde der Kollege Hermann Sterkow und als erster Kassierer der Kollege Otto Kallaß wiedergewählt. Da in diesem Jahre eine gute Konjunktur in Aussicht steht, so wurde den Unternehmern ein Tarif unterbreitet, welcher folgen- de Forderungen enthält: 40 M Stundenlohn, für Nacht- und Überstunden 5 M , für Wasser- und Feuerungsarbeiten 10 M , für Landarbeit über 5 Kilometer 3 M Zuschlag pro Stunde. Die Lohnzahlung soll auf der Baustelle vor Feier- absend erfolgen. Errichtung von Gebäuden und Aborten, menschenwürdigen Verhältnissen entsprechend. Da die Unter- nehmer bis jetzt noch keine Müdderung getan haben, ist der Ruf nach Kollegen nach hier fernzuhalten. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, sich mehr der Haus- agitation zu widmen.

Am Mittwoch, den 28. Januar, fand in Wandsbürg (Westpreußen) eine öffentliche Maurerverammlung statt. Dieselbe war gut besucht. Kollege Schwarz aus Danzig referierte über das Thema: "Warum müssen die Maurer sich dem Ver- bande anschließen?" Nachdem der Referent den Kollegen in längerer Ausführungen die Notwendigkeit der Zugehörigkeit zum Verbands auseinandergesetzt, wurde einstimmig beschloßen, einen Zweigverein in Wandsbürg zu gründen. Es wurde ein provisorischer Vorstand gewählt und der Kollege Ad. Greulich mit den nötigen Arbeiten betraut. Sodann ließen sich circa 40 Kollegen aufnehmen, wodurch die Existenz des jungen Vereines gesichert erscheint.

Am 20. Januar tagte auf der Herberge die ordentliche Mitgliederversammlung des Zweigvereines Wilsdorf. Die Ab- rechnung wurde vom Kassierer verlesen und demselben Ent- lastung erteilt. Dann wurde Kollege N. Knieken zum ersten Vorsitzenden und Kollege Wundt zum ersten Kassierer gewählt. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kollege August Hofe aus Kellinghusen einstimmig gewählt. Nachdem wurde beschloßen, die Verammlung nicht mehr wie jetzt am dritten Dienstag, sondern am zweiten Sonntag im Monat stattfinden zu lassen, damit die auswärts arbeitenden Kollegen auch die Verammlung besuchen können. Die Bei- träge sollen nicht mehr aus dem Hause geholt, sondern wieder in der Verammlung erhoben werden. (Anmerkung des Schriftführers: Kollegen, dies war die erste Verammlung in diesem Jahre, sie war gut besucht. Beacht die folgenden Verammlungen ebenso, damit ich nicht immer protokollieren muß: "Die Verammlung konnte nicht statt- finden, weil nur 5 oder 6 Mitglieder erschienen waren".)

Am 25. Januar d. J. fand in Wurzgen eine öffentliche Maurerverammlung statt. Zum ersten Punkt der Tages- ordnung: "Die Organisationskämpfe der Handwerkerzöglinge im Mittelalter" hielt Richard Ahniski-Beitzig einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Dann wurde Kollege Robert Hofmann mit 45 Stimmen als Delegierter zum Verbands- tag gewählt. Den Bericht der Lokalkommission ist zu entnehmen, daß sich die Unternehmer bis dato nicht zu Unterhandlungen herbeigelassen, sondern die Sache immer von einer Woche auf die andere verschoben haben. Die Kommission wurde be- auftragt, nochmals anzufahren, ob die Unternehmer endlich gewillt sind, zu unterhandeln. Einer scharfen Kritik wird das Verhalten der beim Unternehmers Viehweg beschäftigten Kollegen unterzogen, weil sie immer noch die Wasser- kassen mitbringen; sie weigern sich auch, Listen zum Einammeln der Beiträge auf den Bauten zu führen. Von den Unternehmern Wanneitz und Kraus werden die Wasserzassen schon seit längerer Zeit geliefert. Beschloßen wurde, die Aufnahme eines diebezüglichen Passus in den Arbeitsvertrag zu beantragen. Die Jahresabrechnung ergibt eine Einnahme für die Hauptkasse von M. 2288, für die Lokal- kasse inklusive Kassensbestand M. 1775.91. Aus der Lokal- kasse ausgaben wurden M. 800.95, mitteln blieb Kassensbestand M. 974.96. Von einigen Kollegen wurde der Wunsch aus- gesprochen, daß sich die Maurer, als starke Organisation am Dreie, in diesem Jahre recht zahlreich an der Hausagitation be- teiligen möchten. Kollege Horn trägt einige Zustände in Wandsbürg, das zum Lohnbezirk Leipzig gehört. Nach den Ausführungen des Kollegen werden dort Klassenlöse von 45 bis 55 M pro Stunde gezahlt; die Baubühnen sind in ganz schlechtem Zustande. Eine längere Debatte entspann sich noch über die Festlegung des Lohnbezirks. Schließlich wurde die Kommission beauftragt, sich mit dieser Frage zu beschäftigen und der nächsten Verammlung Vor schläge zu machen.

Jahresbericht des Zweigvereines Kösen. Die Mitglieder- versammlungen wurden regelmäßig in jedem Monat einmal abgehalten, waren jedoch immer schwach besucht. Es ist daher nur zu wünschen, daß es in diesem Jahre besser wird, wenn wir nicht allzuweit zurückfallen wollen. Die Interes- slosigkeit der Kollegen ist in unsem Zweigvereine sehr groß, das wollen unsere Unternehmer sehr genau und fle-

geln daraus ihren Vorkeil. Zum dritten Mal haben wir jetzt Forderungen betreffend Lohnhöhung und besseren Arbeitsbedingungen gestellt, aber noch nie eine Antwort erhalten. Die diesjährige Forderung von 42 M Stundenlohn werden unsere Unternehmer auch diesmal feiner Antwort unwürdig, wenn die Kollegen nicht bald aus ihrem Schlaf erwachen. Die Bautionunktur wird im Frühjahr günstig sein in unsem Wohngebiet, da ist es wohl Pflicht eines jeden Kollegen, auf Verammlungen nachzugehen und bei indifferenten Kollegen auf den Arbeitstischen in den Baubühnen die nötige Aufklärung zu geben. Es ist schon vorgekommen, daß Kollegen, die noch an "parteilichen" Dingen viel Freude haben, es nicht für nötig hielten, ihre Verbandsbeiträge vorzugeben. Ebenfalls fehlt die nötige Umsicht auf der Bauten beim Verstand. Was Baubuden anbetrifft, darüber schweigt der Sängers Köstlichkeit. Im vorigen Jahre haben Kollegen von uns in Marienfelde gearbeitet für 38-40 M pro Stunde, wo laut Vereinbarung ein Stundenlohn von 65 M bezahlt werden muß. Diese Kollegen haben abgehauten, war, uns und dem Marienfelder Vorstand unmöglich, denn die meisten Kollegen haben der Organisation den Rücken gekehrt. Sie wollen lieblich beim Meister bleiben. Zu der Einheit ist für noch nicht gekommen, daß sie sich selbst und ihre Mit- arbeiter damit schädigen, sie vermeiden auch jeden freundschaftlichen Verkehr mit organisierten Kollegen. Sollten diese Nachkommen sich, inwieweit eines Besseren besonnen haben, dann mögen sie in unsere Reihen wieder eintreten. Auch haben wir noch einige andere Kollegen. Sie arbeiten in Berlin, halten es aber nicht für nötig, die 65 M Verbands- beiträge zu zahlen; sie ernten wohl, haben aber keinen Pfennig zur Saat übrig. Einige Kollegen, die hier wegen Schulden gestrichen worden sind, lassen sich in Berlin auf- nehmen und erziehen dort; bei uns gibt's keinen Verband. In Zukunft werden die Berliner Kollegen darauf mehr achten müssen. Unsere Einnahme für die Hauptkasse betrug M. 1164.06, die Ausgabe M. 1164.60. Die Einnahme für die Lokal- kasse betrug M. 399.98, die Ausgabe M. 889.37, somit Kassensbestand M. 22.61. Neu eingetretene sind 29 Mitglieder. Einige Kollegen sind mit ihren Beiträgen noch im Rückstand; diese mögen hiermit daran erinnert sein. Die alten Bei- tragsmatten werden nach der Februarverammlung abge- schickt. Im Uebrigen werden alle Kollegen ermahnt, in diesem Jahre eine frische, fröhliche Tätigkeit in der Organi- sation zu entfalten.

Haushaltungs-Budgets.

Zwei weitere Haushaltungsrechnungen sind uns aus Dresden bezu. dessen nächster Umgebung zugegangen. Im ersten Falle hat der Mann die Maurerei, seinen eigentlichen Hauptberuf, nur als Nebenberuf betrieben und war er dadurch in die glückliche Lage versetzt, mehr zu verdienen, als ein Dresdener Maurer im Durchschnitt verdienen kann. Die Einnahmeposten setzen sich wie folgt zusammen: M. 332.04 für 6894 Arbeits- stunden als Maurer, M. 749 als Malchinarbeiter in einem Zeitraum von 7 Monaten, M. 199.50 als Ausschlagsarbeiter, M. 109.98 beim Schmarcken (Weizen, Dfeneinziele), M. 19.55 Lotteriegewinn, M. 48.29 Krankenunterstützung, M. 29.78 Ver- dienst der Frau, M. 2 von der Sparkasse. Summe der Ein- nahmen M. 1291.15.

Wöchentliche Ausgaben.

Brot und Backwaare	1.09 1/2
Butter und Fett	1.60
Kaffee, Thee, Kakao	...
Chokolade	...
Flüssigwaare u. Fische	1.19
Mehl	...
Gewürze	...
Kartoffeln	...
Gemüse	...
Stift und Del.	...
Zucker	...
Seife, Soda, Stärke	...
u. Wäsche reinigen	...
Milch, Eier, Nudeln	...
Räse	...
Milch	...
Petroleum u. Spiritus	...
Sirup und Honig	...
Mangel	...
Holz und Koffeln	...
Streichholz	...
Wäsche	...
Summa	M. 8.89 1/2

Jährliche Ausgaben.

Für eigenen Bedarf sind zu zahlen	148.00
Steuern	25.50
Verbandsbeiträge	14.75
Arbeiter-Kassenbeiträge	4.80
Kranken- u. Invaliden	19.50
Unkosten, Reparaturen, Wäsche, Schuhe, Klei- dung sowie Zehnte, Braugelien u. andere Kleinigkeiten	58.89
Doflor und Apothek.	48.15
Kartiergeld	19.22
Insener, Möbel, Wägen, Wäsche, Nähmaschine	163.88
Sonntagsausgang	...
Theater u. Vergnügen	188.40
Milch	200.
Bahnfahre	4.56
Hafteln und Haarschneiden, meist selbst	4.70
Bogelfutter, Glyzerin, Spielzeug, Papier und Briefmarken	6.88
Summa	M. 854.58

Die wöchentlichen Ausgaben machen jährlich M. 489.57 Summa der Ausgaben M. 1291.15

Der andere Einkömmler wohnt in Dieritz bei Dresden, als Arbeitsort kommt Dresden resp. das Dresdener Wohngebiet in Betracht. Der Kollege hat es als Maurer nur auf 1711 Arbeitsstunden gebracht und dies bei acht Unternehmern. Bei der außerordentlich hohen Kaufkraft in Dresden ist das durch obige Zahlen freudene ungenügende Arbeitsverhältnis sehr wohl verständlich. Die Familie besteht nur aus drei Sippen (Mann, Frau, und ein Kind), auch wurden für Wohnungs- miete nur M. 141, ausgegeben, wogegen in Dresden selbst und auch in den näher gelegenen größeren Vororten für dieselbe Wohnung wohl das Doppelte ausgegeben werden muß - trotz dieses günstigen Umstandes konnte die Gesamtausgabe doch nicht von dem Verdienst des Mannes und der Frau kritisiert werden. Die Einnahmen und Ausgaben gehalten sich wie folgt:

Einnahme.

1711 Stunden als Maurer, durchschnittlich pro Stunde 42 M	M. 748.56
Sonntiger Verdienst	60.11
Gewagregelten-Unterstützung	1.50
Lotteriegewinn	6.90
Einnahme der Frau	167.89
Dividende und Kapitalgewinn vom Konsumverein	...
Erdbeer	88.56
Unterstützung für geleistete Wohnung	12.88
Summa	M. 1075.36

Wesentliche Ausgaben.

Brot und Backwaren	1.93
Fleisch u. Würstchen	1.52
Butter	1.81
Kaffee, Kakao, Tee	26
Eier	23
Milch	29
Mehl	12
Zucker	35
Schmalz	58
Essig und Oel	11
Früchte	19
Dr. Gemüse, Hülsenfrüchte	
und Kartoffeln	86
Gerichte	19
Bier	06
Rohf.	06
Tabak	13
Seife	13
Obst und Beeren	14
Zufangeld des Mannes	1.66

Jährliche Ausgaben.

Miete	141.-
Miebung	78.80
Heizung	40.30
Bekleidung	9.25
Schuhwaren	27.50
Möbel	13.-
Spargelb	17.80
Schulgeb	7.80
Garne u. Schnittwaren	23.23
Ausfuge und Bergangen	20.27
liebung beim Militär	11.-
Steuern	80.34
Invaliden- und Kranken-	
renten	17.91
Gewerkschaftsbeträge	4.11
Barbeitbeiträge	20.-
Barbeitbeiträge	4.20
Barbeitbeiträge	10.50
Barbeitbeiträge	14.25
Barbeitbeiträge	15.85
Gewerkschaftsbeträge	8.54
Schulbücher u. Schreib-	
zeug	2.89
Arbeitsgeb	4.25
Borio	3.66
Sonstige Ausgaben	13.88

Summa. M. 9.90

Summa. M. 533.43

Bilanz.

Gesamtausgabe	M. 1048.23
Gesamteinnahme	1014.99
Differenz	M. 33.24

Den „Christlichen“ in's Stammbuch.

Aus Wort und Bild wird uns geschrieben: Bei der Agitation der „christlichen“ Gewerkschaften, und namentlich vom „christlichen“ Maurerverband, wird jedes Jahr etliche Male das Märchen vom „Terrorismus“ der Mitglieder des Zentralverbandes ausgeführt. Nach Berlin kamen Braunshweig, Paderborn und im vorigen Jahre Düsseldorf an die Reihe. In diesem Jahre ist es nun Dortmund, welches den Weigen eröffnet, wo in erst „christlichen“ Sinn jemand nach den Württembergern strebt.

In einer Mitgliederversammlung des „christlichen“ Verbandes in Herde sprach nach einem Bericht der „Vaugewerkschaft“ (der auch in die hiesige „Arbeiterzeitung“ überging und darnach wohl in die gesammte Zentrumpresse übergeben) „Solange Weigenhagen (Dortmund) in überzeugender, paderborner Weise von der Notwendigkeit der Organisation“ Weigenhagen ein erst „christlicher“ Fanatiker, suchte die Notwendigkeit der Organisation dadurch zu beweisen, daß er andere Organisationen, und namentlich den Zentralverband, in den ärgsten Ausdrücken verurteilte und verächtlichte. Er erzählte vom „Terrorismus“, von „Insulten“, „Verhöhnungen“ und „Verpöhlungen“ durch die „Freien“. Bei der Gründung des „christlichen“ Verbandes seien die „Freien“ und ihre Führer, die sozialdemokratischen Führer, in unendliche Wuth gerathen. Aber der „christliche“ Verband habe trotz Alledem in den paar Jahren seines Bestehens schon Großartiges geleistet und über 15 000 Mitglieder aufgenommen. Echt jehuitisch verzog der „Christl.“ Weigenhagen, aber, seinen Zuhörern die großartigen Leistungen zu zeigen, oder sind vielleicht seine Verdächtigungen damit gemeint? Ebenso verzog W. zu sagen, daß von den 15 000 aufgenommenen höchstens der vierte Teil als Mitglieder verzeichnet ist. Nach Weigenhagen kam ein gewisser Schulz und erzählte wahre Schauergerichten vom Theaterbau in Dortmund. Wie er dort vor den „freihändlerischen“ Verbänden „terroristisch“ wurde, wie er dort tagtäglich in der „empfindlichen“ und „gemeinlichen“ Weise verhöhlte, verpöhlte und schikaniert wurde, bis er, seines Lebens nicht mehr sicher, die Arbeit verlassen mußte. Er sei der einzige „christliche“ Organisator dort gewesen, die übrigen „christlichen“ Kollegen hätten es nicht gewagt, sich der Organisation anzuschließen. Durch das Verlassen der Arbeit habe er bedeutenden Schaden gehabt und jetzt seien ihm die „freien Verbände“ zum Elend geworden. Armer, duldbender Schulz, Dir winkt die Württembergertöne.

Die Beschaffenheit liegen aber in Wirklichkeit ganz anders. Wie mögen die übrigen am Theaterbau beschäftigten „christlichen“ Kollegen beim Lesen der Erzählung des Schulz wohl mit dem Kopf geschüttelt haben. Es haben beinahe während der ganzen Dauer des Baues mindestens drei bis vier Angehörige des „christlichen“ Verbandes dort gearbeitet. Gerade an diesem Bau haben die beiden Organisationen freudlich zusammen gearbeitet. Den Unorganisierten wurde es freigestellt, welchem Verband sie sich anschließen wollten, und auch der „christliche“ Verband hat gerade so gut Mitglieder gewonnen wie wir.

Ebenso unklar ist es, daß Schulz die Arbeit wegen unserer Mitglieder verlassen mußte und daß er dadurch empfindlichen Schaden gelitten habe. Schulz hat vielmehr die Arbeit freiwillig verlassen, und zwar, wie er selbst sagte, um sich zu verbessern. Wie von den meisten betraglichen bisher verbreiteten „Terrorismusgeschichten“, bleibt also auch hiervon nichts übrig, wie ein Klügelgedächte. Die „Vaugewerkschaft“ aber, und ihr nach die gesammte Zentrumpresse, verbreitet die Wäre weiter, zur Freude der „christlichen“, Arbeiterbewegung. Um eine Organisation aber, die sich solcher Mittel zu Agitationszwecken bedienen muß, um Mitglieder zu halten und zu gewinnen, muß es schlecht bestellt sein.

Internationale Konferenz.

Eine Konferenz von Vertretern der schweizerischen Maurerorganisation und Vertretern unserer Verbandsgemeinschaft fand am Sonntag, den 18. Januar, im Schweizer Verband die Sektionen Basel, St. Gallen, Thalwil und Zürich (beide Sektionen), sowie das Zentralkomitee, das gegenwärtig in Bern seinen Sitz hat, die beiden deutschen Bunde durch die Kollegen Forter und Stolle. Als Gast

wohnte der Sekretär der Arbeiterunion Zürich den Verhandlungen bei.

Nach Bestellung des Bureaus, sprach zunächst Kollege Forter über den Zweck der Zusammenkunft. Er erinnert an die Vorkommnisse anlässlich des Mauerstreiks in Stuttgart im vergangenen Jahre, bei dem behauerlichweise viele Streikbrecher aus der Schweiz, speziell über Zürich, importiert wurden. Schon damals wurde der Plan gefasst, die schweizerischen Kollegen für einen engeren Anschluß an die deutsche Organisation zu interessieren, um solche Vorkommnisse künftig zu verhindern. Besonders sei es notwendig, überall in den Grenzorten neue Sektionen zu errichten, wo die angrenzenden Bauvorstände, soweit es ihre Zeit gestattet, gern mithelfen wollen. Vor Allem aber müsse gegenseitig eine bessere Fühlung Platz greifen, dann erst sei es möglich, Zugang von Streikbrechern fern zu halten. Auch liegt es im beiderseitigen Interesse, wenn die Arbeitsverhältnisse nicht so große Verschiedenheiten aufweisen. Allerdings müssen die schweizerischen Kollegen danach streben, die Pflichten und Rechte ihrer Mitglieder beibehalten zu erweitern, um so dem Verbands eine bessere Grundlage zu schaffen. Die Ungleichheit der Verhältnisse zwischen beiden Seiten, insbesondere der schweizerische Verband einer unabhängigen Kraft, die sich vollständig der Organisation widmen könne, wenn die große Armee der schweizerischen Maurer der Organisation angeführt werden sollte. Das fordere natürlich eine Beitragserhöhung. Die Erfahrungen, die man in Deutschland mit dem System höherer Beiträge gemacht habe, hätten die Palllosigkeit jener Einwände widerlegt, wonach eine Beitragserhöhung ein Mitgliederverlust zu befürchten sei.

Als drittes Postulat empfiehlt Nebner eine statistische Erhebung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse unter den schweizerischen Maurern. Es ist in der That behauerlich, daß die Sektionen nicht Aufschluß darüber geben können, wie viele Kollegen am Plage arbeiten, noch weniger, unter welchen Bedingungen die Arbeit erfolgt. Und doch ist bei Lohnbewegungen die Kenntnis aller dieser Dinge eines der wichtigsten Erfordernisse. Ferner bildet das gewonnene Material Stoff für die Agitation.

Die lehrreichen Anregungen Forter's wurden mit ungeheiltem Beifall aufgenommen. Auf einige Bemerkungen der Züricher, Kollegen, die in Anbetracht der Lohnverhältnisse gegen eine Beitragserhöhung Bedenken äußerten, erwiderte Kollege Stolle und ermunterte die Kollegen unter dem Hinweis auf die Erfahrungen in Süddeutschland, doch ja vor dieser notwendigen Reform nicht zurückzutreten. Vor zirka einem Jahrzehnt habe es in großen Teilen des Deutschen Reiches überhaupt noch keine Maurerorganisationen gegeben, während dem solche in der Schweiz bereits bestanden. Heute stehe die Maurerorganisation, auch in Süddeutschland, stark und leistungsfähig da und habe bereits große Erfolge erzielt. So hätten in den letzten Jahren die Kollegen einzelner Orte eine Lohnerhöhung bis zu 27 1/2 pro Stunde erreicht. Und zwar mache man hier die Erfahrung, daß je besser die Organisation der einzelnen Orte war, desto höher der Lohn emporgebracht werden konnte.

Nach einer weiteren Diskussion wurden die Verhandlungen abgebrochen, da eine außerordentliche Versammlung in die „Sonne“ einberufen worden war, in welcher der Unionssekretär über die Regelung des Submissionswesens sprach. Die Versammlung war sehr gut besucht und gewann an Interesse, indem die beiden deutschen Genossen die Agitation schilderten, die sie ebenfalls zur Regelung des Submissionswesens in ihren Gauen einleiteten. Die dort gemachten Vorschläge gleichen dem Entwurf der Arbeiterunion Zürich.

Nach Schluß der Versammlung ging es abermals in den „Schwanen“, wo die Diskussion fortgesetzt wurde. Eine längere Debatte betraf die Frage betr. Anstellung eines Verbandssekretärs. Die Frage mußte allerdings zurückgelegt werden, da sie vorläufig noch nicht realisierbar ist.

Kollege Forter gab noch einige Winke über die Art der Agitation, und zwar hauptsächlich über die „Mitarbeit“ in die „Hausagitation“. Dabei wies er besonders darauf hin, daß eine individuelle Behandlung der Mitglieder durchwegs notwendig sei. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Konferenz begrüßt das Entgegenkommen der deutschen Bauvorstände, künftighin in Verbindung mit dem schweizerischen Verband und dem Gewerkschaftsbund darauf zu wirken, daß insbesondere in den Grenzorten überall Sektionen gegründet werden, um gleichmäßige Arbeitsbedingungen zu erringen.“

Die Beauftragten der Zentralvorstände, sich mit dem deutschen Verband in Verbindung zu setzen und den Sektionen Anträge zu stellen, inwiefern das Statut in Bezug auf Pflichten und Rechte der Mitglieder gemäß dem deutschen abgeändert werden könne. Ferner wird der Zentralvorstand eingeladen, die Frage zu prüfen, wie eine statistische Erhebung über die Arbeits- und Lohnbedingungen in Maurergerwerbe zu veranstalten sei.

Ferner sollen alljährlich ähnliche Konferenzen stattfinden und andererseits die Grenzsektionen Vertreter an die Bauversammlungen entsenden.“

Kollege Stolle dankte den Schweizer Kollegen für die erzielte Gaffrundschaft. Die Konferenz habe ihren Zweck vollständig erreicht. Die Schweizer und die deutschen Kollegen haben sich kennen gelernt und man von dem vielermähnten Nationalhaß heute nichts zu hören. Alle sind sich darüber einig, daß in Zukunft Hand in Hand gearbeitet werden soll, einander bei allen Paroxysmen-Proletariat aller Länder, einig Euch! Nach einem warmen Appell, Alles daran zu setzen, um die Maurer unter eine Fahne zu bringen und bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Maurergerwerbe, sowohl in der Schweiz, wie in Deutschland, herbeizuführen, schloß Stolle mit dem Wort Rudolf's:

„Einig, einig Euch, Ihr Brüder. Vorwärts mit Besonnenheit. Dann strahlt doch der Arbeit wieder Einig noch eine gold'ne Zeit.“

Der Vorsitzende, Kollege Frisch-Zürich, dankte den deutschen Kollegen für ihre Anregungen und sprach die bestimmte Erwartung aus, daß es jetzt auch mit der schweizerischen Maurerbewegung vorwärts gehen werde.

Gegen 8 Uhr konnte die lehrreiche und hoffentlich auch fruchtbringende Konferenz geschlossen werden. Bemerk sei noch, daß auch die 31 Teilnehmer zahlreich vertreten waren und sich in ihrer Mutterprache lebhaft an der Diskussion beteiligten. Der gegenwärtige Zentralvorstand des schweizerischen Verbandes, Kollege Freybaug-Bern, (frisch Brodno) beherrscht sowohl die französische, wie die deutsche und italienische Sprache.

Frankenkasse.

Die Filiale Gamburg der Zentral-Frankenkasse Grundstein zur Einigkeit hielt ihre Generalversammlung am Sonntag, den 1. Februar im lokale des Herrn Vukwiede ab. Die Abrechnung für das vierte Quartal 1902 ergab eine Einnahme von M. 7827.80, wofür eine Ausgabe von M. 7098.87 gegenübersteht; es verbleibt somit ein Kassensaldo von M. 233.43. Aufschließen an die Quartalsabrechnung, gab der Kassierer Federber einen Uebersicht über die Kassenergebnisse der Jahre 1901 und 1902. (Die Zahlen in Klammern sind für 1901.) Gesamtjahreserträge der Filiale M. 28 500.30 (27 802.03). Die einzelnen Ausgaben verteilten sich wie folgt: Verband freier Klassen M. 4584.39 (M. 4478.38), Frankengeld I. Klasse M. 2827.50 (M. 2087.50), II. Klasse M. 7266 (M. 6096), III. Klasse M. 99.75 (48.45), Krankengeld in 14 Fällen M. 1682.15 (in 8 Fällen M. 750), Krankengeld an die Angehörigen Erkranker M. 784 (M. 769.80), Kur- und Heilgefahren an Krankenhäuser M. 2487.10 (M. 2686.20), für Krankentransporte M. 507.75 (M. 198.80), für die drückende Verwaltung M. 1846.54 (M. 1806.75), an die Hauptkasse abgeliefert M. 8290 (M. 8965). Der Kassensaldo betrug am Schluß des Jahres M. 233.43 (M. 93.71). Die Krankenkasse belien sich auf 6009 (6384), die Zahl der durch Unfall hervorgerufenen Krankheitsfälle betrug 720 (610), Ungenügen 1460 (1050), Rheumatismus und Hautkrankheit 1800, andere innere Krankheiten 2025 Tage. Die Mitgliederzahl, andere am Schluß des Jahres 1124 gegen 1053 des vorigen Jahres. Der Bericht erlaube bemerke noch, daß unsere Filiale an Mitgliederzahl zwar nur klein sei, aber doch mit einem ziemlich erheblichen Ueberschuß gearbeitet habe; sie könne demnach als eine gute Stütze der Gesamtkasse gelten. Hieraus wurde noch von mehreren Rednern der Wunsch ausgesprochen, man möge auf den Wahlen nur recht fleißig agieren, damit unserer Kasse immer mehr neue Mitglieder zugesührt werden. Bei der halb-jährlichen Neuwahl der drückenden Verwaltung wurden B. Schme als erster Bevollmächtigter, B. Weinberg als zweiter Kassierer gewählt. Hieraus erlaube der Bevollmächtigte den Bericht vom Verband freier Klassen.

Am 26. Januar hielt die Filiale Leipzig der Zentral-Frankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“ ihre erste diesjährige Mitglieder-Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Bevollmächtigte das am 6. Januar erfolgte Ableben des Mitgliedes August Friedrich bekannt. Zu Ehren desselben erhoben sich die Verammelten von ihren Plätzen. Hieraus berichtete der Kassierer über die Abrechnung vom verfloffenen Quartal. Inklusiv Kassensaldo in Höhe von M. 224.95 vom dritten Quartal war eine Einnahme von M. 1240.40 zu verzeichnen und zwar für Eintrittsgeld M. 5, Beiträge der ersten Klasse M. 149.40, der zweiten Klasse M. 667.50 und der dritten Klasse M. 179.55, für Ersatzsteuer M. 3 und für Mitgliedsbücher M. 1. Die Ausgabe betrug M. 969.55 und zwar für ärztliche Behandlung M. 14.50, Arznei und sonstige Heilmittel M. 320, Krankengeld der 1. Klasse M. 82.50, 2. Klasse M. 216, 3. Klasse M. 298, für Sterbegeld der 2. Klasse M. 100; an die Hauptkasse wurden gefandt M. 150; die Verwaltungsausgaben beliefen sich auf M. 80.60 persönliche und M. 4.75 sachliche. Kassensaldo verbleibt somit M. 270.85. Die Redressen beschäftigten die Wichtigkeit der Abrechnung, und wurde deren Antrag gemäß dem Kassierer-Decharge ertheilt. Der Bevollmächtigte erlaube hierauf den Jahresbericht. Die Jahres-einnahme betrug 234.95 Kassensaldo von M. 304.43 aus dem Vorjahre M. 4120.13. Die Gesamtausgabe belief sich auf M. 2849.28. An die Hauptkasse wurden gefandt M. 1100. Die Filiale erhielt von der Hauptkasse M. 800 Zuschuß. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Vorjahres 119, neu eingetreten sind 29, ausgeschieden wurden 8, gestorben ist 1 Mitglied. An- und abgemeldet haben sich 16, bezug 17 Mitglieder, so daß die Mitgliederzahl am Jahreschluß 143 beträgt. Krankheitsstage waren 1168 zu verzeichnen, davon entfielen auf Unfall 108 Tage, und zwar 10 auf die erste Klasse, 13 auf die zweite Klasse und 85 Tage auf die dritte Klasse. Die Neuwahlen zur Verwaltung zählten folgendes Resultat: Heinrich Wohler, wohnhaft Mühlstr. 40, 4. Et., wurde mit 63 von 68 abgegebenen Stimmen zum Bevollmächtigten wiedergewählt; als Kassierer wurde Edmund Gring, wohnhaft Leipzig-Mühlitz, Promenadstr. 2, mit 61 von 69 abgegebenen Stimmen gewählt. In Punkt „Verschiedenes“ wurde noch der Wunsch ausgesprochen, mit den Jahrsberichten in Zukunft früher beginnen zu wollen. Der Bevollmächtigte vertritt, sich mit dem Kassierer zu verständigen und soweit irgend möglich diesem Verlangen nachzukommen.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.
Charlottenburg, Am 2. Februar, Nachmittags 4 1/2 Uhr, stürzten auf dem Neubau Wilmersdorfer- und Rantstrassen-Ecke der 34jährige Maurerpartier Engel und der 18jährige Bauarbeiter Brühl. Beide mit dem unter dem Dach angebrachten steigenden Gerüst in die Tiefe hinab. Der Maurerpartier stürzte auf Dache und wurden Beide dabei tödlich verletzt und mittels Unfallswagen nach dem städtischen Krankenhaus gebracht, woselbst Daut sofort seinen Verletzungen (Gehirnbruch) erlag. Die Daut hätte auf eine Vermeidung der nötigen Sicherheitsmaßregeln beim Bau des Schutzbereichs zurückzuführen und dem verunglückten Maurerpartier selbst zuzuschreiben sein.
* Begünstigtur in Breslau. Auf dem Neubau Nikolai-strasse 58 waren die Klempner Wesa und Bogalski von der Firma Aug. Wiedner, Wärenstraße, damit beschäftigt, die Abwasserrohre an der Außenfront heranzuführen. Ein Gerüst war über diesen Zweck nicht vorhanden, sondern die Klempner benutzten ein im dritten Stock befindliches Fanggerüst. Nachdem sie bereits Tags zuvor darauf gearbeitet, traten sie

daselbe auch am Freitag, den 30. Januar, bis das Gerüst gegen 10 Uhr zusammenbrach. Die beiden Unglücklichen kürzten auf die Straße. Weso, eine traufförmige Gestalt, der kurz vor seiner Verletzung stand, war sofort tot. Bogaloff ist innerlich schwer verletzt, und wird an seinem Aufkommen zweifelhaft. Er hinterläßt eine zahlreiche Familie. Inbetracht ist wieder das verhängnisvolle Affordoblen die Ursache des Unfalls. Das Anbringen der Möhre hätte vorgenommen werden können, wenn ein ordentliches Gerüst zum Abzug aufgestellt war, die beiden Arbeiter hätten dann aber die Bestimmung des Affordoblen noch nicht erhalten, auf die sie schon lange warteten; und deshalb legten sie ihr Leben auf's Spiel. Ein Fanggerüst ist ja überhaupt nicht dazu da, daß darauf gearbeitet werden soll. Das zusammengebrochene Gerüst hätte aber im Ernstfalle auch als Fanggerüst seinen Zweck erfüllt; denn es soll doch nicht lediglich herabfallende Materialien aufhalten, sondern auch Personen davor zu schützen. In der Tat ist es zu sehen. Das Fanggerüst wurde auf folgende Art hergestellt: Bretter wurden horizontal zu den Fensterbrünnen herausgesteckt und innen an den Balken durch Nägel befestigt. Auf diese Bretter kamen die Querbretter. Ein solches Gerüst vermag das weitere Herabfallen einiger Mauersteine zu verhindern; aber es ist sicher: wenn eine Person mit einiger Wucht auf das Gerüst gestürzt wäre, dann wäre die Erschütterung eine größere gewesen, zum Mindesten aber ebenso groß, wie wenn zwei Personen ruhig darauf stehen. Bedauerlich ist es, daß die Bauordnung der Stadt Breslau vom 1892 besondere Vorschriften über Fanggerüste nicht enthält. Der § 26 enthält nur Bestimmungen über Baugerüste im Allgemeinen. Trotzdem ein Unfallfall auf der Weinstraße ebenfalls Anlaß dazu gegeben hätte, sind Änderungen der Bestimmungen bisher nicht erfolgt.

Baueinführung in Kiel. Schon wieder, am 4. Februar, ist ein Neubau, wenn auch nur teilweise, eingeleitet. Menschen sind diesmal glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Der Bau ist an der Ecke v. Lannstraße und Königsweg gelegen; der Eingang wird auf die Einmündung des Prozesses auf den Wärdel zurückgeführt.

Explosion im Stiel. Ein Drauschweig waren fünf Maurer mit Reparaturarbeiten im Hauptkanal beschäftigt, als beim Anzünden einer Lampe die von den Abwässern herrührenden Gase in Brand gerieten. Ein Arbeiter hat Brandwunden im Gesicht erlitten.

Bautenkontrolle in Darmstadt. Die Bauarbeiter-Kontrollkommission nahm am 20. und 21. Januar eine Kontrolle der Bauten vor, die sich auf 63 Neu- und einen Umbau erstreckte. An 25 Bauten konnten die Zustände als einigermaßen befriedigend erklärt werden, an den übrigen war bald dies, bald jenes in Unordnung, an manchen fehlte auch der geringste Anhalt für Arbeiterfürsorge. Auf 12 Bauplänen fehlte der Abort, auf einem anderen Platz hatte man, wohl aus übertriebener Sorge um genügende Ventilation, den Abort ohne Dach gelassen. Viele Vorkantlagen waren nicht genügend abgedeckt, Treppen, die zum Transport von Materialien benutzt werden, waren ohne Geländer. Auf 12 Bauten waren die Arbeiter bei Innenarbeiten nicht gegen Zugluft geschützt, obwohl die Polizeiverordnung dies vorschreibt. Ein Beamter der Baupolizei meinte zu der Kontrollkommission, die Arbeiter sollten froh sein, wenn sie jetzt überhaupt Arbeit hätten. Wird der Herr dafür bezahlt??

Die Bauhätigkeit in Berlin im Jahre 1902.

Die Bauhätigkeit hängt bekanntlich zum großen Teil von den Verhältnissen auf dem Hypotheken- und Grundstücksmarkt ab, so daß sich denn auch die bekanntesten Vorgänge in unseren Hypothekenbanken zum Teil sehr ungenügend auf dem Gebiete der Bauhätigkeit geltend gemacht haben. Immerhin konstatiert der Bericht für das letzte Jahr des Berliner Vereines der Grundstücks- und Hypothekensachverständigen, daß auf dem Pfandbrief- und Hypothekensmarkt doch wieder eine Verlebung eingetreten ist und daß diese Papiere wieder vom Publikum gekauft werden.

Ueber die Bauhätigkeit in Berlin und Umgebung im letzten Jahre werden in dem oben erwähnten Bericht einige interessante Mitteilungen gemacht und natürlich auch einige Beschreibungen aufgestellt, die dem eherigen kapitalistischen Standpunkt der hier in Frage kommenden Interessenten-Vereinigung entsprechen. Die Bauhätigkeit in Berlin und seinen Vororten, so wird gesagt, war in dem Berichtsjahre lebhaft und konnte sich in Anbetracht der Flüssigkeit des Kapitals reich entfalten. Im Norden, zwischen den Ringbahnhöfen Wedding, Gesundbrunnen, Schönhauser- und Prenzlauer-Allee, im Osten bei den Stationen Landsberger Allee, Zentralbahnhof und Frankfurter Allee bis südlich zum Gorkiher Bahnhof entstanden vollständig neue Bezirke. Neu angelegte Straßen wurden teilweise voll bebaut, Parzellen in älteren Straßenzügen wurden mit Grundstücken bebaut und die Waulust war lebhaft. Das gleiche Bild zeigte sich auch westlich vom Bahnhof Wedding, im Nordwesten zwischen den Stationen Wedding, Pankow und Beuelpforte bis zur Charlottenburger Grenze und südlich bis zur Spree, also den ganzen Stadtteil Moabit umfassend.

Die Bauhätigkeit Berlins hat sich also in allen Stadtteilen, die nicht durch ungünstige Vorzeichen eingeklinkt sind, weiter entwickelt.

Unter Hinweis auf diese Thatsache glauben nun die Wasser- und die Wohnungsausschüsse zu können, daß dadurch der Wohnungsnot gründlicher abgeholfen wurde, als durch behördliche Maßnahmen, die für eine Weltstadt wie Berlin immer zwecklos bleiben werden. Hoffentlich läßt sich die Stadt durch diese kluge Behauptung nicht im geringsten abhalten in ihren — doch immerhin nur sehr wenig weitgehend — Bestrebungen zur Beseitigung der Wohnungsnot durch kommunalpolitische Maßregeln.

In den älteren Stadtteilen Berlins war die Bauhätigkeit verhältnismäßig ruhig, wie ja diese auch durch die Lage der Dinge erklärlich ist.

Bei der ungenügenden Lage der Industrie und des Handels machte sich keine Neigung zu Spekulationsbauten geltend, zumal die Preisforderungen für Ackergrundstücke so hoch waren, daß an eine Enteignung der Neubauten nicht gut zu denken ist, zumal auch eine Erteigerung der Mieten für Geschäftslokaltitäten vorläufig nicht durchführbar ist. Besondere Baaterräuser haben Ankaufe von Grundstücken zur Arrondierung vorgenommen.

Für das kommende Jahr glauben die Wasser auf eine rege Bauhätigkeit rechnen zu können. Dagegen gefällt ihnen Anzeuweisen nicht, daß die Stadt Berlin und der Status ihrer Grundstücke hoch liegen lassen, da diese so hohe Forderungen

und so schwere Bedingungen stellen, daß die Terrains nutz- und einlos liegen bleiben. Diese Behauptung der Wasser trifft natürlich in dieser Allgemeinheit nicht zu, da die Stadt und der Status aus vielen Grundstücken, die sie als Rohstoffe, Eis- und Abfallbahnen berapchen, ganz nette Einnahmen ziehen. Wir können die Festhaltung des höchsten Grundpreises nur wünschen, und zwar in der Weise, daß überhaupt kein weiterer Verkauf stattfindet. Denn daß Gemeinwesen, wie Berlin, selbst im Laufe der Zeit immer wachsenden Bedarf an Grund- und Boden haben werden, um ihren sozialpolitischen Aufgaben zu genügen, kann keinem Zweifel unterliegen. Der Verkauf an Grund- und Boden selbst bei hohen Preisen läuft in der Praxis nach allen Erfahrungen nur darauf hinaus, daß vielleicht heute ein Grundstück gut verkauft wird, daß aber vielleicht schon morgen der Ankauf eines anderen Grundstückes zu irgend welchem Zwecke notwendig ist. Das dann die Stadt noch höhere Preise zahlen muß, ist bekannt. Den Mältern, die allerdings bei derartigen Käufen mühelosen Verdienst finden, kann man ihren Standpunkt nicht verdenken; sie müssen es sich aber gefallen lassen, daß man ihren Behauptungen überall mit der nötigen Entschiedenheit im allgemeinen Interesse entgegentritt.

In Schöneberg und Wilmersdorf war die Bauhätigkeit sehr lebhaft. Bei der verhältnismäßig guten Verbindung Wilmersdorfs mit Berlin finden Wohnungen von drei bis fünf Zimmern gute Verwertung, so daß hier also derartige Wohnungen bei den kommenden Neubauten sehr berücksichtigt werden dürfen. Auch die Bauhätigkeit in Charlottenburg ist nicht zurückgefallen.

Die Qualität der Baunternehmer hat sich gegen früher wesentlich gebessert, so daß Substitutions- von angefangenen und halb fertigen Bauten zu den Seltenheiten gehören. Im Gegensatz zu den Mältern hatten wir ein Gesetz zum Schutz der Forderungen der Bauarbeiter zu. Für dringende eintreffend. Wir können uns nicht damit begnügen, daß Alles gut ist, wenn die Baugesellschaften weiter die Vorsicht üben, nur an zahlungsfähige Unternehmer zu verkaufen, da in dieser Hinsicht eine genügende Sicherheit nicht geschaffen werden kann, ganz abgesehen davon, daß die gewissenlosen Elemente des Bauewesens immer noch genug Schaden anrichten können, wenn das Langit notwendige Gesetz nicht bald die Frage entgültig gut regelt.

Gut wie die Bauhätigkeit waren auch die Umsätze in bebauten Grundstücken. Wenngleich Grundstücke neuester Bauordnung von den Käufern vorgezogen wurden, so haben doch auch nicht unbedeutende Umsätze in Häusern alter und älterer Bauart stattgefunden. Eine wichtige Thatsache konstatiert der Bericht noch damit, daß die Hochbahn den Verkehr der Grundstücke gesteigert hat, daß also durchaus keine Verminderung des Wertes dieser Grundstücke eingetreten ist, wie die Hausgärtner zuerst immer behauptet haben. Es herrscht vielmehr eine lebhaftere Frage nach Häusern in der Nähe der Hochbahn. Bei dieser Gelegenheit wollen wir daran erinnern, daß sich ja auch in den in Frage kommenden Hausbesitzerkreisen kein Mann gefunden hat, der gegen die Hochbahngelddrücke wegen der angebliehen Verminderung des Grundstückwertes klagen vorgegangen ist, trotzdem die Vereine die Kosten des Prozesses im Falle des Verlierens tragen wollten.

Hoffentlich zeigt es sich, daß die günstigen Erwartungen über eine rege Bauhätigkeit in Berlin und Umgebung im kommenden Jahre zu Recht bestehen, was wir im Interesse der Berliner Bauarbeiter herzlich wünschen.

Geschäftsbericht der Bayerischen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft für 1901.

Die Bayern bringen uns wieder einen klaren Bericht, der große Zahlenangaben ohne Zeit enthält. Mit der Zeit gewöhnt man sich an diese Manier der Vereinsgenossenschaftsberichte, man muß sich eben seinen Zeit selbst dazu machen.

In der Organisation der Vereinsgenossenschaft sind im Berichtsjahre keine Änderungen eingetreten. An der Spitze der Vereinsgenossenschaft steht der bewährte Baumeister Konst. Heidenberg zu München. Dem Vorstände gehören 5 Baumeister, 2 Architekten, 2 Ingenieure, 2 Zimmermeister, darunter 1 königlicher Hof-Zimmermeister und 1 „Spenglermeister“ an. Unter der Rüte der Erghämmer für den Vorstand finden wir auch einen „Hof-Spanglermeister“. Was wohl ein Kupfer-schmied mit dem Baugewerbe zu thun haben mag? Doch ein „Hof-Spanglermeister“ — wir schweigen vor Ehrhardt!

Die Zahl der versicherten Betriebe ist im Berichtsjahre von 14 186 auf 13 980 zurückgegangen! Aus welchen Ursachen, darüber schweigt der Bericht.

Aus nachstehender Zusammenstellung ist die Bewegung der Kataster im Jahre 1901 ersichtlich:

Regierungsbezirke	Bestand am 31. Dez. 1900	Anmel-dungen pro 1901	Abhän-gig ge-wor-den pro 1901	1901 Zugang	1901 Abgang	Bestand am 31. Dez. 1901
Oberbayern	8166	225	225	—	10	8146
Niederbayern	562	33	51	—	18	544
Wfal	2253	78	89	—	11	2241
Oberpfalz	638	25	72	—	47	591
Oberfranken	1272	70	136	—	68	1206
Mittelfranken	2388	144	150	—	6	2382
Unterfranken	1955	102	79	23	—	1978
Schwaben	1913	96	117	—	21	1892
Zusammen	14186	773	929	23	179	13980

In diesen Betrieben waren beschäftigt 69 739 Arbeiter (70 422 Arbeiter, wie uns der letztjährige Bericht behauptet, da im Bericht für 1901 diese Zahlen verworfen werden!). Bei einer Annahme von 220 Arbeitstagen (auf Grund einer bezüglichen Einigung des Verbandes der deutschen Baugewerksvereinsgenossenschaften) waren dagegen 95 095 Arbeiter beschäftigt. Im Jahre 1900 waren noch 105 644 Arbeiter tätig.

An Arbeitslöhnen wurden im Jahre 1901 nachgewiesen M. 65 284 930, was gegen das Jahr 1900 eine Minderberung von M. 4 794 200 ergibt (M. 70 379 130*). Also

*) Nach unserer Berechnung sind die Löhne gegen das Vorjahr um M. 5 094 200 zurückgegangen (siehe Nr. 21 des „Grundstein“ 1902).

mehr als 10 000 Bauarbeiter weniger als im Vorjahre in Tätigkeit. Die Zahl der Betriebe ist ebenfalls zurückgegangen. Die Löhne um M. 5 000 000 gesunken. Das ist die Folge der wirtschaftlichen Krisis, die durch — Brotverheuerung „ge-hoben“ werden soll.

Die Großbetriebe machen sich auch in dem bayerischen Baugewerbe immer mehr bemerkbar. Nach dem Bericht hatten 13 980 Baubetriebe die Gesamtsumme von M. 65 284 930 an Arbeitslöhnen nachgewiesen. Davon 1245 Betriebe mit über M. 10 000 Löhnen, zusammen M. 43 812 460. Das sind 11,23 pZt. der Betriebe, welche über Zweidrittel aller Löhne nachgewiesen haben! Der Bericht bemerkt hierzu: „Hieraus ergibt sich, daß diejenigen Mitglieder (des Unternehmens), welche über M. 10 000 an Löhnen in ihren Betrieben auszahlten, obwohl diese Betriebe nur 11,23 pZt. der Gesamtzahl der katastrierten Betriebe ausmachten, verhältnismäßig weitaus den größten Teil der Kosten für die Vereinsgenossenschaft zu tragen haben.“ Von der Gesamtsumme der Löhne treffen auf den Bezirk der Stadt München allein M. 16 706 860, „sodann mehr als der vierte Teil sämtlicher Löhne des ganzen Bezirks der Vereinsgenossenschaft“.

Die Vereinsgenossenschaft hat jetzt 3 technische Aufsichtsbearbeiter, die Herren Hof. Pagio und Hof. Schöner zu München und Georg Dimar zu Augsburg. Ob diese Herren früher einmal praktisch im Baugewerbe als Maurer oder Zimmerleute gearbeitet haben, wird nicht vermerkt. Es scheint dies nicht der Fall zu sein, denn mozu auch? Die 3 Beamten sind außer „Aufsichtsb.“ auch noch Rechnungsbeamte, sodaß sich auf diese Seite ihrer Tätigkeit mehr Gewicht gelegt werden. Die Beamten haben nach dem Bericht auch der Baukontrolle auch die eingereichten „Sohnmachweisungen auf ihre Richtigkeit“ zu prüfen gehabt.

Betriebsrevisionen“ wurden ausgeführt: Oberbayern 1056 (davon 669 in München), Oberfranken 171, Mittel-franken 9 (1), Unterfranken 429, Schwaben 876, außerdem 218 Revisions- über Löhne, Betriebsanmeldungen, zusammen 2382 Revisionen; 595 Bau- und Baukontrollen, 1113 Besichtigungen an den Baustellen, 788 Besichtigungen auf den Bauplätzen etc.

Weshalb ein Eisen, weshalb ein Fleiß! Ueber die Resultate dieser Revisionen“ und Besichtigungen“ wird dem Neugierigen natürlich kein Sterbenswörtchen mitgeteilt. Mozu auch? Es genügt, daß überhaupt „Besichtigt“ wurde. Unfälle lassen sich doch nicht vermeiden, es sind Naturereignisse“, oder gemeint die Schuld der Arbeiter selbst entfallen“, meinen die Unternehmer. Mozu deshalb noch lästige Revisionen und Unfallverhütungsvorarbeiten. Schließlich sind es ja auch nur „Arbeiter“ und keine blaublütigen Grafen, die ihre Knochen brechen.

Nach dem Bericht sind ja auch nur 4953 Unfälle angezeigt im Jahre 1901 bei der Vereinsgenossenschaft eingegangen. Die Folgen dieser Unfälle waren nach dem Bericht: 95 Todesfälle, 1252 Verletzungen über 13 Wochen Erwerbsunfähigkeit, 3606 Verletzungen unter 13 Wochen Erwerbsunfähigkeit.

Von den im Jahre 1901 zur Anzeige gelangten Unfällen wurden noch 11 Todesfälle und 181 Unfälle mit über 13 Wochen dauernder Erwerbsunfähigkeit als nicht entschädigungspflichtig abgelehnt, nachdem in diesen Fällen die Todesurteile oder Verurteilung als in ursächlichem Zusammenhange mit dem Betriebe nicht erachtet werden konnte. Das klingt ja fast, als ob die Vereinsgenossenschaft dies selbst bebauerte, trotzdem sie sich alle Mühe gab, das dehnbare Gesetz gegen die Verletzten anzuwenden!

Von den 4953 gemeldeten Unfällen wurden nur entschädigt: 84 Todesfälle und 1071 Unfälle mit über 13 Wochen dauernder Erwerbsunfähigkeit, zusammen 1155 Unfälle.

Es wurden also insgesamt 3798 Unfälle „garnicht berücksichtigt!“ Das muß „beranden“ sein!

Ausgeschlossen nach Regierungsbestellen verteilen sich die im Jahre 1901 angezeigten Unfälle wie folgt: Oberbayern 1639, Niederbayern 181, Wfal 478, Oberpfalz 381, Oberfranken 484, Mittelfranken 1067, Unterfranken 881, Schwaben 457 Unfälle. Zusammen: 4953 Unfälle.

Im Jahre 1901 sind für 1888 Unfälle erstmals Entschädigungen festgesetzt worden und zwar:

in 1127 Fällen für erwachsene männliche Verletzte	27	weibliche	—
„ 34	„	jugendliche männliche	—

Seit Errichtung der Vereinsgenossenschaft, also von 1885 bis 1901, gelangten zur Anzeige insgesamt 60 551 Unfälle, hieron 1533 Todesfälle, 13845 Unfälle mit über 13 Wochen dauernder Erwerbsunfähigkeit 45203 unter 13

Weshalb eine Summe von „Zammer und Stend, Düalen und Sorgen bergen diese Zahlen in sich! Der Bericht hat für die gewaltigen Zahlen der Opfer der Industrie gar keine Worte. Geschäftsmäßig kalt wird berichtet, geschäftsmäßig werden die Renten geführt oder eingeholt!

Wir erfahren aus dem Bericht auch nur die „Gegenstände und Vorgänge“, welche die 1188 im Jahre 1901 entschädigten Unfälle veranlaßt haben, um die nicht entschädigten Fälle kümmert sich aber kein Mensch. Die betreffenden Unfälle ereigneten sich an:

Motore, Transmissions und Arbeitsmaschinen	85 Unfälle
Fahrtstühle, Aufzüge, Stähne	15
Sperrstoffe	8
Feuergefährliche, heiße, flüchtige Stoffe	40
Zusammenbruch, Einsturz etc.	412
Fall von Leitern, Treppen etc.	802
Auf- und Abfallen	82
Fuhrwerk, (Nebenfahrern von Karren u. Wagen)	19
Eisenbahnbetriebe	25
Tiere (Stoß, Schlag, Biß etc.)	11
Sandwerkzeuge	137
Sonstige Vorgänge	62

Die Zahl der entschädigten Hinterbliebenen Getöbter bezw. an den Folgen der Verletzungen Verstorbenen betrug am Schlusse des Jahres 1901: 740 Wittwen, 993 Kinder und 84 Ascendenten. Gegen die Rentenscheine hatten 1822 Verletzte Forderungen zu den Schiedsgerichten erhoben. Die Schiedsgerichte arbeiten, zeigt, daß aus dem Jahre 1899 9 Fälle, aus dem Jahre 1900 448 Fälle noch des Urtheils harren. Immer langsam voran, die Verletzten können ja

würden, worten, denn sie haben sich seit dem Unglücksfall, der ihnen die geliebten Glieder raubte, an das Bauen gewöhnt. Leider die Entschädigungen der Schiedsgerichte giebt nachfolgende Tabelle Aufschluß:

Table with 7 columns: Jahr der Entschädigung, Anzahl der Entschädigten, Summe der Entschädigungen, Anzahl der Verletzten, Summe der Entschädigungen, Anzahl der Verstorbenen, Summe der Entschädigungen. Rows for 1899, 1900, 1901.

Die armen Verletzten sind also den Schiedsgerichten, auf welche sie je gewöhnlich alle Hoffnungen setzen, wahrlich keinen Dank (schuldig) Anders die reiche Berufsgenossenschaft, die mehr als 6 Mal mehr Geld hat als die armen Krüppel.

Table with 4 columns: Anzahl der Verletzten mit Erfolg, Anzahl der Verletzten ohne Erfolg, Anzahl der Verstorbenen mit Erfolg, Anzahl der Verstorbenen ohne Erfolg. Rows for 1901, 1902.

Also auch in der letzten Instanz hatten die Verletzten drei Mal mehr Abwehlungen als Erfolge, während die Berufsgenossenschaft mit halb und halb sehr zufrieden sein kann.

Für Kosten des Selbstversichers: M. 55 824,06. Renten an Verletzte: M. 1 261 733,61. Sterbegeld: M. 6891,16. Renten an Witwen: M. 126 329,89. Abfindung von Witwen bei Wiederbeschäftigung: M. 14 288,80. Renten an Kinder der Verletzten: M. 116 789,11. Renten an Eltern: M. 12 847,72. Pensions- und Pflegekosten: M. 50 845,44. Kapitalabfindung an Ausländer: M. 28 081,50 ufm.

Summa sämtlicher im Jahre 1901 gezahlten Entschädigungen: M. 1 687 633,54. Bei Titel: Verwaltungskosten fällt uns auf, daß nur M. 1455,45 für Unfallversicherung ausgegeben wurden, ferner für Selbstversicherung vor Ablauf der 13. Unfallwoche ganze M. 328,6711.

Der Reservefonds der Berufsgenossenschaft beträgt jetzt die halbe Summe von M. 8 096 631,88, welcher zur Freude der Verletzten - bei der Bayerischen Hypothek- und Wechselbank in München deponiert ist.

Bauarbeiterschutz in Oesterreich.

Am 1. November d. J. trat zu dem § 98 der Oesterreichischen Gewerbeordnung eine erweiterte Zusatzbestimmung in Kraft, die der Einbeziehung der Bauarbeiterschaft unter die durch das Gesetz normierten Schutzvorschriften für gewerbliches Hilfspersonal Rechnung trägt. Die soziale Fürsorge in Oesterreich, die sich auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes in vielen Punkten an die reichsdeutsche Gesetzgebung anlehnt, ist nämlich ein durch und durch unvollkommenes Stückwerk und läßt eine ganze Reihe von Berufen vollständig außer Acht. Von etwa zehn Millionen schutzbedürftigen Personen unterstehen kaum 2 1/2 Millionen den Bestimmungen der Gewerbeordnung, deren hauptsächlichste zum Schutze der Arbeiter statuierten Vorschriften - von dem Land- und forstwirtschaftlichen Personale abgesehen - zunächst nur auf die fabrikmäßig betriebenen gewerblichen Unternehmungen Anwendung finden. Der österreichische Arbeiterschutz hat also zwei wesentliche Merkmale zur Voraussetzung: den gewerblich-maschinellen und fabrikmäßig betriebenen Betrieb. In der letztgenannten Hinsicht bildet das bekannte österreichische Schlagwort vom 'Schutze des Kleingewerbes' das Leitmotiv der Gesetzgeber, die in der fernhaltigen der Lasten des Arbeiterschutzes von den kleingewerblichen Unternehmern, diesen ein Privileg auf die ungehinderte Ausübung der Arbeitstätigkeit gewährleisten. Die Definition des Begriffes 'fabrikmäßig' machte das Gesetz zu einer rein willkürlichen, indem es 'mindestens 20 Personen, die in einem geschlossenen Raume arbeiten' - voraussetzt. Während also nach der volkswirtschaftlichen Theorie als ein Kleingewerbetreibender der gilt, der selbst als Arbeiter in seinem mit geringem Anlagekapital fundierten Betriebe mit thätig ist, bezieht unter solchen Gesichtspunkten die Gewerbeordnung als einen Kleingewerbetreibenden, der nicht mindestens 20 Arbeiter in seinem Betriebe beschäftigt. In der Praxis führte diese sonderbare Auslegung zunächst zu einer Umgehung des Gesetzes dadurch, daß schlaue Unternehmer, die Hunderte und mehr Arbeiter besaßen, die einzelnen Arbeitsvorgänge in so vielen an sich selbständige Werkstätten vergaben, die in Wirklichkeit nichts weiter als Vorarbeiten waren, und sich so den Verpflichtungen entzogen, die ihnen der Arbeiterschutz auferlegte. Dieser Vorgang wurde speziell im Baugewerbe auf die raffinierteste Art gelöst, und die gewerbmäßigen Bauunternehmer, die Bauver-, Zimmer- und Schloßerarbeiten an sogenannte 'Meister' übertragen, entzogen sich auf diese Weise nicht nur der Unfallversicherung, sondern auch jenen Bestimmungen, die über das schuldigen Normalarbeitslohn und über das Verbot der Nachtarbeit von Frauen. Dieser Umstand macht es erklärlich, daß auf den Bauten bei Nachtzeiten Frauen vielfach zum Kalfasieren benutzend wurden.

Der größte Uebelstand lag aber naturgemäß darin, daß man auf diese Art ganze Kategorien der Bauarbeiter der Unfallversicherungspflicht entzog. Was das bedeutet, wird hinreichend klar, wenn man die Gefahrenlage richtig einschätzt, die für die Bauarbeiter durch die in Oesterreich herrschende Schlampelei fortwährend erhöhte. Im Verlaufe der letzten Jahre sind speziell in Wien wiederholt Einfürge von Neubauten zu registriert, über deren hauptsächlichste Ursachen man nicht im Zweifel ist, wenn man die Ausführungen, die kürzlich der Direktor der Wiener Staatsgewerbeschule, Camille Sitte, in einem über 'Die moderne Bauausführung' gehaltenen Vortrag machte, überblickt. 'Die solide Bauausführung', sagt da der genannte Fachmann, 'steht der mittelalterlichen Bauweise in Bezug auf Dauerhaftigkeit und Sicherheit nach. Schon das Fundament des Hauses werde so hergestellt, daß die Bruchlinie, statt breit aufgelegt, auf die Kante gestellt, und die dadurch entstehende Lücke mit allen Ziegeln fest ausgefüllt werde. Sehr gefährlich aber ist die Art, in der der Schwindelbau die oft sehr dünnen Außenmauern hergestellt werden. Die Außenziegel der Mauern werden mit feinen Ziegeln, deren Tragfähigkeit auch immer mehr sinkt, ersetzt und der Innenraum mit alten und neuen Ziegeln ausgefüllt. Dazu kommt noch die elende Qualität des Mörtels, der in vielen Fällen nichts anderes ist, als mürblicher Straßenschlamm, der von speziellen Unternehmern nach einer Angewohnheit von den mit Kalfasieren beschäftigten Landstrichen gewonnen und an gewisse Bauarbeiter verhandelt werde. Am gefährlichsten und gefährlichsten werde aber in den großen Städten gebaut.' In diesen die Unfallgefahren erhöhenden Uebelständen kommt noch sehr häufig eine mangelhafte Gerüstung sowie der oft besagte Mangel eines ausreichenden Schutzes gegen die Unfälle der Witterung, die die Gesundheit noch anderweitig gefährden.

Aber alle diese Uebelstände läßt die eingangs genannte Erweiterung des Arbeiterschutzes unangestastet. Der sozialpolitische Eifer, mit dem man den österreichischen Bauarbeitern zu Hilfe kam, beschränkte sich auf in diesem Fall auf jene, von wem immer betriebenen Baunternehmungen, welche mehr als 20 Arbeiter bei einer Bauausführung beschäftigen' und läßt diesen die Wohlthaten des gesetzlichen Leistungsentgeltes und des Verbotes der Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Hilfsarbeiter zu Gute kommen. Nach dem Wortlaut des Gesetzes unterliegen, wie bereits erwähnt, bisher bloß jene Arbeiten den in der Gewerbeordnung enthaltenen Schutzbestimmungen, die bei solchen Unternehmungen thätig waren, die irgend eine industrielle Thätigkeit gewerblich betrieben. Daran konnte also ein Großindustrieller ganz ruhig umfangreiche Neubauten aufzuführen lassen, ohne daß die genannten Bestimmungen des Gesetzes angewendet werden konnten. Er brauchte nur selbst als Unternehmer, der naturgemäß die Ausführung von Bauten nicht gewerblich-maschinell betrieb, aufzutreten, und sich des Baumeisters lediglich als des ausführenden Organes zu bedienen, und die Rede, die das Gesetz offen ließ, war gefunden. Die Uebelstände blüht nun die am 2. November d. J. in Kraft getretene Erweiterung des Gesetzes ab, indem sie bestimmt: 'Die Bestimmungen des § 98 a (Arbeitsbedingungen) finden auf Eisenbahnunternehmungen und andere, von wem immer betriebene Bauunternehmungen, welche mehr als 20 Arbeiter bei einer Bauausführung beschäftigen, Anwendung. Bei den von diesen Unternehmungen auszuführenden Bauten kommen ferner die Bestimmungen der §§ 96 a (einstündiger Arbeitstag) und 96 b (jugendliche Hilfsarbeiter und Frauenpersonen), und zwar die letzteren Bestimmungen auch bezüglich jener Arbeiter zur Geltung, welche nicht unmittelbar von den Baunternehmungen beschäftigt werden, deren sich die Bauunternehmungen zur Ausführung der betreffenden Arbeiten bedienen'.

Darnach wird also jenem Schwindel einmigermaßen gesteuert werden, daß Bauunternehmer die einzelnen Wandarbeiten dem selbständigen Wirken irgend eines sogenannten Meisters unterstellen, der als Kleingewerbetreibender dem Arbeiterschutz aus dem Wege geht. 'Bei Werkstätten' kommen allerdings nur jene Bestimmungen, die sich auf Frauenpersonen und jugendliche Hilfsarbeiter beziehen, in Anwendung, so daß dort, wo weniger als 20 Leute beschäftigt sind, immer noch die übrigen Wohlthaten des bürgerlichen Arbeiterschutzes einfließen werden müssen. Der österreichische Bauarbeiter stellt also in Bezug seines gesetzlichen Schutzes immer noch tiefer, als die übrigen Industriearbeiter. Er genießt gewissermaßen eine Ausnahmestellung als Stiefkind des Staates. Dieser Umstand muß für die österreichischen Kollegen einen Ansporn bilden, durch eine mächtige Organisation dem sozialpolitischen Fortschritt ein taupferes Tempo zu geben.

Aus anderen Berufen.

Die Tarifkommission der Militärrekruten-Gattler hat den deutschen Kriegsminister, den Regierungsrat der Bundesstaaten, die kein eigenes Kriegsministerium haben, und den Stellungsämtern eine Denkschrift mit der folgenden Bitte vorgelegt: Um die in der Militärrekrutenindustrie vorhandene Helmsarbeit zu bestreiten, in die Betriebe mit Firmen, die Militärarbeit übernehmen, die Bestimmungen anzunehmen: Der Unternehmer ist verpflichtet, die abzunehmende Arbeit in eigener Werkstätte herzustellen. Das Weitergeben derselben an Ausländermeister und Feinmeister ist untersagt. In der Denkschrift wird die Forderung eingehend begründet. Auf der Bericht des Bremer 'Gulfan' wurden 500 Arbeiter ausgespart, weil die Arbeiter einer Abtheilung sich an der Verdrängung eines im Betriebe beschäftigten Kollegen beteiligten. Nach dem Bericht der Herren im Hause soll die Maßregelung fünf Tage dauern. Da die Ausgehenden Gegenmaßregeln treffen, hat die Werkdirektion verlangen lassen, daß sie den ganzen Betrieb schließen soll. Dadurch würden etwa 2600 Arbeiter ausgespart werden. Der Reichs-Dandische Generalkonvent im Bunde mit der Polizei. Ein Vergang in Wanne, Mitglied und Agitator des Reichs-Dandischen Gewerkerbundes, erlitt vom Generalkonvent folgendes Schreiben:

Sern H. S. Nach amtlichem Ausweis der dortigen Polizeiverwaltung gehören Sie dem 'alten Bergarbeiter-Verbande' an. Diese Tatsache erweist uns so seltsamer, als Sie dieselbe bisher fortgesetzt bestritten haben. Die sozialpolitische Richtung dieses Verbandes ist bekannt. Unter diesen Umständen können Sie unmöglich von uns mit Helfreden betraut werden. Burg bei Magdeburg, 15. Januar 1903. Generalkonvent des Reichs-Dandischen Gewerkerbundes. G. H. v.

Das Polizeibehörden ihre amtliche Kenntnis dazu missbrauchen, um Arbeiter bei Unternehmern in Mitleidenschaft zu bringen, ist nichts Neues, um so sonderbarer muß es berühren, daß eine Arbeiterorganisation (das wollen doch auch die 'Kirche' sein) ihre Angehörigen befristet läßt. Die Angelegenheit wird aber noch merkwürdiger, wenn man hört, was die 'Deutsche Bergarbeiter-Zeitung' dazu schreibt. Es heißt da u. a.: Der Mann ist jedoch nicht Mitglied unseres Verbandes; sondern nur Privatabonnent unserer Zeitung, die er als Agitator schon lesen muß, ebenso wie sie die Münchener-Glabbaader Kaplane und andere 'Freunde' des Verbandes lesen und ebenso wie wir gegnerische Zeitungen lesen müssen, ohne dadurch zu 'verderben'. Er hielt es darum auch nicht für möglich, daß die Polizei eine solche Auskunft erteilt haben könne und wachte sich fragend an den Amtmann. Hier wurde ihm schlanweg mitgeteilt, daß ein dahingehender Ausweis an den Generalkonvent erteilt worden ist und daß die polizeilichen Angaben ja auch aufträfen, da er (S.) dem fraglichen Bergarbeiterverbande angehört. S. bestritt das und machte geltend, daß er nur Privatabonnent der 'Bergarbeiter-Zeitung' sei, aber gegenüber dem Verbands keine Rechte noch Pflichten habe. 'Dann sind Sie eben nur passives Mitglied!' erklärte der hohe Beamte. Hiernach braucht man sich nicht mehr zu wundern, wenn die Betriebsämtern höflich zu unseren Kameraden sagen: 'Es kostet mich nur 5 M., dann habe ich die ganze Site und weiß, wer im Verbande ist!'

Ausland. In Amsterdam haben die Transportarbeiter, die Schiffslader und Eisenbahn angestellten nach kurzer Streikdauer erhebliche Verbesserung ihrer Lage erzielt. Auch die Gasanalarbeiter und die Tramwaybediensteten beschließen zu streiken. Der Konfessionsstreik in Wien ist in der Hauptsache mit einem Erfolg für die Geschäftlichkeit beendet worden. In Petersburg stellen in einer Spinnerei 2000 Arbeiter die Arbeit ein.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

Notelle zum Krankenversicherungsgesetz. Der Bundesrat hat den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Änderung des Krankenversicherungsgesetzes, veröffentlicht. Darnach soll die Krankenunterstützung auf mindestens 26 Wochen ausgedehnt werden, daneben sind noch einige winzige Verbesserungen vorgesehen. Dagegen sind viele nur zu berechtigte und des Oesterren geäußerte Wünsche der Arbeiter ganz unberücksichtigt geblieben.

Auf den ersten Blick sieht es auch so aus, als wenn die Regierungen von den von ihnen schon längst geplanten Versicherungen Abstand genommen hätten, aber bei näherem Zusehen findet man doch, daß scheinbar harmlose Einzelbestimmungen reaktionäre Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht der Klassenmitglieder in sich fassen. So wird im Abs. XII der Novelle den Vorständen der Klassen die Pflicht auferlegt, Beschlüsse, die gegen gesetzliche Vorschriften verstoßen, durch Verzicht an die Aufsichtsbehörde zu beanstanden. Man kennt die Bedeutung dieser Verhandlungsgegenstände, wie sie beispielsweise dem Bürgermeister gegen Magistratsbeschlüsse gegeben ist. Wo diese Pflicht besteht, nehmen die vorgelegten Beschwerden für sich das Recht in Anspruch, dem Bürgermeister Anordnungen zu erteilen, wann er zu befehlen hat. Wird den Vorständen der Klassen diese Pflicht auferlegt, so heißt dies nichts anderes, als sie zu Kommissaren der Aufsichtsbehörde zu machen, während sie bisher in erster Linie Vertreter ihrer Wähler waren. Absatz XIV giebt der Aufsichtsbehörde durchgreifende Vollstreckungsmittel in die Hand, indem er ihr das Recht verleiht, jedes Vorstandsmitglied, also auch den Vorstands, seines Amtes zu entheben. Die Ansetzung in Verwaltungsfreistellenverfahren, die dagegen gestattet ist, giebt in keiner Weise genügende Garantien gegen Mißbrauch und soll zudem auch keine ausübende Wirkung haben. Werden die Absätze XIII und XIV Gesetz, so genießen also die Klassen in Zukunft nur noch so weit freie Verwaltungsrechte, als es den Aufsichtsbehörden gut scheint!

Der Absatz XII enthält eine Beschränkung des passiven Wahlrechts. Personen, die zum Amte eines Sachßen unfähig sind, sollen weder in den Vorstand noch als Rechnungs- oder Kassensführer berufen werden dürfen. Abgesehen von anderen Unzulänglichkeiten wären darnach die Frauen ohne Weiteres von der Wahlbarkeit ausgeschlossen. Denn in dem § 81 des Gewerbeversicherungsgesetzes heißt es: Das Amt eines Sachßen kann nur von einem Deutschen versehen werden. Dies interpretieren die Juristen dahin, daß es von einer Deutschen nicht versehen werden kann. Die Bezugnahme auf diesen Paragraphen enthält also die stillschweigende Abschlaffung des passiven Frauenwahlrechts an einer Stelle, an der es von den Frauen mit Fuß und Recht in Anspruch genommen wurde!

Krankenkassen dürfen keine Arzenei abgeben. Das Recht der Krankenkassen zur Abgabe von Arznelmitteln an ihre Mitglieder bildet den Gegenstand eines Strafprojektes, der längst vor dem Oberlandesgericht Kammer spielte. Die Angeklagten, der Vorstand einer Allgemeinen Kranken-Unterstützungs-Kasse, hielten ein aus Mitleid bei Raub beschafftes Progenlager, aus welchem sie den Klassenmitgliedern die erforderlichen Arznelmittel unentgeltlich verabreichten. Da sie aber unter diesen auch solche besaßen, welche gemäß § 807 des Strafgesetzbuches nicht selbst gehalten, verkauft, aber sonst an Andere überlassen werden dürfen, so erfolgte Anklage, die indeh in der ersten Instanz zu einem Freispruch führte, weil das Gericht für erwiesen ansah, daß die Arzeneien unentgeltlich an die Klassenmitglieder abgegeben würden; es könne sich also von einem Irrefahren 'Aberlassen an Andere' keine Rede sein, denn die Klassenmitglieder, welche die Mittel, aus den ge-

meinigen Vorarbeiten, an denen ihnen ein Mitgeigentum...

Wegen dieses Urteils legte der Staatsanwalt Berufung...

Eingegangene Schriften.

Die Geschichte der deutschen Zimmererbewegung, von August Brinmann...

„Dokumente des Sozialismus“ Herausgegeben von...

Der Umsturz im Reichstage. Die brutale Vergewaltigung...

Nach dem amtlichen Stenogramm steht die Broschüre...

Der Einzelpreis ist 90 A. Eine für die Massenbreitung...

„Das Recht im gewerblichen Arbeitsverhältnis“...

„Neue Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag), 19. Heft des...

„Der Glätt“, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend...

Der „Wahre Jakob“, Nr. 4.

Der „Postillon“, Nr. 8.

Briefkasten.

Carlsberg, St. Ihre Karte mit der Versammlungs...

Tangermünde. Die „Freien Stunden“ können Sie...

Gienach, R. Ihren Plan können wir nicht zur Aus...

Essen, Mundt. Ihr Schreiben ist dem Verbandsvorstand...

Streikabrechnungen.

Maurerstreik in Nauem. Einnahme. Ausgabe.

Maurerstreik in Stuttgart. Einnahme. Ausgabe.

Maurerstreik in Kilmars i. Posen. Einnahme. Ausgabe.

Maurerstreik in Guben. Einnahme. Ausgabe.

Maurerstreik in Hohenmölsen. Einnahme. Ausgabe.

Maurerstreik in Brandenburg a. d. Havel. Einnahme. Ausgabe.

Maurerstreik in Potsdam. Einnahme. Ausgabe.

Maurerstreik in Berlin. Einnahme. Ausgabe.

Maurerstreik in Hamburg. Einnahme. Ausgabe.

Maurerstreik in Malschin. (Zweiter Streik.) Einnahme.

Maurerstreik in Malschin. Ausgabe.

Maurerstreik in Potsdam. Einnahme.

Maurerstreik in Potsdam. Ausgabe.

Maurerstreik in Stuttgart. Einnahme. Ausgabe.

Maurerstreik in Stuttgart. Ausgabe.

Maurerstreik in Stuttgart. Ausgabe.

Maurerstreik in Guben. Einnahme. Ausgabe.

Maurerstreik in Guben. Ausgabe.

Maurerstreik in Guben. Ausgabe.

Maurerstreik in Guben. Ausgabe.

Maurerstreik in Brandenburg a. d. Havel. Einnahme. Ausgabe.

Ausgabe.

Für Streckunterstützung an:

Berichtsbücher	M. 18202,22
Reiseunterstützung an abgereifte Streckende	205,60
Fortifikation Zugereister	268,60
Verhaltung des Zugages	87,60
Rechtsbücher und Unterlegung Inhabilitäten	189,-
Porto und Schreibmaterial	28,59
sonstige Ausgaben	85,20
Summa	M. 14722,41

Brandenburg a. d. S., den 22. November 1902.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
 Für die Revisoren:
Herrn Hans Droschke, Wilhelm Krawinkel.
 Für die Streckleitung:
Albert Wilm, Wilhelm Krawinkel.

Maurerstreik in Dortmund.
 Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 900,-
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet	747,-
Sonstige Einnahmen	184,0
Summa	M. 1841,10

Ausgabe.

Für Streckunterstützung an:

Berichtsbücher	M. 790,25
Reiseunterstützung an abgereifte Streckende	8,40
Fortifikation Zugereister	8,10
Verhaltung des Zugages	283,40
Flugblätter und Annoncen	26,-
Porto und Schreibmaterial	14,60
sonstige Ausgaben	161,25
Der Lokalkasse überwiesen	8,10
Summa	M. 1841,10

Dortmund, den 24. November 1902.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
 Für die Revisoren:
Mag. Marheine, Friedrich Schmalwasser.
 Für die Streckleitung:
Heinrich Schreind, Wilh. Kröller, Rudolf Niemann.

Maurerstreik in Bernau.
 Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 2018,05
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet	280,-
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	88,50
Sonstige Einnahmen	12,-
Summa	M. 2378,55

Ausgabe.

Für Streckunterstützung an:

Berichtsbücher	M. 1242,-
Reiseunterstützung an abgereifte Streckende	1,-
Fortifikation Zugereister	4,30
Verhaltung des Zugages	876,55
Flugblätter und Annoncen	2,-
Porto und Schreibmaterial	7,98
sonstige Ausgaben	16,05
Zu die Hauptkasse zurückgeliefert	55,77
Summa	M. 2378,55

Bernau, den 30. November 1902.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
 Für die Revisoren: **Emil Schwen.**
 Für die Streckleitung:
Frau Wäß, Emil Weinreich.

Maurerstreik in Dömitz.
 Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 1450,-
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	789,25
Summa	M. 2239,25

Ausgabe.

Für Streckunterstützung an:

Berichtsbücher	M. 1450,86
Reiseunterstützung an abgereifte Streckende	213,22
Fortifikation Zugereister	5,90
Verhaltung des Zugages	297,75
Flugblätter und Annoncen	198,40
Porto und Schreibmaterial	18,-
sonstige Ausgaben	15,39
Summa	M. 2239,25

Dömitz, den 15. Dezember 1902.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
 Für die Revisoren: **Carl Wittwig.**
 Für den Scaudorhand: **Gugo Kober.**
 Für die Streckleitung:
Fritz Deinemann, Carl Schulz.

Zentralverband der Maurer.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Verichtigung.
 In der Bekanntmachung, betreffend Ergebnis der Delegiertenwahlen, ist ein Irrgelehrter Druckfehler stehen geblieben. Es soll nämlich heißen: zum Verbandstag in Berlin und nicht Mainz.

Anträge an den Verbandstag.

a) Anträge zur Tagesordnung.

I. Hamburg, Lübeck. Die Frage der Versicherung der Angestellten des Verbandes als Punkt III auf die Tagesordnung zu setzen.
II. Halberstadt. Auf die Tagesordnung zu setzen die Frage der Hilfsarbeit.

d) Dum Statut.

§ 1.

1. Halberstadt, Halle a. d. S. Die Worte „mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen“ sind zu streichen.

2. Hamburg. Im letzten Absatz hinter dem Worte „Ehefrauen“ einzufügen: „und Unterstützung an Mitglieder in Krankheitsfällen“.

§ 2.

3. Braunsfeld und Namowitz. Als neuer Absatz 2: Die Verbandsmittglieder gehören zu dem Zweigverein, in dessen Gebiet sie wohnen.

4. Magdeburg (Osterteilen). Abs. 2: Zweigvereine können errichtet werden für einzelne Orte oder Bezirke, wo zur Zeit zehn Verbandsmitglieder vorhanden sind. In dem Gebiete einer Stadt resp. eines Lokales, wo mehrere Bezirksstellen bestehen, kann ein Zweigverein errichtet werden, jedoch haben die Kollegen in den einzelnen Bezirksstellen selbst zu entscheiden, ob ein gemeinsamer Zweigverein errichtet werden soll.

5. Hamburg. Abs. 2: Hinter dem Worte „im Einvernehmen mit dem in Betracht kommenden Scaudorhand“ ist einzufügen: „und Bezirksstellen (Zweigvereine)“.

6. Göttingen a. N. Abs. 2: Hinter dem Worte „Scaudorhand“ und „beschlossen werden“ ist „Scaudorhand“ einzufügen.

§ 3.

7. Norden. Hinter o. als neuen Absatz einzufügen: Der Kassier muß am Orte, wo der Zweigverein seinen Sitz hat, wohnen, verheiratet und fähig sein.

8. Göttingen a. N. Als neuen Absatz einzufügen: Ist in einem Zweigverein ein Beamter befristet, so muß dieser dem Zweigvereinsvorstand angehen.

9. Göttingen a. N. Abs. 2: Besteht der Verein aus Zahlstellen oder Sektionen, so gehören die Vorstehenden der Zahlstellen resp. Sektionen dem Vorstand des Zweigvereins als Revisoren an. Die Zahlstellen resp. Sektionen wählen zur Leitung der Geschäfte einen Vorstand von drei Personen.

10. Hamburg. Abs. 3: Die Worte: „und wenn ihre Fähigkeiten nicht angezweifelt werden können“ sind zu streichen.

11. Göttingen a. N. Abs. 4: Hinter dem Worte „gewählt werden“ ist einzufügen: „besteht der Zweigverein aus Zahlstellen resp. Sektionen, so wählen diese ebenfalls zwei Revisoren“.

12. Bochum. Abs. 6 hinzuzufügen: Der Vorstand hat je nach vereinsgesetzlichen Bestimmungen die von der Polizeibehörde zu fordernden Anzeigen und Auskünfte zu erstatten.

§ 4.

13. Apolda. Die Scaudorhande sind aus der Hauptkasse zu beziehen.

14. Dortmund. Der Scaudorhand hat für jedes Quartal den Kassen- und Tätigkeitsbericht fotografisch zu vervielfältigen und den Zweigvereinen des Gaues zuzuschicken.

15. Hamburg. Den letzten Absatz zu streichen und dafür den § 8c der Vorlage des Vorstandes zu setzen mit dem Zusatz: jedoch haben die Scaudorhande das Recht, den Beitrag der Zweigvereine auf 20 % herabzusetzen.

§ 5.

16. Hamburg. In Nr. 3 hinter „einzuberufen“ zuzufügen: „und Bericht zu erstatten“.

17. Lange i. W. Abs. 3 hinzuzufügen: Von den Vorstandsmittgliedern ist bei zwei Jahre die Hälfte aus und zwar ein Vorsteher, ein Kassier und ein Revisor. Die Ausgewählten sind für die nächste Wahlperiode nicht wählbar.

§ 6.

18. Magdeburg. Abs. 3: Hinter dem Worte „Lokalverwaltung“ einzufügen: „und Scaudorhand“.

§ 7.

19. Kiel. Verbandstage finden alle drei Jahre statt.
 20. Magdeburg. Hinter dem Worte „besteht aus Delegierten“ einzufügen: „und den Vorstehenden der Gau- und letztere haben nur beratende Stimme“.

21. Halle a. d. S. Hinter dem Worte „besteht“ das Wort „nur“ einzufügen.

22. Magdeburg (Osterteilen). Abs. 3 folgende Fassung zu geben: Zweigvereine mit 400 bis 800 Mitgliedern wählen einen Delegierten. Vereine, die weniger als 400 Mitglieder haben, werden mit mehreren Vereinen zu einer Wahlabteilung zusammengefaßt, jedoch dürfen die zu einer Wahlabteilung verbundenen Vereine nicht mehr als 500 und nicht weniger als 250 Mitglieder haben.

23. Schkeuditz. Zweigvereine mit 400 bis 800 Mitgliedern wählen einen Delegierten.

24. Halle a. d. S. Abs. 3 dahin abzuändern: Wahlabteilungen dürfen nicht mehr als 600 und nicht weniger als 400 Mitglieder haben.

25. Zerbst. Je 100 Mitglieder wählen einen Delegierten.

§ 7a.

26. Göttingen a. N. Hinter dem Worte „Festsetzung der Beamtensgehälter“ einzufügen: „des Vorstandes sowie einer Mindestgrenze für die Gehälter der Scaudorhanden“.

27. Hamburg. Abs. 3 hinzuzufügen: Ueber Beitrags-erhöhungen entscheidet der Verbandstag nicht, sondern das Entscheidungsgremium steht den Mitgliedern mittelst Urabstimmung zu.

§ 7b.

28. Hamburg, Lübeck. Statt sechs sind acht Wochen festzusetzen. Hamburg will hinzugefügt haben: Vollständig neue Statutenentwürfe sind bei der Ausschreibung der Wahl gleich mit bekannt zu geben.

§ 9.

29. Breslau. Abs. 4 soll lauten: Die Aufnahme wird nach erfolgter Namensunterfertigung des Aufzunehmenden durch Einhandigung des Mitgliedsbuches vollzogen.

30. Runglitz. Abs. 7 am Schlusse hinzuzufügen: Und wird ihnen die Dauer der Mitgliedschaft in ihren früheren Organisationen angedehnet.

§ 10.

31. Delmenhorst, Dortmund, Hamburg, Salzwedel. Eintrittsgeld und Beiträge bleiben in jetziger Höhe bestehen.
 32. Breslau. Zu Abs. 2: Mitglieder, die während der befristeten Zeit eintreten, haben für diese Zeit den Einheitsbeitrag zu leisten.

33a. Sonnenburg. Abs. 2. Am Schlusse ist anzufügen: Erhöhere Zweigvereine dürfen Marken an andere Zweigvereine, deren Mitglieder im Bezirk der ersteren arbeiten, nicht verabfolgen.

33b. Breslau. Abs. 2 neu einzufügen: Wenn einzelne Mitglieder eines Zweigvereins in dem Bezirk eines anderen Zweigvereins arbeiten, so hat jener von diesem die Zulassungskarten für die auswärts arbeitenden Mitglieder zu beziehen, ebenfalls auch die Einheitsmarken. Die der Lokalkasse verbleibenden Prozente von der Zulassungskarte erhält der die Marken liefernde Verein.

§ 10a.

33. Teterow. Einheitsbeitrag und Zuschlag sind zu einem Beitrag zu verschmelzen und durch eine Marke zu quantifizieren.

34. Weihen. Den Zweigvereinen wird es zu Pflicht gemacht, spätestens bis zum 1. März 1904 die Einheitsmarken einzuführen.

35. Apolda. Abs. 3. Die Beiträge sind so zu normieren, daß jedes Mitglied einen Stundenlohn entrichtet.

36. Pinneberg. Die Lohnsätze zu abändern, daß auch diejenigen Mitglieder, die über 52 1/2 Lohn verdienen, einen Stundenlohn als Beitrag zahlen müssen.

37. Göttingen a. N. und Hörde. Eine achte Beitragsklasse einzufügen: Bei einem Tageslohn von über M. 5,70 beträgt der Beitrag 60 %.

38. Bremerhaven. Eine achte Lohnklasse einzufügen: Bei einem Tageslohn von über M. 6 beträgt der Beitrag 60 %.

39. Elmhorn. Die Beitragssteigerung ist auf 6 % zu bemessen und zwar so, daß in der höchsten Klasse 70 % Beitrag gezahlt wird.

40. Weihen. Bei einem Stundenlohn von 58-57 %, Beitrag 55 %; Lohn 58-62 %, Beitrag 60 %; Lohn 63-67 %, Beitrag 65 %; Lohn über 67 %, Beitrag 70 %.

§ 10b.

41. Apolda. Von den Ehrtitelgebern und Beiträgen verbleiben 25 % am Orte.

42. Weihen und Teterow. Von den Gesamtentnahmen verbleiben 20 % am Orte.

§ 11.

43. Sonnenburg und Zerbst. Arbeitslose Mitglieder sind für die Dauer der Arbeitslosigkeit von allen Beiträgen befreit.

44. Calbe. Die Worte „und länger“ zwischen „Lage“ und „insolge“ sind zu streichen.

45. Breslau, Friedrichshagen, Norden und Schkeuditz. An Stelle der Worte „der lokalen Zulassungskarte“ ist zu setzen: von allen Beiträgen.

46. Göttingen. Wer eine volle Woche arbeitslos ist, ist von sämtlichen Beiträgen befreit.

47. Warby, Hamburg, Langenbiersau, Potsdam und Rittau. Von sämtlichen Beiträgen ist befreit, wer über eine Woche arbeitslos ist.

48. Erlangen, Halle, Weihen wollen die Befreiung von sämtlichen Beiträgen für die Zeit der Arbeitslosigkeit von über vier Wochen.

49. Zerbst. Abs. 2 einzufügen: Mitglieder, die nicht den ordentlichen Durchschnittslohn erhalten, bezahlen nur den von ihnen wirklich verdienten Stundenlohn als Beitrag.

49a. Heinrichswalde, Zerbst, Sonnenburg und Weihen. Abs. 2. Mitglieder, die vorübergehend in anderen Berufen (Gau- und Fortwirtschafst, Zuckerrabriten) beschäftigt sind, zahlen für diese Zeit den niedrigsten Beitrag.

§ 11a.

50. Göttingen. Hinter erkrankte Mitglieder einzufügen: sowie auch Arbeitslose.

51. Friedrichshagen. Statt der Worte „für die Dauer der Krankheit“ soll es heißen: für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit.

52. Calbe. Abs. 1 am Schlusse hinzuzufügen: sowie für Mitglieder, die gänzlich arbeitslos sind.

53. Weihen, Bochum, Friedrichshagen, Salzwedel. Erkrankte Mitglieder sind vom ersten Tage der Erkrankung ab für die Dauer der Krankheit von den Beiträgen befreit.

53a. Dörfraun und Aulburg. Statt einen Monat soll die Karenzzeit auf acht Tage bemessen werden.

§ 12.

54. Hamburg unterfügt den § 25 der Vorlage des Vorstandes bei der Abänderung, daß an Stelle des 60. das 56. Lebensjahr gesetzt wird.

55. Bochum. An Stelle des 60. das 50. Lebensjahr zu setzen.

56. Friedrichshagen. Abs. 1 anzufügen: Jedoch können über 60 Jahre alte Mitglieder vor Ablauf der zehnjährigen Mitgliedschaft zu Ehrenmitgliedern ernannt werden, wenn der Zweigverein noch keine zehn Jahre besteht.

57. Offenbach a. M. Abs. 3 einzufügen: Werden Mitglieder infolge eines Unfalles invalid, so kann auch ihnen die weitere Mitgliedschaft zuerkannt werden, wenn sie das Verlangen kund geben. Voraussetzung ist, daß die Mitglieder 26 1/2 Wochenbeitrag zahlen und den Nachweis liefern, daß sie infolge des Unfalles den Beruf als Maurer nicht ausüben können.

§ 12a.

58. Bremen, Potsdam. Ehrenmitglieder sind von sämtlichen Beiträgen befreit, ohne dadurch die statutarischen Rechte zu verlieren.

59. Bochum. Ehrenmitglieder sind auf Antrag der in Betracht kommenden Zweigvereine resp. Bezirksstellen von sämtlichen Beiträgen zu befreien, ohne dadurch ihre statutarischen Rechte zu verlieren.

60. Gerstetal. Ehrenmitglieder sollen dem Beitrag gänzlich befreit werden.

§ 13.

61. Dortmund. Die Sterbeunterstützung ist zu belassen wie sie jetzt ist.

62. Hamburg. § 13 ist zu streichen und an dessen Stelle der § 22 der Vorlage des Vorstandes zu setzen, mit der Abänderung: statt 14 Tage 4 Wochen.

63. Norden. Der Verband leistet beim Tode eines Mitglieds sowie beim Tode der Ehefrau eines Mitglieds eine Unterstützung von M. 50. (Die Bestimmungen über die verschiedenen Lohnklassen kommen in Wegfall.) Abs. 2. Von Jahr zu Jahr steigt die Unterstützung um M. 2,50 bis zum Höchst-

beiträge von M. 100. Die Steigerung der Unterstüßungsätze hat rückwirkende Kraft auf die ununterbrochene Dauer der Mitgliedschaft. Die Erlangung der Unterstüßung bedingt eine einjährige ununterbrochene Mitgliedschaft und eine Beitragsleistung von mindestens 40 Wochen.

64. Weifen. Dem Abf. 1 anzufügen: 7. und 8. Beitragsklasse M. 80, 9. und 10. Beitragsklasse M. 60. Abf. 2: Für die 9. und 10. Beitragsklasse steigt die Unterstüßung bis M. 110.

65. Cöln a. Rh. Es ist eine 8. Klasse einzufügen und für diese eine Unterstüßung von M. 55, steigend bis M. 105 festzusetzen.

66. Teterow. Das Sterbegeld ist in der 1. und 2. Beitragsklasse um M. 5 zu erhöhen.

67. Coburg. Wenn ein Mitglied oder dessen Ehefrau vor Ablauf der einjährigen Mitgliedschaft, aber nach dem 3. Monat derselben stirbt, so ist das Sterbegeld im vollen Betrage auszuführen.

68. Schönbühl. Abf. 4. Sterbegeld wird auch beim Tode der Wittwe eines Mitgliedes gezahlt, wenn sie keine andere Ehe eingegangen ist.

68a. Lübeck. Für die Unterstüßung gelten folgende Sätze:

1. Beitragsklasse	M. 20
2. "	25
3. "	30
4. "	35
5. "	40
6. "	45
7. "	50

§ 14.

69. Weifen. Statt „im März“ ist zu setzen: einschließlich April.

70. Halle a. d. S. Die Unterstüßung wird während des ganzen Jahres gezahlt. Im Abf. 3 sind die Worte: „Die Gesamtsumme um“ zu streichen.

71. Friedrichshagen. Die Karenzzeit auf zwei Jahre zu erhöhen. Die Gesamtsumme der Unterstüßung während einer Unterstüßungsperiode soll M. 25 nicht übersteigen.

72. Gau und Zweigverein Dortmund,örde. Wenn reisende Mitglieder die ihnen nachgewiesene Arbeit nicht annehmen, so wird ihnen die Beihilfe gestatten abgenommen.

73. Halle a. d. S. Die Erhöhung der Reiseunterstüßung aus lokalen Mitteln ist unterlag.

74. Hamburg. § 14 ist zu streichen, und an dessen Stelle die §§ 28 und 29 der Vorlage des Vorstandes zu setzen.

§ 15.

75. Hamburg. Hinter den Worten „und hat dieser die Höhe der Unterstüßung zu bestimmen“ ist einzufügen: doch darf diese nicht unter zwei Dritteln des am Orte üblichen Tagelohns betragen.

76. Dortmund. Gemäßregelte Mitglieder sind vom ersten Tage ab zu unterstüßen.

77. Lübeck. Mitglieder, die infolge ihrer agitatorischen Tätigkeit in Haft gerathen, werden mit dem arbeitslosen Tagelohn unterstüßt. Zu Abf. 2: Unterstüßungsgeld für gemäßregelte Mitglieder. Sind durch den beistehenden Zweigvereinsvorstand sofort dem Vorstandesvorstand zu unterbreiten. Gegen die Entscheidung des Vorstandes steht den Beistehenden Berufung an den Ausschuss zu, gegen dessen Entscheidung Berufung an den Vorstandesvorstand.

78. Bernau, Emden, Potsdam. Mitglieder, die wegen ihrer Tätigkeit für den Verband gezwungen sind, den Ort zu verlassen, erhalten eine Beihilfe zu den Umzugskosten.

§ 16.

79. Schönbühl. Der Nachschuß ist bis zur letzten Instanz durchzuführen.

80. Dortmund. Der Nachschuß ist auch solchen Mitgliedern zu gewähren, die selbstständig Arbeiten ausführen.

§ 18.

81. Hamburg. § 18 ist zu streichen und dafür der § 36 a der Vorstandsvorlage zu setzen, mit dem Zusatz: Wird ein Mitglied selbstständiger Unternehmer, so scheidet es aus dem Verband aus.

§ 18 b.

82. Magdeburg. Abf. 2 anzufügen: Eine Stundung der Beiträge ist zulässig, wenn sich ein Mitglied in einer außerordentlichen Nothlage befindet. Die Gewährung der Stundung steht dem Vorstand des Zweigvereins zu.

§ 18 d.

83. Winneberg. Abf. 2. Wer wegen Schulden gefristet werden muß, hat bei seinem Wiedereintritt Eintrittsgeld und die rückständigen Beiträge bis zu einem Jahre nachzugeben.

84. Straußnik. Abf. 2. Statt 9 Wochen 13 Wochen. Ferner hinzufügen: und glaubhaft nachzuweisen, daß er während der Zeit seiner Nichtmitgliedschaft nicht als Geschäftsbrecher oder im Alford gerathet hat.

85. Greiz. Ausgetretene und wegen Schulden gestrichene Mitglieder zahlen beim Wiedereintritt ein erhöhtes Eintrittsgeld von M. 1. Abf. 2 ist dahin abzuändern, daß ausgetretene Mitglieder beim Wiedereintritt gleichfalls 9 Wochenbeiträge nachzahlen haben.

§ 21.

86. Alpenrade. Der Vorstandstag möge beschließen, daß für die dänisch sprechenden Kollegen dem Fachorgan eine Beilage in dänischer Sprache beigegeben wird.

87. Magdeburg (Obenstedt). Das Fachorgan ist den Zweigvereinen und Sektionen zuzustellen.

c) Streikreglement.

88. Gufum. (Streikbewegung betreffend.) Wenn der Vorstandesvorstand beschließt, einen Streik gegen den Willen der Streikenden zu beantragen, so hat er zu veranlassen, daß ein Mitglied derselben zunächst gelegenen Zweigvereinen je ein Mitglied berufen wird, um in gemeinsamer Sitzung mit Vertretern des Vorstandesvorstandes, des Verbandesauschusses und der Streikenden über Aufhebung oder Weiterführung des Streiks zu bestimmen.

89. Bremen. Der Verbandstag möge dem Hauptvorstand unterlagen, Geber an Zweigvereine zu geben, welche mehr Streikunterstüßung ausgeben als im § 10 vorgesehen ist.

§ 10.

90. Bremen. Statt „nicht über M. 12“ ist zu setzen: nicht über M. 15.

91. Lübeck. Die Streikunterstüßung ist wie folgt zu bemessen: 1. und 2. Beitragsklasse M. 10, 3. und 4. Klasse M. 12; 5. und 6. Klasse M. 14; 7. Beitragsklasse M. 15.

91a. Kiel. In der niedrigsten Beitragsklasse beträgt die Streikunterstüßung M. 10 und steigt in jeder Klasse um M. 1 bis zum Höchstbetrage von M. 18 in der 7. Beitragsklasse.

92. Hamburg. Die Streikunterstüßung richtet sich nach der Höhe der gezahlten Beiträge wie folgt: 1. Beitragsklasse M. 12 Unterstüßung, steigend in jeder Klasse um M. 1 bis zum Höchstbetrage von M. 18 in der höchsten Beitragsklasse.

93. Lübeck. Abf. 2 ist zu streichen.

94. Halle a. d. S. Bei Bauherren wird die Unterstüßung vom ersten Tage ab mit drei Viertel des Tagelohns gezahlt.

95. Potsdam. Abf. 8. Das Wort „am“ durch „wird“ zu ersetzen.

96. Hamburg. Im Abf. 4 ist statt vom „vierten“ zu setzen: vom zweiten Tage.

97. Berlin, Gorkaf. Die Streikunterstüßung ist vom ersten Tage ab zu zahlen.

98. Halberstadt. Als neuen Absatz einzufügen: Bei Ausperrungen wird die Unterstüßung vom ersten Tage ab gezahlt.

99. Wofen. Als neuen Absatz einzufügen: Werkverträtthe Kollegen, welche dem Streikfort bestehen, erhalten für die Zeit der Arbeitslosigkeit (Reise, Arbeitsuche) die Hälfte der festgesetzten Streikunterstüßung.

100. Schönbühl. Als neuen Absatz einzufügen: Mitglieder, die während eines Streiks zu militärischen Leistungen eingezogen werden, erhalten die Hälfte der Streikunterstüßung.

101. Weifen. Als neuen Absatz einzufügen: Mitglieder, die wegen der Meisterei ausgeperrt werden, erhalten Unterstüßung.

§ 11.

102. Hamburg. § 11 ist zu streichen.

103. Potsdam. Abf. 1 ist zu streichen.

d) Abänderungsanträge zur Vorlage des Vorstandes.

§ 3.

104. Jüterbog. Die Worte: „sowie Unterstüßung in Sterbe- und Krankheitsfällen“ sind zu streichen.

§ 7a.

105. Cöln a. Rh. Dem Abf. 1 anzufügen: Vorher darf in der Öffentlichkeit über den Befund nichts bekannt gegeben werden.

§ 8a.

106. Schönbühl. Hinter den Worten: „Die Wahl erfolgt auf den Cantonen“ ist einzufügen: „und ist mittelst Stimmzettels vorzunehmen“.

§ 8c.

107. Gufum-Platzow, Kiel, Nowawes. Abf. 2. Der Beitrag soll 20 % betragen.

108. Halle a. d. S. Will diejenigen Zweigvereine, die selbstständig agitation in ihrem Bezirk betreiben, von dem Beitrag befreit werden.

109. Hamburg. Es ist hinzuzufügen: Jedoch haben die Cantonengrenzen das Recht, den Beitrag auf 20 % herabzusetzen.

110. Warby. Die Festsetzung eines Beitrags ist jedem Gau zu überlassen.

111. Cöln a. Rh. Im Abf. 3 sind die Worte „vorausgesetzt“ bis „nachgewiesen“ zu streichen.

§ 8d.

112. Hamburg. Im Abf. 1 ist das Wort „kann“ durch „muß“ zu ersetzen.

113. Alpenrade, Kiel. Dem Abf. 3 hinzuzufügen: Wenn Zweigvereine nicht in der Lage sind, die Kosten der Delegation zu zahlen, so sind sie von der Hauptkasse zu tragen.

§ 12.

114. Halle, Hamburg, Kiel, Lübeck, Mannheim. Die Worte „und den Vorliegenden der Gau“ sind zu streichen.

§ 12a.

115. Lübeck. Abf. 2 ist zu streichen.

§ 17.

116. Halle a. d. S. Im Abf. 1 ist hinter dem Worte „Ausgetretene“ einzufügen: „und die wegen Schulden gestrichenen“.

Der Absatz 2 ist zu streichen.

117. Delmenhorst. § 18 ist zu streichen.

§ 18.

118. Schönbühl. Dem Absatz ist anzufügen: „Die festgesetzten Beiträge erhebt jeder Zweigverein selbstständig“.

119. Groß-Schönebeck. Verbandsmitglieder, welche auswärts arbeiten und wöchentlich einmal zu Hause fahren, entrichten ihren Beitrag im Zweigverein ihres Wohnortes und zwar in derselben Höhe wie er am Arbeitsorte üblich ist. Mitglieder, denen es nicht möglich ist, einen Zweigverein zu gründen, zahlen Beiträge in der Höhe ihres wirklich verdienenden Stundenlohns.

§ 19c.

120. Kiel. Anzuführen: „Während eines Streiks oder einer Ausperrung zahlen die davon betroffenen Mitglieder ebenfalls nur 25 % Beitrag.“

§ 19.

121. Schönbühl. Der Paragraph ist zu streichen.

§ 20.

122. Cöln a. Rh. Im Abf. 2 eine achte Klasse hinzuzufügen: Jahr M. 5,70 und darüber, Beitrag 60 bzw. 45 %.

123a. Hamburg. Als letzten Absatz neu einzufügen: Vorstandesvorstand und Sautorband haben in Verbindung mit der Streikleitung das Recht, nach Verlauf von vier Wochen den Beitrag zu erniedrigen.

123. Kiel. Die Extrabeiträge unter a, b, c fließen der Hauptkasse zu und sind im Interesse der Streikenden zu verwenden.

§ 22.

124. Cöln a. Rh. Eine achte Beitragsklasse einzufügen, Anteil der Hauptkasse 43, der Lokalkasse 17 %.

§ 23a.

125. Weifen, Delmenhorst. § 23a ist zu streichen.

126. Cöln a. Rh. Die Abrechnung hat in jedem Zweigverein und wo Paktellen und Sektionen bestehen, auch in diesen nach Schluß jedes Quartals zu erfolgen.

127. Kiel. Einen neuen § 23 b einzufügen: Der angesehene Lokalfonds sowie die Extrabeiträge sind Eigentum der Zweigvereine und steht dem Vorstandesvorstand keinerlei Verfügungsberechtigung darüber zu.

§ 25b.

128. Nowawes. § 25b ist zu streichen.

§ 26g.

129. Nowawes. (Neuer Paragraph.) Diejenigen Mitglieder, welche sich aus dem Verbande abmelden, weil sie sich in einem anderen Beruf zu verbessern gedenken, treten wieder in ihre früheren Rechte ein, wenn sie innerhalb eines Jahres dem Verband wieder beitreten.

§ 28a.

130. Lübeck. Dem Abf. 1 ist hinzuzufügen: „welche noch kein ganzes Jahr bestanden haben“. — Die Abf. a und b sind zu streichen.

§ 29a.

131. Lübeck. Abf. 2 ist ganz zu streichen.

§ 29c.

132. Lübeck. Abf. 2 sind die Worte von „ebenfalls“ bis zum Schluß zu streichen.

§ 30.

133. Kiel. Bei Ausperrungen soll gleichfalls die Unterstüßung vom ersten Tage ab gewährt werden können.

§ 30a.

134. Lübeck. Abf. 2. Die Auszahlung der Unterstüßung erfolgt wöchentlich; der Tag der Auszahlung bleibt den Zweigvereinen überlassen.

§ 30b.

135. Cöln a. Rh. Bei a und b ist je eine Klasse einzufügen mit M. 18 bzw. M. 14. Die Unterstüßung unter a wird den Mitgliedern gewährt, die dem Verband sechs Monate angehören.

136. Lübeck. Abf. a: 1. und 2. Klasse sind zusammenzuziehen.

137. Kiel und Lübeck. Die Unterstüßungskala unter b ist zu streichen.

§ 30c, 30d und 30e.

138. Kiel beantragt die Streichung dieser Paragraphen. Dafür ist zu setzen: Bei Streiks, die länger als vier Wochen dauern, kann für verbeirathete Kollegen aus Mitteln der Lokalkasse eine Mietheimunterstüßung gezahlt werden. Diefelbe kann auch denjenigen verbeiratheten Streikenden gewährt werden, die abgereist sind.

139. Halle a. d. S. § 30c. Der erste Satz ist zu streichen.

140. Lübeck. In § 30d Abf. 1 sind die Sätze zu streichen: „Die Gewährung“ bis zum Worte „Monats“.

141. Jüterbog. In § 30d soll es statt Mietheimunterstüßung „Etraunterstüßung“ heißen. Die Unterstüßungsätze richten sich nach den im § 30 b unter a und b aufgeführten Stufen.

141a. Dortmund. Die Mittel zur Mietheimunterstüßung leistet die Hauptkasse.

Krankenunterstüßung.

142. Halle, Diesdorf (Magdeburg), Gorkaf und Jüterbog lehnen die Einföhrung der Krankenunterstüßung ab.

§ 31.

143. Coburg, Mannheim, Weifenfels beantragen, die Krankenunterstüßung im ganzen Jahre zu zahlen.

143a. Weifenfels. Im Abf. 1 ist unter a 60 Wochen statt 80 zu legen.

144. Cöln a. Rh. Im Abf. 1 ist unter a ein Jahr und 40 Wochen statt 2 Jahr und 80 Wochen zu legen.

§ 31a.

145. Cöln a. Rh. Es ist eine achte Beitrags- und Unterstüßungsklasse anzufügen: pro Tag 65 %, pro Woche M. 3,80, steigend bis auf M. 8,80.

146. Dresden beantragt, dem Paragraph folgende Fassung zu geben: Die Unterstüßung wird an Mitglieder gewährt, welche a) 20 Wochen krank oder invalid sind, b) nicht Altes- oder eine 80prozentige Unfallrente beziehen, c) 3 Jahre die vollen Beiträge bezahlt haben.

Als Norm für die wöchentliche Unterstüßung wird der zehnfache Wochenbeitrag zu Grunde gelegt und steigt alle Jahre um einen Wochenbeitrag pro Woche. Nach 13jähriger Mitgliedschaft bleibt die Unterstüßung stabil. Die Unterstüßung beträgt somit bei einem

Beitrag	nach einer Mitgliedschaft von Jahren												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
25 %	2,50	2,75	3,00	3,25	3,50	3,75	4,00	4,25	4,50	4,75	5,00	5,25	5,50
30 %	3,00	3,30	3,60	3,90	4,20	4,50	4,80	5,10	5,40	5,70	6,00	6,30	6,60
35 %	3,50	3,85	4,20	4,55	4,90	5,25	5,60	5,95	6,30	6,65	7,00	7,35	7,70
40 %	4,00	4,40	4,80	5,20	5,60	6,00	6,40	6,80	7,20	7,60	8,00	8,40	8,80
45 %	4,50	4,95	5,40	5,85	6,30	6,75	7,20	7,65	8,10	8,55	9,00	9,45	9,90
50 %	5,00	5,50	6,00	6,50	7,00	7,50	8,00	8,50	9,00	9,50	10,00	10,50	11,00
55 %	5,50	6,05	6,60	7,15	7,70	8,25	8,80	9,35	9,90	10,45	11,00	11,55	12,10
60 %	6,00	6,60	7,20	7,80	8,40	9,00	9,60	10,20	10,80	11,40	12,00	12,60	13,20

Die Unterstüßung endet, wenn das Mitglied die Hälfte des üblichen Lohns verdienen kann oder durch Tod, Ausschluß oder Austritt die Mitgliedschaft endet.

§ 31b.

147. Coburg. Die Unterstüßung wird vom ersten Tage bezahlt.

148. Cöln a. Rh., Gr.-Otterleben (Magdeburg). Die Unterstüßung ist vom dritten Tage ab zu zahlen.

146. Gr.-Osterleben (Magdeburg). Dauert die Krankheitslänger als einen Monat, so erfolgt die Unterstüfung vom ersten Tage ab.

150. Coburg. Die Dauer der Unterstüfung ist auf acht Wochen festzusetzen.

Sterbeunterstüfung. 151. Jüterbog. Die §§ 82 bis 82 c sind zu streichen. § 82 b.

152. Cöln a. Rh. Die Frist von 14 Tagen ist auf 4 Wochen zu verlängern. Maßregelung und Haft. § 33 a. und 33 b.

153. Dortmund, Emden, Halle, Lübeck, Nowawes, Schenck. Die Unterstüfung ist für alle Beitragsklassen aus der Hauptklasse zu zahlen. § 33 c.

154. Lübeck. Der Paragraf ist zu streichen. 155. Halle a. d. S. Dem § ist folgende Fassung zu geben: Die Höhe der Unterstüfung für gemäßigtere und inaktive Mitglieder soll in der Regel gleich sein den im § 80 b vorgeschriebenen Unterstüfungssätzen mit einem wöchentlichen Zuschlag von 1/6 in jeder Klasse.

Austritt und Ausschluss. § 36 b.

156. Nowawes. Der Ausschluss eines Mitgliedes hat dort zu erfolgen, wo der Verstoß gegen die Interessen des Verbandes erfolgt ist. Organ des Verbandes. § 39.

157. Halle a. d. S. Einzelmitgliedern der Hauptklasse soll das Fachorgan ungenügend zugerechnet werden.

158. Gr.-Osterleben (Magdeburg) beantragt die Ablehnung der ganzen Vorstandsvorlage mit Ausnahme der Krankenunterstüfung.

e) Allgemeine Anträge.

159. Bochum, Bremerhaven. Es sind Bestimmungen (einst. im Statut) zu treffen, wonach jedes Mitglied streng verpflichtet wird, sich beim Besuche seines Wohn- oder Arbeitsortes ab- und anzumelden. Kein Zweigverein darf die Anmeldeung von Mitgliedern entgegen nehmen, wenn die Anmeldeung nicht ordnungsmäßig erfolgt ist.

Aufnahme von Mitgliedern. 160. Weiten. Der Verbandstag möge Bestimmungen treffen, dass die beitragswilligen Kollegen sich nur in dem Zweigverein ihres Wohnortes aufnehmen lassen können, damit eine regere Kontrolle ermöglicht und Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern und Zweigvereinen beseitigt werden.

Arbeitslosenunterstüfung betreffend. 161. Hamburg. Der Verbandstag möge die Einführung der Arbeitslosenunterstüfung nochmals in Erwägung ziehen. 162. Hildesheim. Für die Zeit vom 15. März bis 15. April (P) ist die Arbeitslosenunterstüfung einzuführen. 163. Halle. Dresden. Eine Arbeitslosenunterstüfung für die Monate März bis Ende Oktober einzuführen. Die Unterstüfung ist eine einmalige bis zu fünf Wochen im Jahre. Abgerechneten Mitgliedern kann nach dreimonatiger Arbeitslosigkeit eine einmalige Unterstüfung gewährt werden. Die Unterstüfung beträgt für Mitglieder, welche:

Table with 2 columns: Beitrag zahlen, wöchentlich M. 8; 30; 35; 40; 45; 50; 55. Corresponding values: 4; 5; 6; 7; 8; 9.

Versicherung betreffend. 164. Essen a. d. Ruhr. Das Versicherungsverhältnis der Verbandsbeamten ist als ein persönliches zu betrachten. 165. Verbandsvorstand. Die Verbandsangehörigen haben sich gegen Unfall und Invalidität zu versichern. Die Versicherungsbeiträge sind von den Angestellten zur Hälfte selbst zu zahlen; die andere Hälfte wird aus den für die Gehaltszahlung in Betracht kommenden Kosten gedeckt.

Klmanach betreffend. 166. Essen und Launenburg a. d. E. Der Verbandstag möge beschließen, einen Klmanach für das Maurergewerbe zum Selbstkostenpreis herauszugeben.

Protokoll betreffend. 167. Breslau, Halle. Das Verbandstagsprotokoll ist den Mitgliedern unentgeltlich zu verabsorgen.

Statut betreffend. 168. Posen. Der Verbandstag möge beschließen, das Statut des Verbandes auch in polnischer Sprache herauszugeben. Gewerkschaftskongress (polnisches Organ) betreffend. 169. Posen. Der Verbandstag möge die Delegierten unseres Verbandes zum nächsten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands beauftragen, dafür einzutreten, dass das polnische Gewerkschaftsorgan „Oskonia“ wöchentlich herausgegeben werde.

Affordarbeit betreffend. 170. Nowawes. Der Verbandstag möge beschließen: Die Affordarbeit ist in unserem Gewerbe abzuschaffen.

Kartellvertrag betreffend. 171. Kiel. In dem Entwurf ist einzufügen, dass die zur Ausübung der Solidarität Verpflichteten nicht mit Streitbrechern zusammenarbeiten dürfen.

Internationalität betreffend. 172. Hamburg. Der Verbandsvorstand ist zu beauftragen, die internationalen Beziehungen mehr zu pflegen.

173. Verbandsvorstand. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, eine ständige Verbindung mit den Maurerorganisationen des Auslandes aufrecht zu erhalten und die Agitation unter den Maurern des Auslandes ab, wo es möglich erscheint, zu fördern und eventuell auch mit Geldmitteln zu unterstützen.

174. Verbandsvorstand. Krankenunterstüfung wird vom 1. März 1904 an gezahlt; die anderen Bestimmungen des neuen Statuts treten mit dem 1. Mai 1903 in Kraft.

In spät eingegangen, um veröffentlicht werden zu können, sind Anträge aus Berlin (Ruhr), Braunschweig, Cassel, Düsseldorf, Erfurt und von Schulz-Posen.

Vom Verbandsvorstand bestätigt.

Sind die neu-gewählten Vorstandsmitglieder derjenigen Zweigvereine, welche bisher Mitteilung gemacht haben.

Ausgeschlossen.

Sind auf Grund § 18 a des Statuts vom Zweigverein Preussischer: Ludwig Schramm (Buch-Nr. 90 148), Hans Griebel (90 280); vom Verbandsvorstand: Gustav Goldner (alte Buch-Nr. 232 649). Derselbe hat in Auerbach i. S. Verbandsgebet unterschrieben und ist dann ausgetreten. Da Goldner sich in P. r. e. s. l. a. u. aufhalten soll, werden besonders die dortigen Kollegen auf ihn aufmerksam gemacht.

Den reisenden Kollegen.

Hiermit zur Kenntnis, dass in Zukunft d. d. Lausitz Reiseunterstüfung nicht mehr ausgezahlt wird.

Zur Beachtung.

Kollegen, denen der Aufenthalt des Maurers Julius Springer, geb. 14. März 1866 in Königsberg i. Pr. (alte Buch-Nr. 074 001), bekannt ist, werden dringend ersucht, uns doch umgehend Mitteilung machen zu wollen. Sowie uns bekannt ist, war Springer zuletzt in Schleswig beschäftigt.

Warnung.

Die Zweigvereinsbestände werden genannt vor dem Maurer Louis Ritter, geb. am 22. März 1877 zu Badborn. Derselbe ist wiederholt wegen Beitragsrückständen aus dem Verbandsgebet, hat dieses dann aber seiner Wiederaufnahme beschworen, weshalb ihm sein letztes Mitgliedsbuch abgenommen worden ist.

Der Verbandsvorstand.

Abrechnungen für das 4. Quartal.

Wurden vom 8. bis 10. Februar aus folgenden Zweigvereinen eingekandt: Augsburg, Garmisch, Glogau, Gollnow, Heinrichswalde, König, Lubitz, Lössen, Ler, Marlow, Pungelab, Ribnitz, Sangerhausen, Schwinitz, Thale, Weiskaufer. Aus den Gauen Frankfurt, Gölzig, Lübeck, Magdeburg, Wannheim, Nürnberg sind die Abrechnungen für das 4. Quartal alle hier.

In der Zeit vom 8. bis 9. Februar 1903 sind folgende Beträge bei der Hauptkasse eingegangen: Hauptkasse. Von den Zweigvereinen Reichensachsen M. 296,49, Blankenburg a. S. 275,69, Cassel und Umgegend 251,75, Stolp i. V. 88,45, König 88,80, Schwanditz i. Schl. 16,16, Zempin (durch A. Dahn) 15, Thale a. S. 6,68, Glogau 71,25, Döpen (durch F. Deneke) 88, Jena 72,72, Müllers l. W. 28,31, Garmisch 16,10, Weiskaufer 17,04, Marlow i. W. 25,44, Leipzig i. P. 42, Ver 18, Altona 46,80, Verderdorf 41, Zinten in Ostpreußen 7,40, Ballium 1,80.

Für Broschüre „Das Maurergewerbe in der Statistik“, Reichensachsen M. 9, Ballium 1,50. Für Futterale für Mitgliedsbücher. Glogau M. 7,60, Reichensachsen 5, Weiskaufer l. d. W. 2. Für Statistik. Thale a. S. und Hünnerode je M. 2,50. Summa M. 5. Für Broschüre „Lohnklausel und Minimallohn“. Thale a. S. M. —,25. Hamburg, den 9. Februar 1903. J. Rötger, Hamburg 5, Dreierstr. 11, 1. Et.

Centralrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.) In der Woche vom 1. bis 7. Februar sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Eppelheim M. 150. Zuschüsse erhielten: Berlin M. 3000, Plessau 300, Mannheimer 200, Wensleben 200, Grubach (Essen) 200, Eggersdorf 160, Essen a. d. Ruhr 130, Raminich 120, Oberau 100, Bürgel 100, Golden-Reudorf 100, Witzna 100, Neudorf 75, Zorge 75, Arnstadt 50, Stammheim 50, Bromberg 50, Malchin 50, Rausenow 50, Nützen 50, Otterberg 90. Summa M. 6250.

Altona, den 7. Februar 1903. J. A. Karl Reih, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Anzeigen.

Ich Unterzeichneter erkläre hiermit, dass ich sämtliche Beiträge, welche ich gegen meine organisierten Kollegen geihan habe, reuend voll zurücknehme. [M. 1,20] Fritz Rötger, Maurer, Blankeneise.

Prenden.

Die Verbandsbeiträge werden vom März d. J. ab jeden Sonntag nach dem 1. und 15. jedes Monats in den Vormittagsstunden von 9-12 Uhr in der Wohnung des Kassierers entgegengenommen. Die Versammlungen werden regelmäßig bekannt gemacht. [M. 2,10] Der Vorstand.

Sterbefall.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder. Die Beile kostet 18 A.)

Besig. Am 30. Januar starb in Bienen bei Besig unser treues Mitglied Friedrich Paul im Alter von 49 Jahren an Lungenerkrankung. Eisenberg. In Friedrichsteden starb am 1. Februar unser Verbandskollege Hermann Faber am Herzschlag im 32. Lebensjahre. Erlangen. Am 2. Februar starb in Wüchsbach unser treuer Verbandskollege Karl Stein im Alter von 29 Jahren an Schwindel. Emden. Am 28. Januar starb unser Kollege Siefert an Lungenschwindsucht im 55. Lebensjahre. Jüterbog. Am 29. Januar starb unser Mitglied Friedrich Knoll an der Prostataerkrankung im Alter von 19 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

Sterbegeb.

Ist in der Zeit vom 1. bis 7. Februar 1903 bezahlt worden für nachstehend bezeichnete Mitglieder resp. deren Frauen: Georg Hüb-Schneidert, Buch-Nr. 099 111; Julius Schulz-Gehwalde, 128 404; Karl Ritter-Hannover (Frau), 017 665; Heinrich Reuschow-Hamburg, 095 879; Wilhelm Tafel-Bandeburg, 082 894; Wilhelm Sieb-Steinberg, 088 926; Fritz Brött-Frankfurt a. M., 84 439; Ludwig Bruns-Bräunischweig (Frau), 250 800; Bernhard Binger-Duerfurt (Frau) 87 550; Heinrich Schneider-Wiesbaden, 48 884; Emil Drimann-Stellin, 058 714; Friedrich Seifert-Hannover, 32 456; Hermann Faber-Eisenberg, 020 780; Alwin Weiland-Berlin (Frau), 4285; Robert Fickler-Bremersleben (Frau), 55 726; Andreas Jagelst-Bromberg, 110 320; Otto Weiparis-Berlin, 075 991; Clemens Brendel-Zaunfain (Frau), 010 405; Heinrich Jahn-Altenburg, 144 839; Karl Hüb-Gr.-Kreis (Frau), 74 909; Karl Helm-Erlangen, 024 814; Heinrich Gerst-Hamburg, 184 280; Friedrich Hart-Lübeck, 84 487; Hermann Spalding-Nitz i. M., 85 020.

Die Annahme der Auszahlung der Sterbegebete erfolgt nur nach Einhebung der Mitgliedsbücher des betreffenden Mitgliedes und der Sterbeurkunde desselben resp. seiner Ehefrau, sowie nach Angabe des Alters und der Todesursache des oder der Verstorbenen. Beim Sterbefalle des Mitgliedes ist auch mitzubringen, wer Anspruch auf Sterbegebete erhält.

Oranienburg.

Der Vorsitzende des Zweigvereins, Hermann Otto, wohnt: Sandhausen Nr. 2a. Der Kassier, Hermann Haass, wohnt: Breitestraße Nr. 10. [M. 1,80] Der Vorstand.

Granssee.

Die Kollegen von Granssee und Umgegend feiern am Sonntag, den 14. Februar, ihr diesjähriges * Wintervergnügen * bestehend in Theater und Ball, wozu wir ergebenst einladen. [M. 2,70] Das Festcomité.

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der dem Erscheinungslage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Der Preis für jede Anzeige, die den Raum von 2 Zeilen nicht überschreitet, beträgt 20 A. Die Anzeigen müssen für jede Versammlung besonders eingekandt werden und bis höchstens am Dienstagvormittag 3 Uhr in unseren Händen sein.)

Verbandsversammlungen der Maurer. Sonnabend, 14. Februar. Zerbst. Abends 8 Uhr Versammlung. Delegiertenwahl. Jeder muß erscheinen. Sonntag, 15. Februar. Annaburg. Nachmittags 3 Uhr Mitgliedsversammlung im Vereinslokal. Im schließlichen Besuch wird gegeben. Glogau. Nachmittags 2 Uhr Versammlung im „Rathshaus“ des Herrn Brauer. Mitgliedsversammlung. L.-O.: Gleichwohl zum Verbandszuge. Einnahme der Kollegen müssen erscheinen. Ilzeho. Nachmittags 1 Uhr. L.-O.: Delegierten-Wahl. Bericht der Delegierten. Mitgliedsbuch und letzte Erscheinen ist notwendig. Neustrelitz. Nachmittags 4 Uhr Mitgliedsversammlung bei Koch, Fischerstr. 88. Werder a. d. Havel. Dienstag, 17. Februar. Legnitz. Abends 8 Uhr im Gasthof „Zum goldenen Fischen“. Am schließlichen Besuchen wird gegeben. Mittwoch, 18. Februar. Berlin. (Rathshaus) Abends 8 1/2 Uhr in den „Arminienkassen“ Kommandantenstr. 20. Sonnabend, 21. Februar. Aken. Abends 8 Uhr in der „Herberge zur Heimat“. Delegiertenwahl. Schließliches Erscheinen bringend notwendig. Sonntag, 22. Februar. Hintersee. Vormittags 1/2 Uhr im Gasthof „Zum Reiff“ in Hintersee. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. Jessen. Nachmittags 3 Uhr bei Karl Junter. L.-O.: Ausgabe der neuen Bücher. Alle Kollegen müssen erscheinen. Lehlin. Nachmittags 2 Uhr bei Tage. Schließliches Erscheinen erwünscht. Nachmittags 3 Uhr Versammlung im Vereinslokal. Am schließlichen Erscheinen wird gegeben. Oranienburg. Nachmittags 2 Uhr im Vereinslokal. Besprechung über die „Lauter“ der Wähler. Alle Kollegen müssen erscheinen. Willstuck. Bauhandwerker-Versammlungen. Sonntag, 22. Februar. Neuhardenberg. Abends 8 1/2 Uhr im „Rathshaus“ des Herrn Haase. Delegiertenwahl zum Bauhandwerkerkongress. Alle Bauhandwerker sind freundlichst eingeladen. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Alter & Co. in Hamburg.